

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Puzer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseker, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Postgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund
Berlin SW 48, Friedrichstraße 5/6. Fernsprecher:
27 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postcheckkonto: Berlin 65232.

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten,
Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale.

Der Verrat an der Bauwirtschaft durch die Brüning-Regierung!

Der sonst so reaktionäre „Baukurier“ kann auch einmal „revolutionär“ sein. Das, was vor einigen Tagen der Reichsfinanzminister Dietrich offenbart hat, ist diesem Blatte an die Nieren gegangen. Deshalb rät man es in seiner Ausgabe vom 9. September über den „Verrat an der Bauwirtschaft“ durch die Brüning-Regierung. Bei Erscheinen dieser Nummer des „Grundstein“ sind die Reichstagswahlen vorüber. Wir sind überzeugt, daß die hinter dem „Baukurier“ stehenden Männer treu und brav bei dieser Wahl den hinter diesen „Verrätern an der Bauwirtschaft“ stehenden Parteien trotz alledem und alledem ihre Stimmen gegeben haben werden. Doch wir wollen nicht vorgreifen. Nehmen wir abfaßweise Stellung zu der antisozialen Wohnungspolitik der Brüning-Regierung. Und betrachten wir deshalb zunächst die Wohnungspolitik des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald.

Ursprünglich wurde vom Reichskabinett ein Arbeitsbeschaffungsprogramm verkündet. Rund 1000 Millionen Mark sollten zur Verwirklichung dieses Programms verwendet werden. Davon sollten 575 Millionen Mark für das Bauen bereitgestellt werden, und zwar sollten davon 250 Millionen Mark dem Wohnungsbau zufließen, der Rest sollte auf anderem Wege verbaut werden. 150 Millionen Mark sollte die Regierung selbst aufbringen, davon 100 Millionen für den Wohnungsbau. Die letztere Bestimmung nannte man das zusätzliche Reichs-Wohnungsbauprogramm Dr. Stegerwalds. Die Fassade dieses Programms macht einen scheinbar sozialen Eindruck; sie kann aber keineswegs über die verhängnisvollen Folgen des damit eingeleiteten neuen offiziellen Kurses in der Wohnungspolitik hinwegtäuschen. Was ist der offizielle Zweck dieses Programms? Ein im außerordentlichen Etat des Reichsarbeitsministeriums vorgesehener Betrag von 100 Millionen Mark soll dem Wohnungsbau in Form von Hypotheken in gleicher Weise wie die Hauszinssteuermittel zur Verfügung gestellt werden. Diese zusätzlichen 100 Millionen Mark — so wurde versichert — sollten ein Arbeitsbeschaffungsprogramm „größten Stils“ zur Behebung der starken Arbeitslosigkeit im Baugewerbe sein, auch sollte damit die Wohnungsversorgung verbessert werden. Die Wohnungen sollen ausschließlich an Familien mit Kindern abgegeben und auf Wohnungstypen von 32 bis 45, ausnahmsweise auch bis zu 55 Quadratmeter für besonders kinderreiche Familien beschränkt werden. Einfachste Ausführung ist vorgeschrieben. Auf Badeeinrichtungen oder Sammeleinrichtungen soll dabei verzichtet werden.

Was bedeutet nun dieses zusätzliche Stegerwaldsche Bauprogramm in Wirklichkeit? Die besitzbürgerliche Presse hat die wohlthätige Wirkung dieses Programms aus propagandistischen Wahlrückichten maßlos übertrieben. Wir dagegen haben schon früher erklärt, daß dieses Bauprogramm bei dem jetzigen Stand der Arbeitslosigkeit nur einen Tropfen auf den heißen Stein bedeutet. Man kann mit 100 Millionen Mark und den dazu erforderlichen ersten Hypotheken 25 000 Wohnungen bauen. Damit würde etwa 25 000 Bauarbeitern im ganzen Reich für eine Bauperiode Arbeit gegeben bei etwa 400 000 Arbeitslosen, die das Baugewerbe zurzeit zählt. Die Abmilderung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe wäre also gering. Wir haben davon auch noch nichts gespürt. Nach wie vor gibt es in Deutschland im Baugewerbe immer noch etwa 40 Prozent Arbeitslose. In der letzten Zeit beginnen sogar die Arbeitslosenziffern im Baugewerbe schon wieder zu steigen. In Wirklichkeit handelt es

sich auch gar nicht um ein zusätzliches Bauprogramm. Es handelt sich nur um einen Vorgriff auf Mittel, die ohnehin im außerordentlichen Etat des Reichsarbeitsministeriums vorgesehen sind. Und besonders entscheidend ist, daß mit diesem Programm das Wohnungselend zum Prinzip erhoben wird. Bisher haben Praktiker allgemein die Auffassung vertreten, daß Kleinwohnungen mit 48 Quadratmeter Wohnfläche das Mindestmaß an Raum darstellen, das man einer Kleinfamilie aus hygienischen Gründen unbedingt zubilligen müsse. Stegerwald geht weit unter diese Grenze. Er erhebt mit seinen Richtlinien die Ueberfüllung der Wohnungen, die vor allem das Wohnungselend der Vorkriegszeit illustrierten, zum Prinzip des Wohnungsneubaues. Für die vorgeschriebenen Kleinwohnungen sind sogar Schlafkammern von 6 Quadratmeter Rauminhalt vorgesehen, die genau das Flächenmaß einer Zuchthauszelle haben. Das Reichsarbeitsministerium gibt selbst zu, daß in Wohnungen von 32 bis 40 Quadratmeter nur zwei Betten aufgestellt werden können. Man beachte, daß diese Wohnungen nur für Familien mit Kindern bestimmt sind. Folglich wären die primitivsten Grundstücke in der Unterbringung nicht gewahrt. Und was geschieht dann, wenn in einer Familie noch mehr Kinder kommen! Hat man dann anstatt der vorgeschriebenen Wohnlöcher sofort größere Wohnungen in petto?

Die Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen hat sich in ihren bisherigen Arbeiten darauf beschränkt, für die von der Regierung Brüning dekretierte Wohnraumverkleinerung als Schrittmacher zu fungieren. Es wird ganz außer acht gelassen, daß hier eine grundsätzliche Entscheidung vorliegt und eine bewußte Senkung des Wohnungsstandards der unteren Bevölkerungsschichten beabsichtigt ist. Was hier als Programm gilt, soll zukunftsweisend sein. Man will auch künftig in Deutschland die Arbeiterfamilien in engen Räumen zusammenpressen. Das ist die „vorausschauende“ Wohnungspolitik des Reichsarbeitsministers Stegerwald.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich.

Am 5. September lasen wir eine kurze Abhandlung über eine Rede, die der Reichsfinanzminister Dietrich in Mannheim gehalten hat. Am 6. September lasen wir darüber Genaueres. Leider konnten wir zu dieser Rede Dietrichs im vorigen „Grundstein“ nicht mehr ausführlich Stellung nehmen. Wir holen dies heute nach. Damit können wir zugleich dokumentieren, daß es sich bei uns nicht etwa um Wahlpropaganda handelt, sondern daß wir aus allgemeinen sozialen und volkswirtschaftlichen Gründen uns in schärferer Weise gegen die Regierungsabsichten wenden müssen, die Dietrich bei Erläuterung seines „Wahlprogramms“ der staunenden Mitwelt unterbreitet hat.

Also Herr Dietrich sprach in Mannheim in einer Versammlung der Staatspartei. Nach Erörterung der allgemeinen finanziellen Lage des Reiches ging er zum „Kernproblem“ der Regierungsaufgaben über: der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dabei blies er zunächst auf der Beschwichtigungschalmei. Die Lage Deutschlands sei nicht so, daß die Arbeitslosigkeit ins Unermeßliche steigen werde. Deutschland stehe in dieser Hinsicht günstiger da als England. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm Stegerwalds sei nur ein Nothelf; die Wiederbelebung der Wirtschaft müsse die Beseitigung der Arbeitslosigkeit bringen. Um die Reichsfinanzen zu ordnen sei Voraussetzung, daß nicht der Aufwand der Arbeitslosenversicherung den Reichsetat durch Mehransforderungen jederzeit über den Haufen werfen könne. Die Arbeitslosenversicherung

müsse vom Reichsetat derart getrennt werden, daß in diesen künftig ein fester Zuschuß einzurechnen sei, der nicht überschritten werden dürfe. Ferner müsse ein Weg gefunden werden, um einen etwaigen Mehraufwand der Arbeitslosenversicherung auf andere Weise aufzubringen. Da eine Entlastung der realen Steuern im nächsten Jahre im Etat selbst nicht vorgenommen werden könne, so bleibe nur der Weg übrig, zu versuchen, an den realen Steuern selbst zu ändern. Der Plan der Regierung sei, den Wohnungsbau auf die Erbauung von Zweizimmer-Wohnungen zu beschränken, um dadurch einen Teil der 800 Millionen, die hierfür Verwendung finden, frei zu machen. Hier werde der entscheidende Kampf einsetzen. Er (Dietrich) werde darum kämpfen, daß 400 Millionen von den Hauszinssteuermitteln für andere Zwecke locker gemacht werden. Nur von der Seite der Wirtschaft her könne das Problem der Beschäftigung des Volkes bewältigt werden. Zum Schluß blies Dietrich die Sammlungstropete für eine Sammlung der Staatspartei, Volkspartei und Wirtschaftspartei.

Herr Dietrich hat öffentlich das erzählt, was seine Ministerkollegen vorläufig noch diskret behandelt wollten. Die Reichsregierung hat es bisher vermieden, sich über ihre Finanzpläne offen auszusprechen. Das von ihr veröffentlichte Kommuniqué behandelte alle diese Fragen in diplomatischer Form. Jetzt hat Herr Dietrich undiplomatisch, zu deutsch: ehrlich geredet. Herr Dietrich bestätigt, daß die Reichsregierung den weiteren Abbau der Arbeitslosenversicherung und einen Eingriff in die Mittel aus der Hauszinssteuer plane. Im Kommuniqué hieß es über die Arbeitslosenversicherung, die Reichsanstalt solle gesichert werden, ohne daß dadurch die notwendigen Leistungen gefährdet würden. Dieses „notwendig“ war sehr diplomatisch. Wir wußten sofort, daß in diesem Wörtchen ein weiterer Abbau der Arbeitslosenunterstützung enthalten ist. Und nun sagt Herr Dietrich ohne Diplomatie: „Daß wir im vorigen Winter nahezu 120 000 Arbeitslose in der Landwirtschaft hatten, ist ein ebenso unhaltbarer Zustand wie der, daß über 600 000 Unterstüßte im Baugewerbe den übrigen Arbeitslosen in der Beitragszahlung und Unterstützung vollkommen gleichgestellt werden. Ich weiß, daß solche Sachen nicht von heute auf morgen geändert werden können, aber ohne diese Änderung ist die Arbeitslosenversicherung nicht durchzuführen.“

Das war deutlich geredet. Die Reichsregierung beabsichtigt demnach für die sogenannten Saisonarbeiter rund und nett einen weiteren Abbau der Leistungen. Ja, wir sind so „vermessend“, anzunehmen, daß auch Dietrich noch nicht die volle Wahrheit gesagt hat. Wir sind der Meinung, daß man darauf hinzielt, die sogenannten Saisongewerbe von der Erwerbslosenversicherung gänzlich auszunehmen. Denn was soll denn jetzt noch folgen? Schon heute sind alle Erwerbslosen, die weniger als 52 Wochen vor dem Eintritt der Arbeitslosigkeit beschäftigt waren, auf Grund der Notverordnung bedeutend schlechter gestellt. Wie will man denn unter solchen Umständen die Arbeitslosenversicherung noch weiter „entlasten“? Hier sollte der Reichsarbeitsminister Stegerwald einmal das Wort ergreifen. Aber jedenfalls hindern auch ihn „diplomatische“ Gründe daran.

Und wie hat sich das Kommuniqué der Reichsregierung geäußert zur Hauszinssteuer? Das Wort „Hauszinssteuer“ stand überhaupt nicht drin. Es war von einem Programm für den Wohnungsbau mit dem Ziel „der beschleunigten Verminderung der Wohnungsnot der unbemittelten Schichten“ die Rede. Dann aber folgte der geheimnisvolle Satz: „Die Finanzierung

der größeren Wohnungen wird auf a n d e r e m Wege durchgeführt". Ein wohlwollender Leser hätte den Sinn dieses Satzes so auffassen können, daß die Reichsregierung die größeren Wohnungen auf irgendeinem anderen Wege finanzieren wolle, damit alle zur Verfügung stehenden Mittel aus der Hauszinssteuer für den Bau von Kleinwohnungen verbraucht werden könnten. Dann wäre auch wirklich die Beschleunigung und Verbilligung des Bauens von Kleinwohnungen möglich. Aber die Sätze über das Bauprogramm der Reichsregierung waren ja absichtlich zweideutig gehalten. Jetzt sagt Herr Dietrich: „Der Plan der Regierung geht darauf hinaus, den Wohnungsbau auf die Erbauung von Zweizimmerwohnungen mit Küche und auf ganz kleine Wohnungen zu beschränken und dadurch einen Teil der 800 Millionen, die hierfür Verwendung finden, freizumachen. Hier wird der entscheidende Kampf einsetzen". Er werde persönlich darum kämpfen, daß die 400 Millionen locker gemacht werden. Diese 400 Millionen braucht Herr Dietrich für die Senkung der Realsteuern, zu denen er auch die Hauszinssteuer rechnet.

Was bedeutet dieser Regierungsplan? Die Hauszinssteuer erbringt jährlich etwa 1600 Millionen Mark. Davon sind etwa 800 Millionen dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Und nun will von diesen 800 Millionen Millionen Dietrich nochmals 400 abreißen, so daß für den Wohnungsbau aus der Hauszinssteuer alles in allem nur noch 400 Millionen Mark übrig bleiben. Dieser weitere Ausfall von 400 Millionen bedeutet, da daran noch weitere Wohnungsbau Gelder hängen, den Ausfall von weit über einer Milliarde Mark für den Wohnungsbau, wodurch einige hunderttausend Bauarbeiter mehr erwerbslos werden! Und so etwas nennt man Arbeitsbeschaffung! Aber Herr Dietrich tröstet sich. Er sagt, wenn die Wirtschaft Luft verspüre, dann werde sie weit mehr Erwerbslose aufsaugen, als ihr durch das Baugeschäft anfallen. Wo er diesen Optimismus hernimmt, ist einfach unverständlich. Worin sieht Herr Dietrich denn die Garantie dafür, daß die Mittel, die er dem Baumarkt entziehen will, in Deutschland produktiv verwendet werden? Will er die „Vertrauenskrise" der deutschen Wirtschaft dadurch überwinden, daß er die Zahl der Arbeitslosen wegen der neuen Drofflung des Baumarktes noch stärker als jetzt anschwellen lassen will? Und wie stellt sich Herr Dietrich die Verteilung der locker gemachten 400 Millionen im einzelnen vor?

Den Schlüssel hierzu finden wir ebenfalls in Herrn Dietrichs Mannheimer Rede. Er sagte, daß er darauf rechne, daß sich auch die Wirtschaftspartei zu der Sammelgruppe der Volks- und Staatspartei finden werde. Die Deutsche Wirtschaftspartei aber ist ein ganz besonders gearteter Interessentenhaufen. Herr Dietrich ist zwar ein Feind solcher Interessentenhaufen, das hat er in seiner bekannten Reichstagsrede bewiesen, aber dafür wirft er sich als Führer und Protektor solcher Interessentenhaufen auf. Zu den hauptsächlichsten Forderungen der Wirtschaftspartei gehört der Abbau der Hauszinssteuer. Das Programm des Herrn Dietrich ist das Programm der künftigen großen bürgerlichen Partei, zu der er auch die heutigen Wirtschaftsparteiler zählt. Eine Sammlung, bei der 400 Millionen Mark verteilt werden, lohnt sich schon für die Wirtschaftspartei. Herr Dietrich nimmt, wie etwa manche seiner Ministerkollegen, auf proletarische Wähler keinerlei Rücksicht. Er wirbt für seine Partei bei den Feinden der Arbeitslosenversicherung und bei den Feinden der Verwendung von öffentlichen Mitteln für den Wohnungsbau! Und dies ist das Programm der Reichsregierung. Die deutschen Arbeiter wissen jetzt, was sie davon zu halten haben!

Was ist der Zweck der Übung?

Die derzeitige Reichsregierung folgt bewußt den Spuren des Herrn Schacht. Sie hält die Errichtung von Neubauwohnungen für unproduktiv. Sie will den Wohnungsbau noch mehr abdroffeln, um auf diese Weise Gelder für die „Wirtschaft" frei zu machen. Es fällt ihr gar nicht ein, daß, was sie anfänglich mit großem Tamtam versprochen hat, durchzuführen: Den Wohnungsbau auf eine vernünftige Grundlage zu stellen. Es fällt ihr gar nicht ein, den Zinskosten und den Baukosten auf den Leib zu rücken. Sie will einfach die Wohnungen untragbar verkleinern und dem Wohnungsbau außerdem noch große öffentliche Mittel entziehen. Außerdem will sie die Erwerbslosenunterstützung auf ein Minimum abbauen. Das ist die Regierung der Brüning, Stegerwald und Dietrich! Alles für das Unternehmertum, nichts für die Arbeiter!

Wie sieht es aus auf dem Baumarkt? Von Juni 1926 bis zur Jahreswende 1929/30 stieg der amtliche Baukostenindex, der die ungeheure Verteuerung des Bauens gegenüber der Vorkriegszeit nur sehr unvollkommen widerspiegelt, von 156,8 auf 181; im gleichen Zeitraum stiegen die Preise der Baustoffe von 141,7 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit auf 161 Prozent. Die Nettokosten erstfälliger Hypotheken stiegen von

8,08 Prozent im zweiten Vierteljahr 1927 auf 10,18 Prozent Ende 1929. Ausschließlich die enorme Steigerung der Baukosten und der Hypothekenlasten haben heute dazu geführt, daß, um ein Beispiel zu nennen, die Miete für eine 63-Quadratmeter-Wohnung in dem Zeitraum von 1926 bis 1929 um 19 M monatlich gestiegen ist! Daraus ergäbe sich zwangsläufig die Konsequenz, daß das Uebel bei den Ursachen kuriert werden müßte. Aber daran denkt die Reichsregierung gar nicht! Sie will unter keinen Umständen irgendeinem Kapitalisten das Ausbeutungsrecht der breiten Volksmassen beschneiden. Sie versucht es mit Doktor-Eisenbart-Kuren, um auf diese Weise dem Wirtschaftübel beizukommen. Nie hat sie ernstlich versucht, die Baukosten und die Zinsen zu senken. Wenn in den letzten Monaten die Baustoffpreise und das Zinsniveau am Realkreditmarkt etwas gesunken sind, so ist dies nur eine selbstverständliche Folge des Konjunkturrückganges. Die Nettokosten erster Hypotheken betragen nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung jetzt etwa 9,2 Prozent, sie liegen somit noch weit über dem Niveau von 1927. Auch die Baustoffpreise sind noch lange nicht auf den Ausgangspunkt der letzten Konjunkturbewegung zurückgekommen. Von einer Anpassung der Baukosten an die allgemeinen Lebenshaltungskosten, die bei planmäßiger Wirtschaftspolitik möglich wäre, ist keine Rede. Die große Preisenkungsaktion der Reichsregierung hinsichtlich der Baukosten hat mit der Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung des Baukostenindex geendet. Auch die Verhandlungen mit den Zement- und Ziegeleikartellen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Und die Herabsetzung der Preise des Linoleumskartells ist für die Käse. Ernsthafte Schritte zur Senkung der Hypothekenzinsen sind bisher ebenfalls nicht unternommen worden. Sie wären auch hauptsächlich nur dadurch zu erreichen, daß den für die Wohnungsbaufinanzierung so bedeutsamen Sozialversicherungsanstalten ihre finanzielle Bewegungsfreiheit wiedergegeben wird, die man ihnen nicht zuletzt durch die Notverordnung genommen hat.

Was ist der Zweck der Übung? Der Abbau der sozialen Wohnungspolitik. Die grundsätzliche Bedeutung des Reichswohnungsbauprogramms ist schneller betont worden, als erwartet war. Es bleibt übrig der Weg zum Elendstyp und die weitere Einschränkung der Hergabe von öffentlichen Mitteln für den Wohnungsbau. Der Angelpunkt der Steuerreform der Reichsregierung ist die Beschlagnahme des größten Teiles der Mittel, die bisher dem Wohnungsbau aus der Hauszinssteuer zufließen, für Etatzwecke. Mit der Rückkehr zum Wohnungselend der Vorkriegszeit und mit dem Abbau der Hauszinssteuerpolitik ist der Wohnungsbau in Deutschland vor eine Entscheidung von größter Tragweite gestellt. Die antisoziale Wohnungspolitik der Reichsregierung liegt klar vor aller Augen. Der Reichsjustizminister Bredt hat ja auch vor den Hausbesitzern in Steffin im Namen der Reichsregierung das Versprechen abgegeben, baldmöglichst die freie Wohnungswirtschaft wieder einzuführen. Das ist die Wohnungspolitik der Brüning, Stegerwald und Dietrich!

„Der Bock als Gärtner.“

Im „Baukurier" vom 11. September redet unter dieser Ueberschrift der geschäftsführende Direktor des Reichsverbandes der Deutschen Ton- und Ziegelindustrie, Herr A. Hofherr, kräftige Töne. Der „Bock als Gärtner" ist seiner Meinung nach das Reichswirtschaftsministerium. Und warum? Es hat — man höre und staune! — den Versuch unternommen zu einem Anlauf, die Baustoffpreise zu senken. Dieses Ministerium habe — so sagt Herr Hofherr — entdeckt, daß die Baustoffpreise die Schuld daran trügen, daß die Bauwirtschaft nicht in gewünschtem Maße „angekurbelt" werden könne. Und ob dieser Entdeckung ist nun der Herr Hofherr rein aus dem Häuschen. Er rätioniert über die Aufforderung des Reichswirtschaftsministeriums vom 22. August an den Reichswirtschaftsrat, „mit zeitlichem und sachlichem Vorrang die Preisstellungen innerhalb der Baustoffwirtschaft insbesondere für Zement, Ziegel, Linoleum, Tapeten und Flachglas zu behandeln, damit die hier beobachteten Anzutraglichkeiten behoben werden können". Von allem — so sagt Herr Hofherr — müsse das Einbeziehen der Ziegelindustrie und die von Amts wegen veranlaßte Untersuchung ihrer Preisgebung geradezu Erbitterung hervorrufen. Bei der Vernehmung am 4. September vor dem Reichswirtschaftsrat habe deshalb auch der Vorsitzende der Interessenvertretung der deutschen Ziegelindustrie zum Ausdruck gebracht, daß diese Art von Interessensförderung in weiten Kreisen geradezu als eine „Verhöhnung ihrer Not" empfunden werde.

Die Erbitterung des Herrn Hofherr erklmmt den Gipfel, indem er entdeckt, daß am gleichen Abend nach jener Vernehmung das Reichswirtschaftsministerium einen Erlaß an die Landesregierungen gerichtet habe, worin er such wird, in eine Nachprüfung der Preisstellungen für Mauersteine einzutreten, weil nach glaubhaften Ausführungen und Feststellungen die begründete Befürchtung bestehe, daß durch örtliche Kartelle und Vereinbarungen volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigt hohe Preise festgesetzt oder beibehalten werden. Nach Herrn Hofherr sind die dem Reichswirtschaftsministerium gemachten „glaubhaften Ausführungen" recht zweifelhaft: und dürftiger Natur. Und entrückt fragt er: „Hat man denn im Reichswirtschaftsministerium wirklich kein Empfinden dafür, daß

Einer solchen Wohnungspolitik künden wir allerhöchsten Kampf an. Wir haben schon immer darauf hingewiesen, daß bei ernsthaftem Willen und bei Ausnutzung der heute vorhandenen Mittel die lassende Wohnungsnot in absehbarer Zeit behoben und die Mieten gesunder Neubauwohnungen dem Einkommen der arbeitenden Massen angepaßt werden können. Auch der Reichswirtschaftsrat hat bereits Anfang April dieses Jahres gangbare Wege gewiesen, in welcher Weise der Wohnungsbau gefördert werden könne. Die Reichsregierung hat sich über alle diese Vorschläge und Forderungen glatt hinweggesetzt. Sie wirft den Sachverständigenausschuß des Reichswirtschaftsrats in die Rumpelkammer und stellt sich rückhaltlos auf die Seite der Kapitalisten und Volksausbeuter. Die Mieter bringen jährlich etwa 2350 Millionen Mark aus der Hauszinssteuer auf. Davon bleiben jährlich rund 700 Millionen Mark in den Taschen der Hausbesitzer hängen; die Hälfte der übrig bleibenden etwa 1600 Millionen ist bisher für andere Zwecke als für den Wohnungsbau verwendet worden. Und nun will man von den verbleibenden 800 Millionen nochmals 400 Millionen Mark abkneifen zur Unterfütterung diverser Interessentenhaufen! Von den ursprünglichen Zwecken der Verwendung der Hauszinssteuermittel ist nicht mehr die Rede. Die deutschen Mieter bringen ein Milliardenopfer auf, das in vielen Taschen verschwindet, aber dem ursprünglichen Plan, dem Wohnungsbau, nicht zugeführt wird!

Wir können noch nicht feststellen, wie die Reichstagswahlen ausgefallen sind. Wir können nicht daran glauben, daß die derzeitige Reichsregierung angesichts solcher Machenschaften und solcher Volksfeindlichkeit im neuen Reichstag eine Mehrheit erhalten wird. Was verlangen wir von der neuen Reichsregierung? In erster Linie die energische Bekämpfung der Baustoffkartelle und damit den Abbau der überhöhten Preise in der Bauwirtschaft! Wir verlangen ferner ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Bekämpfung der ungeheuren Arbeitslosigkeit im Baugeschäft durch ein nicht nur scheinbar zusätzliches Wohnungsbauprogramm, für das die Mittel durch Vorkauf der Hauszinssteuer der nächsten Jahre und durch produktive Arbeitslosenfürsorge gewonnen werden können, sondern wir fordern einen Fünfjahresplan für die deutsche Wohnungswirtschaft! Wir verlangen eine gesetzliche Verankerung der Hauszinssteuer, die zurzeit von Jahr zu Jahr neu gefährdet ist, für den gleichen Zeitraum! Wir verlangen eine bedeutende Erhöhung des Anteils, der dem Wohnungsbau aus der Hauszinssteuer zufließt! Wir verlangen eine vernunftgemäße Senkung der Hypothekenzinsen! Wir verlangen die möglichste Erschließung von Mitteln aus öffentlich-rechtlichen Körperschaften für den Wohnungsbau! Wir verlangen die Herabsetzung von Auslandsgeldern für die Behebung der Bauwirtschaft!

Das sind praktische Vorschläge zur wirksamen Bekämpfung des Wohnungselends. Das ist kurz umrissen ein Teilprogramm zum Aufbau der Wirtschaft und zur Bekämpfung der großen Arbeitslosigkeit. Dafür stehen wir ein. Und wir werden nicht eher nachlassen, bis dieses Programm verwirklicht ist!

eine derartige Politik, die nach der ganzen Sachlage keine Besserung, sondern nur eine weitere Zerrüttung auf diesem Teilgebiet der Bauwirtschaft bringen kann, vertrauenszerstörend wirken muß?" In höchster Ekstase verkündet der Mann, der seine „heiligsten Güter" bedroht fühlt, den Durchfall dieser Reichsregierung bei den Wahlen am 14. September. Auch dem geduldstigsten Staatsbürger könne man solcherweise die Freude am Staat nehmen ...

Das sind mannhafte Töne. Der temperamentvolle Ausbruch des Herrn Hofherr wird allerdings nicht verhindert haben, daß auch er am 14. September für den Interessentenhaufen gestimmt hat. Denn auch er gehört zu diesem Haufen. Dazu gehören ja alle, alle, die auf die Heiligkeit des Privatkapitalismus und hoher Unternehmerprofite schwören. Und dabei stecken alle diese Herrschaften als obersten Grundsatz heraus: „Wach! mir den Pelz, aber mach' ihn beileibe nicht naß!" Jeder andere Interessentenhaufen mag Haare lassen, nur nicht der, dem man auf den Pelz rückt. Nach diesem Rezept handelt auch Herr Hofherr. Er verlangt außerdem, das Vertrauen zum Kapitalmarkt wieder herzustellen und die Kapitalnot zu beseitigen durch eine völlig veränderte Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik, die der Gesamtwirtschaft Erleichterung bringt. Unter „Gesamtwirtschaft" versteht Herr Hofherr natürlich nur sich und seinesgleichen. Für die verlangt er Steuererleichterungen. Und im gleichen Atemzug verlangt er Sozialunterstützungsentzug bei den darbenenden Massen! Das ist keine Verhöhnung der Not, nicht wahr Herr Hofherr? Eine Verhöhnung der Not sehen Sie nur dann, wenn die Ziegelindustrie mit ihren überhöhten Preisen herabgehen soll. Bluten kann jeder andere, bluten soll nach der Ansicht dieses Ziegelinteressenhaufen vor allem das gewöhnliche Volk, das durch Steuern aller Art, durch die Verschlechterung der Sozialpolitik und durch starke Arbeitslosigkeit schon mehr als bedrückt ist, bluten mögen schließlich auch die Tarife der Monopolbetriebe, aber beileibe nicht die der Ziegelindustrie! Und so schreien sie alle, alle; sie wollen den Pelz waschen lassen, aber keinem soll dabei die Kälte der Gemeinwohlbeschränkung an das profitlüsterne Herz greifen ...

Natürlich ist Herr Hofherr getreu der im „Baukurier" vertretenen Auffassung auch für eine Herabsetzung der

Arbeiterlöhne am Bau und in der Ziegelindustrie. Die Arbeiter können unbedenklich Haare lassen. Not sieht dieser Mann nur bei den Ziegelindustriellen, nicht bei den Arbeitern...

Ein Bundesgenosse Stegerwalds.

Der christlich-gewerkschaftliche Reichsarbeitsminister Dr. h. c. Stegerwald hat für seine mutigen „Reformen“ einen selbstlosen Mitkämpfer bekommen; nicht nur einen, sondern deren gleich tausende. Der Mitkämpfer ist niemand anderes als die Lohnkäufer mit ihrem literarisch selbstlosen Aufgebot.

Die Gesellschaft zur Verbreitung volkswirtschaftlicher Kenntnisse steht, wie schon mehrfach berichtet wurde, mit keinem Besseren als mit der Leitung des Wehrkreis-Kommandos Dresden in Verbindung. Dadurch ist die Gewähr gegeben, daß nun endlich die richtige sozialpolitische und volkswirtschaftliche Aufklärung verbreitet wird.

Eine ebenso faubumme wie sonderbare Logik! Die Arbeitererschaft hat schon lange eingesehen, daß die steigenden Lasten, wie Lohnsteuer, Ledigensteuer und andere Dinge, die nicht der sozialen Wohlfahrt dienen, sie sehr schwer schädigt, weil die Lasten allzusehr den wirklichen Lohn stark schmälern.

Rechtsstreit um eine Baupfanne in Aachen im Jahre 1769.

Von Alexander Knoll.

Dieser Rechtsstreit ist nicht nur in rechts- und kultur-geschichtlicher Hinsicht interessant, sondern mehr noch durch die Tatsache, daß sich die Baupfanne, um die es sich handelte, gegen eine Kirchenbehörde richtete.

Der Ausgangspunkt war ein Streit um die Frage, wer zur Her- und Aufstellung der Grabsteine berechtigt sein sollte. Auf Grund ihres Privilegs beanspruchte die Junft dieses Recht für sich, die Kirchenbehörde hingegen hatte wiederholt versucht, dieses Privileg zu umgehen.

Im Jahre 1769 hatten sich die Kirchenmeister einen abermaligen Vorstoß gegen das Junftprivileg geleistet.

Unternehmerpraktiken.

Ein Vorfall, der in diesen Zeiten großer Arbeitslosigkeit nicht gerade selten ist, sei, da besonders markant, an dieser Stelle näher erörtert. In Spremberg war ein kleiner Bau als Auftrag zu vergeben. Unter den vier Bewerbern waren drei ortsanässige Firmen, die für 39 000 M den Bau herstellen wollten.

Vertrag:

Um den Bau von Wohnungen für Beamte des Finanzamtes nicht durch eine auswärtige Firma zur Ausführung zu bringen und um den hiesigen Arbeitern die dringend notwendige Beschäftigung zu geben, wurden wir gezwungen, einen gewaltigen Nachlaß der Baukosten zu gewähren.

Ich, der Arbeiter ... verpflichte mich daher, für einen Stundenlohn von 0,72 M zu arbeiten. Gleichzeitig verpflichte ich mich, keine Nachforderungen zu verlangen, auch nach Beendigung der Arbeit dieselbe nicht auf dem Klageweg zu erreichen.

(Unterchrift.)

Die Firma D. & S. aus Cottbus, die eine Zweigniederlassung in Spremberg hat, fühlt sich also verpflichtet, mit ihrem Preis um 11 % herabzugeben, um eine „fremde“ Firma nicht in den Ort hineinzu lassen.

Leider hatten die Bauarbeiter für diese Art der Arbeitsbeschaffung nicht das Verständnis, das die Firma bei ihnen vorausgesetzt hatte. Sie setzten sofort ihre Organisationsleitung von dem ihnen zugemuteten Vertragsabschluss in Kenntnis mit dem Erfolg, daß diese famose Vertragsunterzeichnung nun schleimigst inhibiert wurde.

Die Lage der deutschen Wirtschaft.

Das Institut für Konjunkturforschung faßt die derzeitige Lage der deutschen Wirtschaft folgendermaßen zusammen: „Die deutsche Wirtschaft verharrt in tiefer Depression. Die industrielle Produktion ist um 15 bis 20 % geringer als im Vorjahr.“

Keine Baustelle ohne Baudelegierte!

Wahrscheinlich ist das in der Zwischenzeit noch des öfteren vorgekommen. Das scheint in der Junft eine so hochgradige Verbitterung hervorgerufen zu haben, daß man nunmehr den Beschluß faßte, jede Arbeit für die Kirchenbehörde solange zu verweigern, bis diese sich bereuigen würde, die Rechte der Junft hinsichtlich der Grabsteinarbeit rückhaltlos anzuerkennen.

Zur Beleuchtung der Rechtslage sei erläuternd bemerkt, daß durch das sogenannte Generalreichspatent vom Jahre 1731 das Recht zur Arbeitsverweigerung, das auch vorher schon bis auf einen geringen Rest eingeschränkt gewesen war, noch mehr eingeschränkt worden war.

Lassen wir die Akten selbst sprechen. Da ist zuerst die Beschwerde der Kirchenmeister an den Rat der Stadt

nationalen Preisniveau automatisch eine Erhöhung des Realwerts der Reparationslasten nach sich zieht. Eine gewisse Erleichterung vermochte die fortschreitende Verflüssigung der Kreditmärkte zu verschaffen.

Die gegenwärtige Krise geht über ähnliche Perioden früherer Zeit wesentlich hinaus. Der Arbeitsmarkt wird vorläufig nicht entlastet; im Gegenteil, die Zahl der Arbeitslosen wird in den nächsten Monaten zunehmen.

Eine verrückte Wirtschaftspolitik.

Es ist noch nicht abzusehen, welchen Schaden der derzeitige Reichsernährungsminister und sein Gefolge der deutschen Wirtschaftspolitik zufügen. Immer höhere Zollwünsche werden laut. Dabei sind diese eingeklinkelt auf die Interessen der Großgrundbesitzer.

Diesem Urteil eines Sachverständigen etwas hinzu zufügen erübrigt sich. Aber die deutsche Wirtschaftspolitik wird durch diese Beispiele treffend beleuchtet.

Aachen, worin sie die Junft der unberechtigten Anwendung der Baupfanne bezichtigen:

Wolgeböhren!

Es ist gerichtliche und stadtkündig, und ist bey dem leßten vorgenommenen mündlichen Verhör berührt worden, Wasgestalten, der zwischen zeitlichen Herren Pastoren zu S. Petrum und dessen selige Herrn decessores (Vorgänger) sodan hiesige steinmeyer in ansehung deren ab- und aufzuliegende Grabsteine etliche jahren her einige Mißbilligkeit vorgewalket, diese steinmeyer auf einmahl, anstatt den ordentlichen weg rechtens anzutreten, sich besfallen lassen haben, die promittirte selbsthülff ... zu verschaffen, mithin zu dem Endt die ganze Zimmerjunft aufgewiegelt, unter sich Zusammenkünffte und Rathschläge gepflogen und endlich die Entschließung gefasset, daß kein Meister noch Knecht dieser Zimmerjunft entweder an der Pastoral- und Capellaney Behausung oder auch sogar an der daisigen Pfarrkirch einige Arbeit weiters unter schwersten straff Verfügungen sollen; Gleichwie nun zuerst gar zu kumbdahr und fast ohnwiedersprechlich ist, daß dergleichen Verbündnissen unter den Junfftgenossenen allerhöchst schädlich und bloß zu eigenmächtigen Unternehmungen — folgiam (folglich) zu störung gemeiner ruhe gereichen, auch denen Reichsgesessen offenbaher entgegen stehen, mithin an sich null und nichtig — und also ein gar leichtes seyn, Bey ersterer allerunt (erhöhnigster) Vorstellung von denen höchstens Reichsgerichten darwieder die genugsamste remedur und ordnung zu erhalten.

Zum anderen aber auch solche Verfahr untergebenlich umbdeweniger bestehen noch geduldet werden kan, wo es nechtlich die Kirck, als ein gewehet und Sacirre sache selbstn betrifft, als welcher leyder! Durch Verbieth und

Donquijotterien gegen den Marxismus.

Der Wahlkampf ist von den Gegnern der Arbeiterschaft geföhrt worden unter dem Motto: Gegen den Marxismus. Es war belustigend, es mit anhören oder lesen zu müssen, wie sich Leute mit einem System auseinandersetzen versuchten, das die bedeutendste Wissenschaft des letzten Jahrhunderts ist, und von dem diese Don Quichottes so viel Ahnung haben, wie der Esel vom Lautenschlagen. Man glaubte dadurch seine eigenen Fehler zu verdecken. Man versuchte das Bürgertum gegen den Marxismus aufzurufen, indem man ihm suggerierte, daß der Staat und das öffentliche Leben Deutschlands überhaupt von marxistischem Geiste erfüllt sei. Dabei sind die Regierungen in dem Nachkriegsdeutschland in der Mehrzahl der Jahre rein bürgerlich gewesen und in den Zeiten, wo die Sozialdemokratische Partei mitregierte, handelte es sich um Koalitionsregierungen. Dementsprechend geht die Wirtschaft in fast allen Ländern ihren Gang, der durchaus in der Richtung der marxistischen Theorie liegt. Leute von Rang und Ruf, wie der englische Nationalökonom Keynes, die Professoren Sombart, Schmalenbach und Bonn haben längst auseinandergelegt, daß der Marxismus durch den Gang der kapitalistischen Entwicklung durchaus gerechtfertigt ist. In seiner berühmten Wiener Rede hat Schmalenbach dies vor einigen Jahren mit folgenden Worten festgelegt: „Was ist es denn im Grunde genommen anders als die Erfüllung der Voraussetzungen des großen Sozialisten Marx, die wir erleben? Seine Vorstellungen von der Zukunft der Wirtschaft sind es, die wir sich erfüllen sehen. Wenn wir unseren Wirtschaftsführern von heute sagen würden, daß sie gewollt oder ungewollt sozusagen Vollstrecker des marxistischen Testaments seien, so würden sie mit Nachdruck dagegen protestieren. Trotzdem sind sie nur Werkzeuge, nichts als Werkzeuge“. Diesen Worten etwas hinzuzufügen, dürfte sich erübrigen. Es ist ein den heutigen Wirtschaftsführern nahestehender Mann, der dies feststellt, und andere nicht minder befähigte haben dies vor und nach ihm getan. In Nummer 421 des „Berliner Tageblatts“ schreibt der bekannte Handelsredakteur Dr. Felix Pinner ebenfalls über das Problem Kapitalismus und Sozialismus. Er stellt unter anderem fest: „Betrachtet man den organisierten und sich immer stärker organisierenden Hochkapitalismus der Monopole, Kartelle, Trusts und Konzerne, der heute und nicht erst seit heute die moderne Großwirtschaft beherrscht, auf seine wirtschaftlichen Kernendenzen hin, sucht man Sinn und Ziel, Form und Gesetz seiner Wirtschaftsführung zu erfassen, so wird man zu dem Ergebnis kommen, daß sich dieser organisierte Kapitalismus nicht viel weniger dem Marxismus genähert hat, als der reformerische Sozialismus sich von ihm entfernt... Der großwirtschaftliche Kapitalismus ist dabei, sein Konzentrationsystem immer weiter und immer tiefer in die Privatwirtschaft hineinzuorganisieren, und er merkt gar nicht, oder sträubt sich mit verärgelter Heftigkeit gegen die Erkenntnis, daß eine so umfassende und tiefgehend organisierte Privatwirtschaft auf die Dauer gar nicht rein privat bleiben, sich der öffentlichen Kontrolle und der gemeinwirtschaftlichen Blickrichtung auf die Dauer gar nicht entziehen kann.“

Demgegenüber vergleiche man das blöde Gewäsch, das man auf den Gassen und Märkten über den Marxismus zu hören bekommt. Die Arbeiterschaft hat keine Ursache von dem einmal eingeschlagenen Wege in der Vertretung konsequenter Interessen der arbeitenden Schichten abzugehen. Wenn sie sich dabei in Uebereinstimmung mit dem Marxismus befindet, so ist das desto besser.

Aus dem Jahresbericht der Hamburgischen Bau-berufsgenossenschaft.

Die Hamburgische Bauberufsgenossenschaft umfaßt fünf Sektionen, die ihre Sitze in Hamburg, Lübeck, Kiel, Flensburg und Schwerin haben. Die kleinste Sektion ist die in Flensburg mit einer Versicherten-Lohnsumme von 8 874 275 M. Hamburg ist mit einer Lohnsumme von 114 233 287 M die größte. Nach der Umrechnung des Vorstandes der Genossenschaft und unter Zugrundelegung von 220 Arbeitstagen kommen bei einer Lohnsumme von insgesamt 193 642 255 M für alle fünf Sektionen rund 89 000 versicherte Personen in Betracht. Die errechnete Zahl scheint aber reichlich ansehnlich, weil dann auf jeden Versicherten (einschl. 10 000 Lehrlinge) im Jahre 1929 ein Durchschnittseinkommen von 2175 M entfallen würden. Daß dies bei einer durchschnittlichen Beschäftigung von 35 Wochen längst nicht erreicht wurde, ist ohne weiteres erklärlich. Selbst bei Miteinrechnung der etwa 12 000 Betriebsinhaber, die mitversichert sind und ein höheres Einkommen aufweisen, bleibt die angegebene Gesamtzahl der Versicherten hinter der Wirklichkeit zurück. Schon bei Ermäßigung des Durchschnittseinkommens auf 2000 M je

Abgung der nötigen Arbeit sonderbar an dem Fachwerk (Dachwerk) zu einem solchen Bawloß — und fast ruinösen stand gerathen, daß derauhen bei etwa länger andauernden winterszeit durch stetiges Durchregnen das Mauerwerk verdorben und gar das Gewölbe einen höchst schädlichen Einsturz androhen, Mithin die zum Gottesdienst so höchst erforderliche Pfarrkirch selbst wegen besürchtenden Leibes- und lebensgefahr keinen Zutritt mehr leyden dürfte; dero- halben bey dieser gefährlich- und höchst nothbringlichen Lage der sache, ohne von anderen daraus entspringenden unge- bühr und unzulässigkeit für diesmal zu melden, Ergeheth hiemit

zu Ew. Wolgebohren unser Zeilichen Kirchmeisteren wegen darunter obwaltender ambtpflicht die unferndienstliche Bitt, Hoch dieselbe geruhen wollen, Bey so offenbar auch ferneren Verzug hoffender (zu befürchtender) gefahr wider die comploctidten Zimmer Junft und in specie das dar- unter begriffene Leyendeckers Handwerk die scharffst- und rechtsgemessene Verordnung ergeben zu lassen, daß sie also fort, die von uns anerzuchende Leyendecker Arbeit an der besagter Pfarrkirch vornehmen und Vollstrecken sollen. Seind etc. ...

In ihrer Gegenschrift betonte die Junft, daß an der Sperre lediglich die Kirchenmeister die „Einzige und wahre Schuld“ trügen, „in deme, daß sie denen wider sie ergangene recht kräftigen Spruchen bis dato noch keine parition (Folge) geleistet.“ Sie zitierten zum Beweise dessen den Rechtspruch aus dem Jahre 1618, der im Jahre 1769 erneut bestätigt worden sei. Es sei darin ausdrücklich ausgesprochen worden, daß die Sperre so lange aufrechterhalten werden dürfe, bis die Differenzen wegen der Grabarbeiten beigelegt

versicherten steigt die Zahl der Versicherten auf 96 500; wir neigen deshalb zu der Ansicht, daß von den fünf Sektionen der Genossenschaft insgesamt mindestens 100 000 Versicherte erfaßt werden. — Unter Zugrundelegung der genossenschaftlichen Berechnungszahl entfallen aber auf Ham- burg 44 444, auf Lübeck 9 762, auf Kiel 13 706, auf Flens- burg 4 469 und auf Schwerin 16 596 Versicherte. Dazu kommen noch rund 1100 Personen, die von Regiebau- betrieben bei der Genossenschaft versichert sind.

Der Bericht stellt eine sehr betrübliche Tatsache fest, nämlich eine dauernde Steigerung der Unfälle. Im Jahre 1924 betrug die Zahl der Unfälle 2625, 1925 insgesamt 3927, 1926 insgesamt 5161, 1927 insgesamt 7016, 1928 insgesamt 7998 und 1929 insgesamt 7931. Von Unfällen entfallen in den letzten vier Jahren jeweils 4,46 % auf Unfälle auf dem Wege nach und von der Arbeitsstätte. Außer diesen Unfällen wurden 17 Fälle von Berufskrankheiten gemeldet, wovon aber nur 7 als entschädigungspflichtig anerkannt wurden. Drei Fälle betrafen die Verarbeitung von Blei in Lötereien, 13 Fälle waren auf die Arbeit mit Bleiweiß in Malereibetrieben zurückzuführen. Ein Fall rührte von schwerer Staublungenerkrankung her.

Die rund 90 000 Versicherten waren in 16 333 Be- trieben (im Vorjahr 16 975 mit 95 396 Versicherten) be- schäftigt. Von den 7931 Unfallmeldungen wurden bis zum Jahresluß nur 390 als entschädigungspflichtig anerkannt. Von je hundert Versicherten erlitten rund 8,9 einen Unfall, das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 0,5 %. Im Jahre 1929 endeten 38 Unfälle tödlich (im Vorjahre 50). Die Prozentziffer der tödlichen Unfälle beträgt 0,42 (im Vorjahre 0,52).

Ueber die Art der Unfälle wird für das Berichtsjahr noch nichts gesagt. Im Jahre 1928 entfielen rund ¼ der Unfälle auf Fall oder Sturz von Personen, ¼ auf Ver- legungen durch spitze oder kantige Gegenstände, ¼ auf Unfälle beim Transport von Gegenständen und ¼ auf Unfälle durch Zusammenbruch, Einsturz, Herab- und Um- fallen von Gegenständen. Der Rest umfaßt rund ¾ der Unfälle in 15 verschiedenen Arten.

Der Bericht stellt nur eine geringfügige Steigerung der gemeldeten Unfälle fest. Dabei sei aber besonders her- vorgehoben, daß die Zahl der tödlichen Unfälle abge- nommen hat. Ursachen oder Schuld, sagt der Bericht, seien dieselben, wie in früheren Berichtsjahren. Wörtlich heißt es: „Ein großer Teil von Betriebsunfällen ist wieder auf unglückliche Zufälle und auf die allgemeinen Gefahren im Bauhandwerk zurückzuführen. Dazu gefellen sich Unach- samkeit, Leichtsin, Ungeschicklichkeit, und zum erheblichen Teil auch die Abstumpfung gegen die Gefahr auf seiten der Versicherten. Durch Alkoholmißbrauch sind Unfälle nicht entfallen!“ — Die letzte Feststellung ist die interessanteste im ganzen Bericht. Jahrzehntelang klingt es in allen Be- richten der Unternehmerpresse wider, daß der Alkoholmiß- brauch Schuld an so vielen Unfällen gewesen sei. Es ist erfreulich, daß heute im Bericht einer großen Berufs- genossenschaft das Gegenteil festgestellt wird.

Ansehnlich sind die sonst angeführten Gründe für die Häufigkeit der Unfälle im Betriebe. Die wichtigsten Gründe für die Steigerung der Unfälle werden im Bericht nicht er- wähnt, und zwar die immer mehr steigende Benutzung von Maschinen im Baubetrieb; die steigende Intensität der Arbeitsleistung und die häufige Heranziehung und Be- schäftigung berufsremder Arbeiter. Würden die Unter- nehmer weniger berufsremde, desto mehr aber eingearbeitete Arbeitskräfte heranziehen, die Zahl der Unfälle würde sich sicher merklich senken.

Die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten ist um einen auf zehn erhöht worden. Dadurch konnten die Betriebs- besichtigungen von 15 918 auf 17 645 gesteigert werden. Die Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften wer- den sich täglich immer wiederholen, solange Berufsgenossen- schaft und Baupolizei nicht erheblich höhere Geldstrafen dem Unternehmer, bei dem solche Verstöße festgestellt werden, auferlegen.

Verbandstag der Asphaltierer.

Im Schulheim des Bundes am Wersee tagte am 31. August unsere Asphaltiererguppe. Anwesend waren 11 Delegierte, der Reichsfachgruppenobmann Kollege O t t o; als Vertreter des Bundesvorstandes waren die Kollegen S c h e i b e l und G ö t t e r, als Vertreter des Bezirks- vorstandes Berlin Kollege R ö s n e r erschienen. Vor Ein- tritt in die Tagesordnung gedachte Kollege O t t o des ver- storbenen Reichsfachgruppenobmanns Gustav L i n k. Sein Andenken wurde in der üblichen Weise geehrt. Hierauf gab Kollege O t t o den Geschäftsbericht. Die Uebernahme des Amtes war nach dem Tode des Kollegen Link ziemlich schwierig. Es war zu wenig Material vorhanden, um aus Vergangenen für die Gegenwart schöpfen zu können.

Beide Sprüche seien rechtskräftig geworden, da die andere Seite keinen Widerspruch erhoben habe und auch bei der Verhandlung vertreten gewesen sei. Die Junft ver- langte daher strikte Abweisung der Klage. Die Kirchen- meister brauchten sich nur zu entschließen, den gegen sie er- gangenen Entscheidungen nachzukommen, dann regelte sich alles andere von selber. Sie, die Junft, sei nicht gewillt, „davon kein fuß breit“ abzugeben.

Die Kläger ließen daraufhin ihrer ersten Klageschrift noch eine umfassende und eingehendere Begründung folgen. Darin behaupteten sie, der Rechtspruch vom Jahre 1769 sei von der Junft „erschlichen“ worden, es handle sich übrigens nur um ein mündliches Erkenntnis. Die Kirchenmeister hätten auch gar kein Recht gehabt, an dieser Verhandlung teilzunehmen; es sei ferner eine Nachlässigkeit von ihnen gewesen, daß sie gegen das Urteil keinen Einspruch erhoben hätten. Die Junft, so wurde gesagt, mache sich an, Richter in eigener Sache zu sein. Dann spielte man nochmals den stärksten Trumpf aus, nämlich daß es sich „direkte um die Pfarrkirch oder das Gotteshaus“ handle. Ferner führten die Kläger ein Urteil aus dem Jahre 1725 an, bei dem es sich um den gleichen Streit gehandelt und die Junft unrecht bekommen habe. Die Nichtbeachtung der Handwerks- rechte scheint also bei den Herren Kirchenmeistern sozusagen von Geschlecht zu Geschlecht vererbt worden zu sein.

Natürlich schwieg auch die beklagte Junft nicht still und rechtfertigte ihren Standpunkt gleichfalls in einem zweiten Schriftsatz. Sie bestritt, daß die Sache von 1725 mit der gegenwärtigen in Vergleich gestellt werden könne, auch sei durch den Spruch von 1725 der von 1618 nicht auf- gehoben worden. Es wurde auch bestritten, daß die Kirchen-

Trohdem ist es gelungen, sich in das Amt einzuarbeiten. Bedauerlich sei, daß von den 7660 bei der Berufszählung Erfassten nur ein Drittel unserem Bunde angehört; ein Fünftel ist bei den Fabrikarbeitern, den Dachdeckern und dem Gesamtverbande organisiert. Es bedarf der Mitarbeit aller, um die etwa noch 50% Unorganisierten für den Bund zu gewinnen. Aus der Tabelle über die Lohnbewegung sei zu ersehen, daß die Wuppertaler die besten, dagegen die größten Städte im Lande die niedr i g s t e n Asphaltierer- löhne haben. Bei den letzteren beruhe dies auf früheren Versäumnissen, die nun schlecht eingeholt werden können. Die letzte Lohnbewegung in Berlin habe einen annehm- baren Erfolg gebracht. Auch in Köln, Hamburg und Wüffel- dorf wurden durch Streiks Lohnerböhrungen durchgeföhrt. Ohne Wissen der Reichsfachgruppenleitung sollten Verträge nicht abgeschlossen werden. Dies beweise der erste Vertrag in Erfurt, der bei dem Leipziger Streik 1928 zu einem Konflikt führte. Als Vertragsarten haben wir den selbst- ständigen und den Anhang zum Reichstarifvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten. Der Besuch der Fach- gruppenversammlungen müsse noch besser werden. Auch die Berichterstattung an die Reichsfachgruppenleitung sei heute noch ungenügend. So sei noch viel zu tun; es werde besser werden, wenn sich jeder in den Dienst der Gruppe stell.

In der Aussprache wurde an dem Geschäftsbericht des Kollegen Otto nichts ausgesetzt. Es wurde verlangt, gegen das Ueberstundenunwesen energisch einzuschreiten. Ferner müsse man versuchen, tüchtige Funktionäre in den einzelnen Betrieben unterzubringen. Die sogenannten Landfischer (Wanderarbeiter) seien bei dem neuzeitlichen Straßenbau ein Schaden für die Organisation. Beklagt wurde von einigen Delegierten über die schlechte statistische Erfassung der Asphaltierer in den einzelnen Baugewerkschaften. Auch die Schwierigkeiten wurden geschildert, die sich heute bei Lohnverhandlungen mit den Unternehmeripndijg ergeben. Das Anfordern von Tiefbauarbeitern beim neuzeitlichen Straßenbau durch die Unternehmer sei ganz energisch zu bekämpfen; der neuzeitliche Straßenbau sei Asphalt- und keine Tiefbauarbeit. Kollege S c h e i b e l erläuterte noch eingehend den Gebrauch der Maschine. Der Mensch solle nicht Sklave der Maschine werden, sondern die Maschine der Helfer des Menschen. Zur Frühjahrslohnbewegung wurde bemerkt, daß es faktisch richtig war, die alten Löhne zu halten, um einem Abbau vorzubeugen. Alle Redner versprochen, künftig für die Organisation mehr denn je tätig sein zu wollen. In einem Schlußwort ging Otto auf die angeschnittenen Fragen ein. Bei den Lohnverhand- lungen suchen die Unternehmer nachzuweisen, daß mancher Asphaltierer 5000 M Jahresverdienst habe; dabei werde natürlich nicht gesagt, daß solche Verdienste nur durch starke Ueberstundenunwesen zustande kommen können. Dem Ueberstundenunwesen müsse energisch auf den Leib gerückt werden. Einige durch den Fabrikarbeiterverband mit einzelnen Asphaltfirmen abgeschlossene Verträge leisten dem Ueberstundenunwesen geradezu Vorschub. So hat in U e l z e n der Verband der Fabrikarbeiter bei Asphalt- arbeiten die zehnstündige Arbeitszeit zugelassen. Energisch müsse der Standpunkt vertreten werden, daß die Asphalt- arbeiter, die nicht in Fabriken beschäftigt sind, in den Deutschen Baugewerksbund gehören. Von allen Lohn- bewegungen muß die Reichsfachgruppenleitung sofort be- nachrichtigt werden, um unliebsamen Dingen aus dem Wege zu gehen.

In der Nachmittagsitzung sprach Kollege Otto zu den Verhandlungen über den Reichstarifvertrag. In dieser Frage seien die Unternehmer als die ersten an uns heran- getreten. Die Organisationsverhältnisse der Unternehmer sind sehr zersplittert, wodurch die Verhandlungen stark er- schwert werden. Die Unternehmerverbände „Tiefbau“ und „Ribau“ seien der Ansicht, der Abschluß eines solchen Vertrages sei nicht notwendig, da die in Frage kommenden Arbeiten im Reichstarifverträge für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten geregelt seien. Die Frage für uns sei nicht: Reichstarifvertrag oder örtlicher Vertrag, sondern mit w e m wir einen Reichstarifvertrag abschließen. Wir ver- handeln in Gemeinschaft mit dem Zentralverband der Steinarbeiter mit dem Verein zur Wahrung der Interessen der Asphaltindustrie, Sig Berlin, und mit dem Reichs- verband für das deutsche Steinsetz-, Pflasterer- und Straßenbaugewerbe, über den Abschluß eines Reichstarif- vertrages. Ein Vertragsentwurf war bereits ausgearbeitet, dann aber wollten auch die Unternehmer für das Bau- gewerbe sich daran beteiligen. Es wurde mit dem „Tief- bau“ und „Ribau“ neu verhandelt, neue Entwürfe wurden ausgearbeitet, die am 25. August gegenseitig ausgetauscht werden sollten. Das soll aber bis heute noch geschehen, da die Unternehmer ihren Entwurf nicht fertig haben. Der Vorteil eines Reichstarifvertrages liege darin, daß man dann in allen Bezirken, den Tarif aufbauend, die Lohn- und Arbeitsbedingungen regeln kann.

meister nicht verhandlungsberechtigt gewesen seien. Hätten sie ihre Befugnisse überschritten oder fahrlässig gehandelt, so solle sich ihre vorgeföhnte Behörde an ihnen schadlos halten.

Es half der Junft alles nichts: am 14. März 1771 wurde durch Urteil der Bürgermeister das Verbot (die Sperre) als „unstatthaft“ aufgehoben.

Gegen dieses Urteil legte die Junft Appellation ein. Das hatte zur Folge, daß die Bürgermeister ihren Spruch dahin einschränkten

... daß dabei die meinung nicht gewesen, daß angelegten Verboth (die Sperre) völlig aufzuheben, sondern daß ein- weilen die nötigen reparationes an der Cappelaney ver- fertiget werden solle.“

Damit war die Sache jedoch noch immer nicht abgefan. Es wurde in der Folge vom 14. März 1771 bis 1. Oktober 1772 noch 26 mal verhandelt. Endlich wurde am 23. Januar 1773, nachdem man noch ein umfangreiches Rechtsgutachten eingeholt hatte, das endgültige Urteil in der Sache gefällt. Darin wurde das allgemeine Verbot (die Sperre) der Arbeiten an der Pfarrkirch für „unstatthaft“ und die Junft für schuldig erklärt, diese Arbeiten ausführen zu lassen. Wegen der Grabarbeiten sollte es ihr unbenommen bleiben, die Sache auf dem Wege Rechts zu verfolgen. Natürlich hatte die Junft auch die Kosten des Rechtsstreits zu tragen, die sich auf 180 Gulden 2 Schilling beliefen; außerdem wurde der Kirche ein Schadenersatz in Höhe von 184 Gulden 1 Schilling zuerkannt.

Die Junft hatte also die alte Erfahrung machen müssen, daß mit großen Herren nicht gut Kirchengessen ist.

Der Vortrag des Kollegen Otto wurde lebhaft diskutiert. Nachdem Otto noch bemerkt hatte, daß zu Asphaltarbeiten auch der neuzeitliche Straßenbau (Walz-asphalt) gehöre und im Entwurf zum Reichsarbeitsvertrag alles getan sei, um keine Unklarheiten aufkommen zu lassen, wurde ein Antrag Hamburg, den Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages für das Asphaltgewerbe zu fordern, einstimmig angenommen. In die Lohnkommission der Fachgruppe wurden gewählt: Kriegerich, Berlin, Buchmann, Leipzig, Werl, München, Kämpfer, Warden, und Winger, Hamburg. Dann wurden die Abgeordneten für den Bundestag gewählt. Als Reichsfachgruppenobmann wurde Kollege Otto wiedergewählt. Dann schloß Kollege Otto mit Abschiedsworten den Verbandstag.

Verbandstag der Isolierer und Steinholzleger.

Am 7. und 8. September tagte die Fachgruppe der Isolierer und Steinholzleger in Köln. Achtzehn Delegierte waren anwesend, außerdem der Reichsfachgruppenobmann H. Hopfen, vom Bundesvorstand Kollege Tönnies, ferner der Leiter der Werkbauarbeiter, Kollege Gewalt, und die Bezirksleiter Kuhnmann und Ahrens. Der Vertreter aus dem Bezirk Hannover oder sein Ersatzmann war aus bis jetzt noch unbekanntem Gründen nicht erschienen.

Nach Eröffnung des Abendens der seit dem letzten Verbandstag verstorbenen Kollegen gab der Reichsfachgruppenobmann Hopfen den Geschäftsbericht. Danach hat die Fachgruppe der Isolierer und Steinholzleger in den letzten Jahren organisatorisch wie tarifpolitisch gute Fortschritte gemacht. Die Fachgruppe ist heute weit über 2000 Mitglieder stark, die Mitgliederzunahme gegenüber 1927 beträgt 37,59 %. Große Schwierigkeiten machten die Verhandlungen über einen Reichsarbeitsvertrag, die durch die wirtschaftliche Depression besonders ungünstig beeinflusst wurden. Wenn der Vertrag nicht so ausgefallen ist, wie wir das alle gern wünschten, so müssen die ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse mit berücksichtigt werden, jedoch muß uns dies auch einen Ansporn geben, die noch bestehenden Mängel in Zukunft bei besserer Konjunktur zu beseitigen. Die Löhne konnten in den Jahren 1928 und 1929 so gesteigert werden, daß die Isolierer hinter anderen Gruppen mit ihren Erfolgen nicht zurückstehen brauchen. Dies trifft auch auf die Steinholzleger zu, deren Mitgliederzunahme gegenüber 1927 51,8 % beträgt. Obwohl die Steinholzlegergruppe die kleinste Gruppe im Bunde ist, ist es gelungen, einen Reichsarbeitsvertrag zu schaffen und ihn zu verlängern, so daß auch für diese Kollegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen bis zum 31. März 1931 geregelt sind. — Die rege Aussprache wurde sachlich geführt; in den Verträgen wurden die noch vorhandenen Mängel aufgezeigt, deren Abstellung bei einem Neuabschluß nötig wäre. Allgemein wurde aber anerkannt, daß die Tarifkommission ihre Schuldigkeit voll erfüllt hat. Eine Entschliebung, die der Tarifkommission, insbesondere dem Kollegen Hopfen volles Vertrauen ausdrückt, wurde einstimmig angenommen.

Am nächsten Tage sprach zunächst Kollege Tönnies über die wirtschaftliche und politische Lage, sodann über die Arbeiten des Bundestages. Er erwähnte die große Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und deren finanzielle Auswirkung auf die Bundeskasse, die in den letzten Jahren große Summen verschlungen hat. Der Bundesvorstand und Beirat sind sich darüber einig, daß an unseren Unterstützungsmitteln zurzeit nichts geändert werden möge. Nur die Invalidenunterstützung wäre zu verbessern. — Die von den Steinholzlegern gestellten Anträge zum Verbandstag wurden fast ausschließlich der Tarifkommission oder dem Bundesvorstand überwiesen. Dann wurden die Delegierten zum Bundestag gewählt. In die Tarifkommission wurden gewählt: Rosemann, Dortmund, Brinke, Leipzig, Wappert, Ludwigshafen a. Rh., Lockenwitz, Berlin. Hamburg soll noch einen geeigneten Vertreter ernennen. Dem Fachgruppenobmann Hopfen wurde volles Vertrauen ausgesprochen, er wurde einstimmig wiedergewählt. Der Vorsitzende, Kollege Brinke, schloß dann mit einem kräftigen Hoch auf den Deutschen Baugewerksbund und die Fachgruppe den Verbandstag.

Der Verbandstag der Bau-Werkmeister.

Am 7. und 8. September tagte in Bremen im neu-erbauten Volkshaus die Reichsfachgruppe der Bau-Werkmeister. Am 6. September ging dem Verbandstag ein von der Bauwerkmeisterfachgruppe Bremen veranfaßter gutgelungener Begrüßungsabend voraus. — Aus dem Geschäftsbericht des Reichsfachgruppenobmannes ist hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl der Reichsfachgruppe seit 1927 trotz der ungünstigen Wirtschaftslage im Baugewerbe von 4681 Mitgliedern in 138 örtlichen Fachgruppen auf 5782 Mitgliedern in 163 örtlichen Fachgruppen gestiegen ist. Mit dieser Mitgliederzahl sind jedoch bei weitem nicht alle dem Baugewerksbund angehörenden Bau-Werkmeister erfasst. Der wirklichen Zahl der Bau-Werkmeister im Deutschen Baugewerksbund dürfte die bei der Juli-Statistik 1929 festgestellte Zahl von 8331 in leitender und ausführender Stellung tätigen Bundesmitglieder näher kommen. Bei der Beurteilung dieser Entwicklung sei besonders zu beachten, daß sich nicht weniger als sieben Organisationen bemühen, die Bau-Werkmeister als Mitglieder zu gewinnen. Ein unliebsames Kapitel ist noch immer der Kampf der Reichsfachgruppe um ihre Anerkennung als Tarifträger in den Reichsarbeitsverträgen für Polierer und Schachtmeister. Die Unternehmerverbände und der dem freigewerkschaftlichen Afl-Bund angehörende Deutsche Polierbund arbeiten Hand in Hand bei der Abwehr dieser Ansprüche. Daraus hat sich ein sehr unerquickliches Verhältnis zwischen der Fachgruppe und dem Polierbund entwickelt. Die Erörterung dieses Verhältnisses und der Möglichkeiten, zu einer Einheitsorganisation zu gelangen, nahmen einen breiten Raum in der Aussprache ein. Insbesondere kam mehrmals eine starke Empörung der Delegierten darüber zum Ausdruck, daß sich der Polierbund dazu verweigert habe, in seiner Zeitung die im Baugewerksbund organisierten Polierer und Schachtmeister den Indifferenten und Unorganisierten gleichzustellen. Dem Reichsfachgruppenobmann, Kollegen Peters, sprach der Verbandstag einstimmig sein Vertrauen aus. — Ueber die Berufsgesundheit der Bau-Werkmeister hielt Kollege Gustav Wüst einen ausgezeichneten Vortrag, der mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen wurde.

Am nächsten Tage referierte Kollege Peters über: Der Bau-Werkmeister in der Sozialgesetzgebung. Dann wurden die Abgeordneten zum Bundestag gewählt und

Kollege Peters einstimmig als Reichsfachgruppenobmann wiedergewählt. — Den Nachmittag benutzten die Delegierten zur Besichtigung eines gewaltigen, interessanten Bauwerks, der werdenden Nordschleuse in Bremerhaven; einer See-schleuse, die für die Durchschleifung von Schiffen bis zu 75 000 Tonnen eingerichtet ist. Ein ausführlicher Bericht über den Verbandstag ist im „Bau-Werkmeister“ erschienen.

Christliche Gewerkschafter im Wahlkampf.

Der christlichen „Baugewerkschaft“ sind unsere Feststellungen in Nr. 36 des „Grundstein“, über die mehr als eigenartigen Methoden, die in der christlichen Presse im Wahlkampf gegen freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie zur Verteidigung der sozialen „Reformen“ Stegerwalds angewandt wurden, arg in die Glieder gefahren. In ihrer Nr. 37 zieht sie gegen den „Grundstein“ vom Leder. Sie glaubt dies am besten zu tun, indem sie sich mit einem Mantel von Objektivität umgibt und redet uns — sachlich geizert — gut zu. Auch wir müßten ihr stillschweigend recht geben, daß die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags, die zum Austritt aus der Reichsregierung geführt hat, verurteilenswert ist. Die „Baugewerkschaft“ hat immer noch nicht begriffen, daß es für Gewerkschafter und wahre Arbeitervertreter einfach untragbar war, dem Kompromiß Brüning, das den Abbau der Arbeitslosenversicherung für den kommenden Winter konzessionierte, zuzustimmen. Nicht das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion, sondern die stark nach rechts neigende kompromißlerisch veranlagte Zentrumskfraktion hat zum Bruch der Regierung Hermann Müller geführt. Nicht „kleingeistige Agitation und demagogische Taktik“ waren es, die zum Aufstiegen der vorigen Reichsregierung geführt haben, sondern mangelhaftes Rückgrat der Zentrumskfraktion, die da glaubte, sozialpolitische Verschlechterungen mit einem sozialdemokratisch geleiteten Kabinet durchzuführen zu können, um nachher mit dem Finger auf die Sozials zu zeigen, sagen zu können: „Seht, das ist die Aera Wiffell!“ Und was enthüllt diese Absichten besser, als die seit dem Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung dem Volke bescherten Notverordnungen, die die Kranken- und Arbeitslosenversicherung „reformierten“. Sie sind der beste Beweis, zu welchen Kompromissen Zentrum und christliche Gewerkschaften bereit waren und sind. Dabei muß man noch annehmen, daß Brüning-Stegerwald während des Wahlkampfes mit weiteren „Reformen“ noch zurückhalten. Wie sehr diese „Reformen“ anerkannten sozialpolitischen Grundfragen ins Gesicht schlagen, das empfindet auch die christliche „Baugewerkschaft“. Sie würde sonst nicht, entgegen der bereits mehrfach widerlegten Behauptung, der geistige Vater des Stegerwaldschen Medizinisches sei der Geschäftsführer Selmann vom Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, wiederum diese Behauptung aufstellen. Es kennzeichnet die Verzweiflung auf christlicher Seite, wenn man dort immer wieder diese Behauptung aufstellt. Im übrigen zeugt es nicht gerade von einem besonders starken Rückgrat eines Ministers, wenn er den Einflüsterungen einer Person folgen würde und Maßnahmen trifft, die selbst im Kreise seiner Gesinnungsgenossen Befremden erregen.

Die christliche „Baugewerkschaft“ folgert daraus, daß am 18. Juli die Sozialdemokratie „gemeinsam mit den Staatsverweirern von Moskau, mit den Verneinern sozialen und politischen Rechtes der Arbeiterschaft um Augenberg und mit den Nationalsozialisten eine Stimmengemeinschaft bildete, daß sie jedes Recht verwirkt habe, noch als sachlicher Gegner behandelt zu werden“. Eine solche Schlussfolgerung ist doch ein bißchen reichlich naiv und kann nur bei denen Eindruck machen, die politisch noch nicht konfirmiert sind. Denn zwischen einer Zufalls-Stimmengemeinschaft bis zu einer Regierungsgemeinschaft, wie sie im Brüning-Kabinet besteht, und wie sie für die Zeit nach der Wahl besonders von Stegerwald („eine Regierung mit Sozialdemokraten kommt nicht mehr in Frage“) angestrebt wird, ist doch ein sehr großer Unterschied. Eine Zufalls-Stimmengemeinschaft ist keine politische Arbeitsgemeinschaft wie eine Regierung.

Die christliche „Baugewerkschaft“ tufet in dasselbe Horn wie alle „staatsverhaltenden“ Kreise heute und bläht das alte Lied von der „mangelnden Entschlußfähigkeit der Sozialdemokratie“, unhaltbare Zustände zu ändern. Die Sozialdemokratie wäre in 21 Monaten verantwortlicher Ministerkabinet zu keinem Entschluß gekommen, sagt auch die „Baugewerkschaft“, wobei sie hinzuzufügen vergißt, daß die Zentrumskfraktion gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei alle Entschlüsse auf Erhaltung der Sozialversicherung verhindert hat. Einer der größten Trompeter von der Entschlußunfähigkeit der Sozialdemokraten ist der jetzige Reichsarbeitsminister. Für den, der die politische Einstellung Stegerwalds kennt, der schon vor einem halben Dutzend Jahren bemüht war, in Preußen das Steuer nach rechts herumzureißen, ist dies nichts Neues. In Dortmund stieg Stegerwald kürzlich auf das Niveau des Trompeters, der in dem schönen Lied „Die Post im Walde“ das Echo zu spielen hat, und echoe den berühmten Sang von der Verantwortungslosigkeit der Sozialdemokraten wie folgt: „Eines konnte die Sozialdemokratie: Posten vergeben, aber im Ordnen der Finanzen verlagte sie gänzlich. Hilferding senkte die Steuern und das Ergebnis war, daß man ein Defizit von 2 Milliarden buchen konnte“. — Der Reichshändler Dr. Brüning schätzte aber — wahrheitsgemäß in Unkenntnis der Rede Stegerwalds — die Tätigkeit der Postenschieber ganz anders ein. Am 9. September sagte Dr. Brüning in Berlin: „Wir haben es für unsere Pflicht gehalten, auch den Mann zu unterstützen, der mit uns gemeinsam und in voller Uebereinstimmung den Versuch machte, die Reichsfinanzen endlich in Ordnung zu bringen, Fehler der Vergangenheit zu heilen und unsere Politik auf diesem Gebiet zu konsolidieren. Wir haben den sozialdemokratischen Finanzminister Hilferding bis zum letzten Tage gestützt“. Die Ausführungen Stegerwalds und seiner Nachbeter in der Presse berechtigen zu der Frage, warum dann die Zentrumskfraktion 21 Monate nicht nur eine verantwortungslos handelnde Regierung Hermann Müller duldete, sondern sogar in ihr mit vier Ministern mitmachte? Mit der Verantwortungslosigkeit muß es doch wohl nicht stimmen. Aber die Ausführungen des Reichskanzlers eripieren es uns, die Redensarten Stegerwalds gebührend zu kennzeichnen. Nur soviel sei gesagt: Hilferding hat im Juli 1928 die Lohnsteuer gesenkt. Diese Senkung machte jährlich etwa 130 Millionen Mark aus. Und diese 130 Millionen haben nach Stegerwald ein Defizit von 2 Milliarden gebracht. „Nach du die Recke ins Gesicht behälst!“

Kaffee.

Wer weiß, daß Brasilien das drittgrößte Land der Erde ist? Also an räumlicher Ausdehnung nur hinter den Vereinigten Staaten und Rußland zurückbleibt? Und 18mal so groß ist als das Deutsche Reich? Wer weiß, daß in der ehemaligen portugiesischen Kolonie Brasilien erst seit 1888 die Sklaverei aufgehoben ist? Und daß Brasilien seither eines der wichtigsten Einwanderungsländer der Erde geworden ist? Wer weiß, daß dorthin nicht nur Deutsche, Italiener, Polen, Ruthenen und Litauer, sondern auch Syrer und Japaner einwandern? Und daß diese Einwanderung sich insbesondere in die Kaffeegebiete Sao Paolos richtete? Wer kennt ferner die Legende von dem kleinen Hirten in Abessinien, der beobachtete, wie die Tiere seiner Herde eine ganze Nacht lang, anstatt zu schlafen, aufgeregt herumspangen, weil sie Blätter und Früchte der wilden Kaffeebüsche abgeweidet hatten? Wie dann mohammedanische Mönche den Kaffeestrauch aus Kassa in Abessinien nach Mokka im Südwesten Arabiens verpflanzten, wie sich der Kaffeegenuß von Mokka nach Mekka verbreitete, wie hier die ersten Kaffeehäuser entstanden, wie der Kaffeegenuß von mohammedanischen Priestern aber gleich trotz Verfolgungen der Kaffeetrinker und Plünderungen der Kaffeeläden in Ägypten und der Türkei leidenschaftlich Kaffee getrunken wurde und mit den Kriegszügen der Türken nach Mitteleuropa gelangte?

Der Kaffeebaum gedeiht auf tropischen Gebirgen in mittleren Höhen und ist von seiner Heimat aus über die ganze heiße Zone der Erde verbreitet worden. Was wir Kaffee nennen, sind die zwei Samenkörner, die in dem Fruchtfleisch der kirchenähnlichen Frucht eingeschlossen sind. Nachdem man das Fruchtfleisch auf machinellen Wege entfernt hat, werden die Samen, die noch von einer pergamentartigen Hülle umgeben sind, ein paar Tage pergamentartig in der Sonne getrocknet. So kommt der Kaffee in den Handel, muß aber erst in den Kaffeemüllereien von seiner Schale befreit und in Röstereien bei einer Temperatur von 250 Grad braun geröstet werden, bevor er konsumfähig wird. Denn erst durch das Rösten entwickelt sich der eigenartige feine Geschmack und Geruch, den wir durch Auflösen von gemahlenem Kaffee in heißem Wasser unserem Organismus zuführen.

Wir kennen aber noch lange nicht alle Vorbedingungen dafür, daß aus Kaffeeshweffern „Kaffeekränzchen“ geslochten werden können, denn wenn man Kaffee trinken will, muß man ihn kaufen, d. h. man muß für seine Erwerbung einen Preis zahlen. Dieser Preis hängt wie jeder andere Preis von Angebot und Nachfrage ab. Aber wie sehen Angebot und Nachfrage aus? — Die Zahl der Kaffeetrinker läßt sich auch nicht annähernd bestimmen, sicher ist, daß es hunderte von Millionen Menschen sind, Deutsche ebenso wie Italiener, Mexikaner, Türken, Spanier, Franzosen, Araber, weniger vielleicht Engländer und Russen, die Teetrinker sind. Kaffee ist ein schmackhaftes Getränk. Wie der Kaffee bei den Fidschijulanern schmeckt, weiß man freilich nicht, — nur über den Kaffee in Sachen gehen Gerüchte.

Auf der Angebotsseite ist mehr Klarheit vorhanden. Mehr als zwei Drittel der Weltproduktion stammen aus Brasilien. Als um 1900 wegen Ansteigens der Kaffeeproduktion die Preise sanken, belegte der brasilianische Bundesstaat Sao Paulo neue Anpflanzungen mit hohen Steuern. Trotzdem gleichzeitig auch die Ausfuhr beschränkt wurde, gingen die Preise immer mehr zurück. Nun entschloß sich der Staat, mehrere Millionen Sack Kaffee selbst aufzukaufen und borgte sich zu diesem Zweck 18 Millionen Pfund bei deutschen, französischen, englischen und amerikanischen Banken. In der Tat gelang es dem internationalen Finanzkapital im Verein mit dem bürgerlichen Klassenstaat, die Kaffeepreise von 1907 an auf das Doppelte zu steigern und damit beispielsweise dem deutschen Volk eine jährliche Mehrausgabe von 100 Millionen Mark zu verursachen. Während des Weltkrieges schiedem viele europäische Länder als Verbraucher aus, es trat daher ein starker Preisrückgang ein. Um nun die Interessen der Kaffeepflanzenbesitzer und Kaffeehändler einheitlich zu vertreten und um einen energischen Angriff gegen die Konsumenten der ganzen Welt zu eröffnen, wurde im Dezember 1924 von der brasilianischen Regierung ein Institut errichtet, das die Aufgabe hat, die Kaffe-Ernte in seinen großen Lagerhäusern aufzunehmen und sie so langsam zu verkaufen, daß nur ja nicht der Kaffee billiger werde. Dadurch, daß das Institut den Kaffeepflanzen große Vorschüsse auf die eingelagerte Ware gibt, ermöglicht es ihnen mit dem Verkauf des Kaffee zu warten und eine Uberschwemmung der Märkte nach der Ernte sowie einen nachfolgenden Preissturz zu vermeiden. Daß diese charakteristische Angriffswaffe der Kaffeepflanzen den Namen „Kaffeeverteidigungsinstitut“ erhielt, ist für das Denken der kapitalistischen Welt recht bezeichnend. — Es wäre dem Kaffeeverteidigungsinstitut allerdings nie gelungen, das Angebot gegenüber einer etwa gleich groß gebliebenen Nachfrage genügend niedrig zu erhalten. Doch entstand ihm ein großer Verbündeter in den Vereinigten Staaten, wo das Alkoholverbot eine ungeheure Zunahme des Kaffeekonsums bewirkte.

Trotzdem also die Kaffeeproduktion gegenüber der Vorkriegszeit um mehr als die Hälfte gestiegen ist, haben sich die Preise ungefähr verdoppelt. Freilich ist angesichts der steigenden Weltmarktpreise die Inbausfläche auch in den Nachbarländern Venezuela, Columbia, Guatemala und Costarica vergrößert worden. Dies geschah hauptsächlich zur Zeit der höchsten Preise im Jahre 1925. Nun braucht aber die Kaffeepflanze bis zur Ertragsreife vier bis sechs Jahre. Der Markt wird also in den nächsten Jahren zweifellos wieder mit Kaffee überschwemmt sein und das Kaffeeverteidigungsinstitut wird schwere Mühe haben, zu verhindern, daß der Kaffee billiger wird. Um dem zu entgegen, ist es auch bisher jedes Jahr durch seine Manöver die brasilianische Währung in Gefahr. Wer aber bei einer Geldentwertung die Zehne zu bezahlen hat, das haben die Arbeiter der meisten europäischen Länder am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Es ist immer wieder so, die kapitalistische Wirtschaft ist eigentlich nichts anderes als eine große Zechprellerei. Mit genialer Planlosigkeit beginnen kapitalistische Unternehmer eine Produktion, kennen natürlich nicht die Größe des Bedarfs, erzeugen daher mehr als gekauft wird und gehen zugrunde. Ob dann ihre Vertriebe von Banken saniert werden oder ob sie in Ausgleichs- und Konkursverfahren vor dem Bezahlen der

ganzen Zeche, die sie gemacht haben, geschütt werden, das Ergebnis ist das gleiche: Arbeitskraft, Geld und Rohstoffe, Teile des Volksvermögens sind vergeudet worden.

Wäre es gewagt, die kapitalistische Wirtschaft mit dem Kaffee zu vergleichen, der in seiner Schale vorgelegt wird aber bitter schmeckt, wenn man ihn nicht mit Zucker versüßt? Man ist fuchsen dazu, scheinbar genießt man; aber der Wahn ist kurz, die Reue ist lang. Die Nerven sind erregt, man kann nicht schlafen. Ist man unmäßig, dann geht's an die Gesundheit. Darüber kommt man auch nicht mit einem Witzwort hinweg wie der englische Dichter Bernard Shaw, dem ein Schauspieler sagte: „Wenn ich schwarzen Kaffee trinke, kann ich dann die ganze Nacht nicht schlafen. Geht es Ihnen nicht auch so, Meister?“ „Bei mir ist es gerade umgekehrt“ entgegnete Shaw, „wenn ich schlafe, kann ich keinen schwarzen Kaffee trinken.“

Die Bedeutung des englischen Gewerkschaftskongresses.

Vom englischen Volkscharakter wird behauptet, er liebe keine klaren Entscheidungen, weshalb er sehr zum Kompromiß neige. Während der Deutsche theoretisiert, das „Ding an sich“ kennen lernen will, sucht der Engländer nach einem Ausweg, den er gewöhnlich im Kompromiß findet. Daneben hält der Engländer viel auf Tradition; er kann sich vom Althergebrachten nur schwer trennen. Allgemein sind diese Eigenschaften gut, was sich besonders im öffentlichen Leben ausdrückt. Kein Volk hat den Sinn des „fair play“, den wahren Sportfimmel, so entwickelt wie das englische. Die häßlichen Formen des politischen Kampfes, die heute in Deutschland so in Mode sind, sind in England gänzlich unbekannt; sie könnten dort gar nicht aufkommen.

Freilich hat das Festhalten am Althergebrachten auch seine Schattenseiten. Dies bewies wieder einmal der 62. englische Gewerkschaftskongress in Nottingham. „Rationalisierung!“ Wer kennt es nicht, dieses geheimnisvolle Wort, das sich schnell im allgemeinen Sprachgebrauch eingependelt hat. „Rationalisierung!“ Das ist auch das Wort, oder besser die Idee, über die sich die Trade Unions auf ihren Kongressen unterhalten. Wie in Deutschland ist man kein grundsätzlicher Gegner der Rationalisierung, nur über das „Wie“ will man ein gemäßigtes Wort mitreden. Und das ist gut so. Und doch: von Rationalisierung der Gewerkschaftsmethoden und -einrichtungen keine Spur! Die englischen Gewerkschaftskongresse können auf eine fast zweiundsechzigjährige ruhmvolle Geschichte zurückblicken. Aber die Kongressmethoden sind in dieser langen Periode wenig oder gar nicht geändert worden. Bereits vor Jahrzehnten, als es in England noch keine selbständige politische Arbeiterbewegung gab, gab man dem Gewerkschaftskongress den ehrenvollen Namen „Parlament der Arbeiter“. Trotz der Entstehung der Arbeiterpartei (1900), die in den dreißig Jahren ihres Bestehens so stark wurde, daß ihr die Regierung in die Hände fiel, behielt der Gewerkschaftskongress seinen ursprünglichen Namen.

Die Gestaltung der Tagesordnung des Kongresses ist schon deshalb eigenartig, weil darauf der Generalrat der Gewerkschaften keinerlei Einfluß hat. Das ist zweifellos ein Manko. Die Tagesordnung setzt sich aus den von den einzelnen Gewerkschaften eingesandten Entschlüssen zusammen, wodurch manchmal die Verhandlungen ein wirres Durcheinander zeitigen. Die meisten Entschlüsse sind „hardy annuals“, d. h. sie kehren jährlich wieder und enthalten zum Teil fromme Wünsche der einzelnen Gewerkschaften. Sie werden mit freundlichem Lächeln immer wieder angenommen, ohne daß sich um ihre Verwirklichung jemand kümmert.

Zur Kategorie der frommen Wünsche gehört in den letzten Jahren das Verlangen nach mehr Tradeunionismus und weniger „Trade Unions“. So verlangen die Bergarbeiter vom Generalrat der Gewerkschaften, er solle eine Einheitsorganisation im Bergbau erzwingen. Das ist aber bei dem englischen Organisationsdurcheinander und dem eingefleischten Kasten- und Junstgeist leichter gesagt als durchgeführt. Ist doch selbst die große Bergarbeiterföderation ein loses Gebilde mit etwa 50 oder mehr unabhängigen Organisationen. Jene haben also nicht ganz unrecht, die den Vertretern der Föderation entgegenhalten: „Bevor ihr im Ernst von uns verlangt, wir sollen euch zu einer Einheitsorganisation im Bergbau verhelfen, zeigt erst einmal euren eigenen guten Willen und macht aus euerer losen Föderation einen straffen Zentralverband.“

Wie schon in den vergangenen Jahren erlitten auch diesmal die Bergarbeiter Schiffbruch. Selbst die Hilfe von

Achtung! Achtung! Frankfurt am Main!

Hier ist der südwestdeutsche Rundfunk. Wir übertragen nun die Begrüßungsfeier aus Anlaß der morgen beginnenden Tagung des Deutschen Bauergewerksbundes.

Radiobesitzer, die an der von der Bauergewerkschaft Frankfurt a. M. den Bundestagsabgeordneten gegebenen Feier „teilhören“ wollen, müssen sich am Sonntag, dem 28. September, abends 19,30 Uhr, in den Rundfunk einschalten. Wir wünschen guten Empfang!

Tom Richards, des neuen Präsidenten der Bergarbeiterföderation nützte nichts. Er betonte unter anderem: „Keine Organisation hat Untertagearbeiter als Mitglieder, und nur 5%, die über Tag arbeiten; für diese aber gibt es fünf verschiedene Organisationen.“ Ernest Bevin von den Transportarbeitern versprach den Bergarbeitern, sie zur Verwirklichung ihrer Wünsche unterstützen zu wollen. Mit 1 946 000 Stimmen wurde der Antrag dem Generalrat überwiesen zur Ausarbeitung eines gangbaren Planes. Damit war die Sache aber nicht erledigt, da auch der Verband der Bekleidungsarbeiter sich zu beklagen hatte. In der von diesem Verbande vorgeschlagenen Entschlußfassung heißt es:

„In Anbetracht der Tatsache, daß das Kapital sich immer mehr zusammenschließt in Konzerne, Trusts und Kartelle, sollte es sich der Kongress zur Aufgabe machen, dahin zu wirken, für jede Industrie nur eine Organisation zu schaffen, um auch auf diesem Gebiete im Einklang mit der Entwicklung zu sein.“

J. L. Severn von der Gewerkschaft der Spinnmacher (St. Nottingham) wies darauf hin, in seiner Industrie seien etwa 12 000 Arbeiter beschäftigt. Zur Zusammenfassung dieser Zahl beständen aber sieben Verbände. Eine dieser Organisationen hat 5, eine andere 40, eine dritte 80 Mitglieder. Die Entschlußfassung wurde durch Sandaufheben angenommen.

Von den Gastdelegierten, die dem Kongress Grüße überbrachten, errang sich Albert Thomas vom Internationalen Arbeitsamt in Genf große Beliebtheit. Er sprach seine Freude darüber aus, daß durch das Versprechen der Arbeiterregierung, in der nächsten Parlamentssession einen Entwurf zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens einzubringen, die Bewegung für den internationalen Achtstundentag neuerlich in Fluß gekommen sei. Seit der Vertreter der Arbeiterregierung im letzten Jahre in Genf das Versprechen gegeben, das Abkommen zu legalisieren, sei ein Freudenruf durch die europäische Arbeiter-

chaft gegangen, der auch vom I. A. geteilt wurde. In den letzten zehn Jahren habe es gar viele Enttäuschungen auf diesem Gebiete gegeben; jetzt aber bestehe die Hoffnung, das 1919 gesteckte Ziel endlich zu erreichen. Heute propagandiert man bereits die 40-Stunden-Woche, eine Forderung, die er nicht verurteilen wolle. Aber selbst wenn es den britischen Arbeitern gelingen sollte, einen Arbeitstag zu erzwingen, der geringer als acht Stunden ist, wäre es möglich, die Errungenschaft zu halten, wenn in anderen Ländern mehr als acht Stunden gearbeitet wird? Zur Verhinderung von Rückschlägen, ferner aber zur Erhaltung einer gewissen Stabilität der britischen Industrie bitte er, dafür zu sorgen, daß zunächst der Achtstundentag in allen Ländern durchgeführt wird.

Die Ausführungen des Redners wurden mit Ruhe entgegengenommen. Neben der Gastdelegierten haben auch wenn sie, wie in diesem Falle, den Kongress bewegende Probleme behandeln — keinen Einfluß auf den Gang der Verhandlungen. Das bewies die Debatte über die 44-Stunden-Woche am Tage nachher. Die Entschlußfassung zu diesem Punkt geht von der Rationalisierung aus, die immer mehr Arbeiter überflüssig macht. Lohnverkürzungen dürfen durch die verkürzte Arbeitszeit nicht vorgenommen werden. Der Generalrat wird aufgefordert, schnellstens eine 44-Stunden-Woche-Kampagne einzuleiten. Von der Regierung wird verlangt, dem Parlament eine Gesetzesvorlage im Sinne der Entschlußfassung vorzulegen. Die Entschlußfassung wurde angenommen.

Unter den vielen anderen angenommenen Entschlüssen verdient vor allem jene hervorgehoben zu werden, die eine Änderung des Gesetzes über die Alterspensionen verlangt; sie soll nicht vom 70. Lebensjahre, sondern bereits mit dem 60. Lebensjahre in Kraft treten. Mit Rücksicht auf die finanzielle Notlage, die auch in England als Folge der traurigen Wirtschaftslage besteht, hatte Bevin im Namen seiner Organisation die Pension beim Eintritt des 65. Jahres verlangt, mußte sich aber darüber bekehren lassen, daß diese Altersgrenze auf Grund eines 1924 eingefügten Artikels in die Geschäftsordnung des Kongresses „geschäftswidrig“ sei. So wurde der Antrag angenommen, der die Alterspension vom 60. Jahre an verlangt. Schätzungsweise würden durch Annahme eines solchen Gesetzes 678 000 Arbeiter über 60 Jahre aus dem Produktionsprozeß gezogen, den jüngeren Arbeitskräften Platz machend und so den Arbeitsmarkt entlastend. Zweifelloß wäre das ein Radikalmittel zur Eindämmung der großen Arbeitslosigkeit. Glaubte doch das Parlamentsglied Bromley, Generalsekretär der Lokomotivführer, prophesieren zu dürfen, im Februar werde sich das Heer der Erwerbslosen eher an der Grenze von vier Millionen befinden, anstatt wie jetzt von zwei Millionen.

Von den vielen angenommenen Entschlüssen war noch jene von Bedeutung, die eine radikale Reform des Krankenkassenwesens verlangt. Daß das gesamte Krankenkassenwesen privater Wohltätigkeit untersteht, ist ein schlimmer Zustand. Es fehlt an gut ausgerüsteten Kliniken. Das ganze Herzogtum liegt im Argen. — Bedeutungsvoll war auch die Debatte über die Forderung staatlicher Familienzulagen, und zwar fünf Mark je Woche für das erste Kind im schulpflichtigen Alter, und drei Mark für jedes weitere Kind. Schätzungsweise würde die Verwirklichung des Planes den Staatshaushalt jährlich mit 355 000 000 Pfund Sterling (7000 Millionen Mark) belasten. Als das Problem erstmalig 1926 auftauchte, entschieden sich die Zentralverbände der Arbeiterpartei und des Generalrats für Einsetzung eines gemischten Ausschusses, bestehend aus Vertretern beider Körperschaften. So entstand schließlich ein Mehrheits- und ein Minderheitsbericht. Die Mehrheit des Ausschusses entschied sich für die Forderung staatlicher Familienzulagen. Der Generalrat jedoch erklärte sich nach reiflicher Beratung mit den Zentralverbänden für den Minderheitsbericht, der eine großzügige Erweiterung des sozialen Versicherungswesens verlangt. Nach einer Debatte, die fast den ganzen Tag beanspruchte, erklärte sich der Kongress mit 2 154 000 Stimmen gegen 1 347 000 mit der Haltung des Generalrats einverstanden.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauergewerksbund. Feststellungsergebnis vom 25. August 1930.

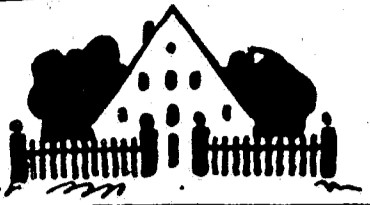
In den berichtenden Bauergewerkschaften waren am Feststellungstage arbeitslos

Table with columns for Bezirksverband, Zahl der Bauergewerkschaften, Mitgliederzahl, and various occupational categories like Maurer, Zimmermann, etc. Includes a summary row at the bottom.

Die Arbeitslosigkeit ist im August wieder etwas gestiegen. Im Vergleich zum vorausgegangenen Berichtsmonat haben wir im Reichsdurchschnitt eine Zunahme von 38,05% auf 38,95%, also um 0,90%. Am 26. August 1929 betrug der Reichsdurchschnitt 9,66%. Gegenüber der gleichen Zeit im Vorjahre haben wir noch eine um über 2% höhere Arbeitslosigkeit. In den einzelnen Bezirksverbänden stieg die Arbeitslosigkeit folgendermaßen: In Königsberg von 39,3 auf 40,1%, Danzig von 27,9 auf 28,2%, Steffin von 30,2 auf 33,1%, Berlin von 32,9 auf

35%, Erfurt von 48,6 auf 49,6%, Frankfurt von 45,9 auf 46,2%, Köln von 50,3 auf 50,8%, Hannover von 23,6 auf 28%, Hamburg von 25,0 auf 27,1%, Rostock von 22,8 auf 24,9%, Dresden von 43,0 auf 43,4%, Nürnberg von 37,3 auf 38,6%, Stuttgart von 31,3 auf 32,8% und Karlsruhe von 48,1 auf 48,2%. Ueber den Reichsdurchschnitt stehen die Bezirksverbände Königsberg, Breslau, Erfurt, Frankfurt, Köln, Dortmund, Dresden, München und Karlsruhe. Unter dem Reichsdurchschnitt stehen die Bezirksverbände Steffin, Berlin, Magdeburg, Hannover, Bremen, Hamburg,

Rostock, Nürnberg, Stuttgart und Danzig. Die Differenz zwischen den höchsten und den niedrigsten Arbeitslosenziffern beträgt 25,9%. Der Bezirksverband Köln hat 50,8%, während Rostock 24,9% Arbeitslose hat. Zurückgegangen ist die Arbeitslosigkeit in den Bezirksverbänden Breslau um 2,5%, Dortmund um 1,6%, Bremen um 0,6% und Magdeburg um 0,2%. — Von den Hauptberufsgruppen sind bei den Maurern 40,8% (Vormonat 39,8%), bei den Bauhilfsarbeitern 45,8% (44,7%), bei den Tiefbauarbeitern 40,1% (39,0) arbeitslos.



Unterhaltung und Wissen



Das Rezept.

Der Traum eines modernen Emporstrebenden.

„W-a-a-3 — Willi — Mensch — bist — nee — Sie entschuldigen bitte die Belästigung, Herr, aber Ihr Gesicht ähnelt zu verblüffend dem eines guten Freundes, den ich lange nicht mehr gesehen habe!“

„Ach, Edwin, Du!“ rief ich ganz erfreut, „nu freilich bin ich!“ Dabei faßte ich den Sprecher, der sich mit verlegenem Lächeln zum Weitergehen anschickte, überrascht am Ärmel.

Sprachlos musterte er meine Gestalt. Ich erleichterte ihm die Prüfung, indem ich mich breitfüßig vor ihm aufplante, die fleischigen Hände über meinem stark schmeerhaltigen Bauch faltete und den feisten Kopf wölgeläufig in das schwabbelige Doppelkinn bettete. Lange dauerte die eingehende Mustering. Wortlos. Hin und wieder ein verständnisloses Kopfschütteln seinerseits. Da ich aber wenig Lust verspürte, mich dauernd als lebende Plastik zu produzieren, änderte ich meine Stellung, schob eine Hand in die Hosentasche und legte die andere jovial auf des bedeppten Erwins Schulter. „Da staunste, was?“

„Sage bloß mal, Willi — gegebenenfalls, Du bist's wirklich — warst Du an einer Massenvertilgung von Hefe beteiligt oder probierst Du die Wehnbarkeit der menschlichen Haut, indem Du Dich aufpumpen ließe?“

Schmunzelnd verneinte ich. „Nichts von alledem, aber wir wollen hier nicht stehen bleiben. Komm mit in die Mosferrasse — mein jetziges Stammlokal — bei einer Flasche Trinkbarem will ich Dir aus meiner Praxis plaudern, und wie ich gleich im voraus bemerken möchte, dringlichst zur Nachahmung empfehlen —“

„Ober, eine „Haute Sauterne“ und zwei Brasilia!“

„Mein lieber Erwin, also Prost!“

„Prost Willi!“

„Hier ist Feuer. Die Zigarre scheint Dir zu schwer? Ha, ha, ha, das war sie mir früher auch — früher — weißt Du, als ich noch den Tabak rauchte, das halbe Pfund für 75 Pfennige, aber man gewöhnt sich eben an alles. Aber nun höre aufmerksam zu: Wie Du Dich wohl erinnerst, war ich ein ebenso armer Schlucker wie Du — warste mal, ich muß erst den Gedanken daran herunterspülen — ich habe mich bemüht und habe gestrebt wie Du und — hatte denselben Erfolg wie Du. Oder bist Du inzwischen städtischer Obergärtner geworden? — Nun, eines Tages besann sich Fortuna auf mich und erschien mir in Gestalt eines Wilderträßels, dessen Auflösung mir orakelte: „Spare in der Zeit, so hast du in der Not“. Wie ein Blitz traf mich die Erleuchtung. Augenblicklich ging ich ans Werk. Die Hauptbedingung zum erträumten Reichtum war mir ja gegeben: Zeit! Und Zeit hatte ich zur freien Verfügung. Zeit — Du weißt ja selbst am besten, wieviel Zeit heutzutage ein Prolet sein eigen nennt. Ich nahm also meine Zeit und fing an zu sparen. Sogleich. Lagern dort auf dem Stuhle nicht die Schuhe eingepackt, weil sie reparaturbedürftig waren? Was, die Schuhe zum Schuster? Es sind doch noch Brandsohlen darauf. So ein Luxus! — Ich war sehend geworden. Jetzt wurde kalkuliert und berechnet: wenn ich die Schuhe frage, bis auch das Oberleder abgelaufen ist, spare ich mindestens zweimal das Besohlen und außerdem noch ein Paar neue Schuhe. Erfolg: das Grundkapital war beschafft. Weiter: der Anzug. Fadenscheinig? Lachhaft! Welch irreführender Begriff! Licht, Luft und Sonne dem Körper! Jedes Loch im Gewebe ein Weg zur Schönheit, zu intensiver Hautbestrahlung; und nun der wichtigste Punkt: beträchtliche Vergrößerung des Kassabestandes, wenn ich den Anzug noch weiter trug. Ehe die letzte Faser des Stoffes vom Leibe fiel, hätte ich normalerweise einen neuen Anzug beschaffen müssen. Also gepart. Somit die nächste Stufe zum angehenden Kapitalisten. — Da sich Schönheit gern mit Kraft paart, nahm ich als alter Idealist die günstige Gelegenheit beim Schopfe und schlug zwei Fliegen mit einer Klappe, zwei dicke Brummer: Kraft des Leibes und Kraft der Finanzen. Wie? Sehr einfach. Früher aß ich, wenn ich Hunger verspürte. Damit verplemperte ich das allermeiste Geld und bekam natürlicherweise nur unnützen Fettsatz. Das

wurde nun anders. Vermittels meiner mir reichlich bemessenen Zeit brauchte ich erst dann zu essen, wenn es vor den Augen schwummerig wurde. Dieses System vermehrte mein Einkommen um ein erkleckliches Stückchen. — Dann gab es noch so Kleinigkeiten, in denen man früher höchst nachlässig gehandelt hatte. Zum Beispiel: jede Woche ein Bad. Unnötige Kapitalschwächung! Die Zeit hilft sparen. Sie bearbeitet die allmählich entstehende Schmutzkraute auf der Haut, bis diese abbröckelt. — Raufieren ist auch so eine Kulturfazerei. Wozu? Man soll sich doch seines natürlichen Zierats würdig erweisen und dem Wirken der Natur nicht mit dem Messer entgegenarbeiten! — Ferner: Theaterbesuche. So'ne läbliche Vergnügungssucht! Du vergebst eine Unmenge Zeit damit, stopfst das Hirn voll mit dummen Gedanken und wirkst nur zu frevelnden Vergleichen zwischen Schein und Wirklichkeit angeregt. Schluß! Die Eintrittsgelder hübsch auf's Häufchen gelegt. — Schau, Erwin, in dieser Art könnte ich Dir noch manchen Fingerzeig geben, aber Du wirst ja selbst genügend Möglichkeiten erkennen und ausfinden zum Einheimen des alleinseligmachenden Mammons. —

Der Unternehmer spricht:

Dies ist die Zeit der großen Not,
Und „Sparen!“ heißt das Machgebote,
Denn täglich kann die Lage sich verschärfen
Dum muß, wer sein Geschäft versteht,
Die Löhne senken, wo es geht,
Und möglichst viele auf die Straße werfen.

Es bleibt uns keine andre Wahl,
Erscheint dies Vorgehn auch brutal,
Der Leitsatz lautet: „Produziere billig!“
Und wer da liest im Elend hockt,
Ist nicht mehr vorlaut und verstockt
Und selbst bei Hungerlöhnen arbeitswillig!

Und ist das Pack erst weich und klein,
Dann stellen wir es wieder ein,
Dann hat die Zeit der großen Not ein Ende
Herr Brüning macht uns keinen Strich
Durch unsre Rechnung — sicher nicht!
„Mit Gott für Trust und Dividende!“

Karl Kinnert im Stimpfissstmas.

Bald war mein Kapital so angewachsen, daß ich dazu übergehen konnte, die Früchte meiner eifrigen Sammel-tätigkeit zu nuznießen. Als erstes: neue Schuhe, dann einen neuen Anzug, dann noch einen und so fort. Weil ich demnach nun glücklich mit zu denen gehörte, die in der Not haben, war ich bald fähiger Gast auf der Börse. Wo Tauben sind, da fliegen Tauben zu, und so bin ich jetzt in der angenehmen Lage, eine stattliche Menge Körner — goldene natürlich — verfüttern zu können. Wie und wo ich sie verfüttere, hast Du ja vorhin fattam an mir bewundert und vielleicht auch beneidet. Allerdings werden dabei — schloß ich meine Ausführungen, während die ber-ringten Finger schmeichelnd um die goldene Kette glitten, die sich schmiegeln der stattlichen Wölbung meines Leibes anpaßte — die Wege zu Kraft und Schönheit verschüttet, aber Du liebe Zeit, welcher wahre Patriot opfert nicht gern und willig zum Wohle des Ganzen!“ Bei den letzten Worten dröhnte in meiner Stimme ein eherner Klang.

„Ober zahlen! Einen Taxi bitte! — Erwin, Du gestaffelt wohl, daß ich Dich ein Stück begleite. Und was ich noch sagen wollte: wann gedenkst Du es mir gleich zu tun? Müße die Zeit — wuchere mit Deinem Pfund!“

Was Erwin erwiderte, verstand ich leider nicht recht. Recht unfaßlich wurde ich an der Schulter gerüttelt und eine wohlbekannte Stimme pustete mir recht aufdringlich ins Ohr: „Willi! Du Willi, der Hauswirt ist da, nach der Miete! Steh mal auf und sag ihm selber Bescheid. Er meint nämlich, Du hättest Zeit genug gehabt, um endlich einmal die längst fällige Miete zusammenzubringen!“

W. Urbanet.

Der Koks-korb.

Eine wahre Kurzgeschichte aus dem Beruf.

„Und wenn 30 Grad Kälte wären, ganz egal! Das Büro muß fertig werden,“ sagte der Bauführer zu einem vor ihm stehenden Maurer. „Stellen Sie einen Koks-korb auf und feuern Sie die Bude aus; da wird es schon warm werden. Ich werde Ihnen dann die Fenster schicken, die können Sie zuerst einsehen.“

Nach diesen Worten schritt der Ingenieur seinem Auto zu, bestieg es und war in wenigen Augenblicken davon.

Der Maurer startete ihm nach. Mit Groll dachte er an das sieben Gehörte. Mit verbissenem Gesicht murmelte er vor sich hin: „Ihr habt es ja warm in eurem Büro.“

Da hob sich aus dem dunklen Hintergrund ein weißes Etwas, auch ein Maurer, noch Lehrling. Vergebens hatte er sich bemüht, in einem kleinen, eisernen Ofen Feuer zu machen. Das Holz war zu feucht, es qualmte nur.

„Es brennt nicht,“ meldete er achselzuckend. „Na, da hol' nur den Koks-korb,“ erwiderte der Maurer, „stell'n wir'n dann eben auf.“

Bald drang dichter Qualm aus den Fensteröffnungen. Es war drinnen nicht zum Aushalten. Schwer legte sich der beißende Rauch auf die Lungen und machte das Atmen fast unmöglich.

Die beiden Gestalten lösten sich aus dem Schatten der Tür. Ins Freie tretend atmeten sie keuchend auf. Die

grimmige Kälte schnitt ihnen ins Gesicht. Das Thermometer zeigte 20 Grad unter Null. Durch Bewegungen versuchten sie sich warm zu machen.

Kurze Zeit später brachte der Fuhrmann die Fenster-rahmen, die die beiden gemeinsam einsetzten. Nach einer Stunde war ihre Arbeit vollendet. Nun wurde noch ein Bretterverschlag für die Tür angefertigt. Jetzt fehlte nur noch Wärme in dem geschlossenen Raum. Da der Koks-korb unterdes durchgebrannt war, wurde er als willkom-mene Wärmequelle begrüßt.

Auch das letzte bißchen Rauch war verflüchtigt. Lang-sam begann sich das Häuschen zu erwärmen. Kalk, Sand und Ziegel taufen auf, die Maurer konnten arbeiten. Halb-feineige Wände stiegen empor, die das Gesamte in einzelne Zimmer teilen sollten.

Pfötzlich wurde dem Älteren übel. Kopfschmerzen stellten sich ein, der Magen drohte hochzukommen, und so sehr er auch die Zähne aufeinander biß und nur an seine Steine dachte, es wollte nicht besser werden. Der Junge wunderte sich, daß sich sein Kollege dauernd an den Kopf griff, als wollte er etwas Unangenehmes fortwischen.

Nach einiger Zeit sagte der Alte: „Ich weiß nicht, ich habe so ein Brummen und Summen im Schädel; ich werde mal rausgehen, vielleicht wird es draußen besser.“

Als er den Verschlag hinter sich gezogen hatte, arbeitete der Lehrling unverdrossen weiter. Es bestand doch die Möglichkeit, daß dem vom etwas zu kaltem Bier schlecht geworden war. Sich ein Liedchen pfeifend, reißte er Ziegel an Ziegel und freute sich über den Vollbesitz seiner Kräfte. Jede vierte Schicht ein Bandelisen ins Mauerwerk zum besseren Halt der schwachen Wände. Wieder waren vier Schichten übereinandergefürt, er bückte sich, um ein Stück des zusammengerollten Eisens abzuhacken. Da, im gleichen Moment, als der Hammer klirrte, merkte er einen furcht-baren Schmerz im Kopf. Die Schläfen hämmerten, die Stirnschale schien zu eng zu werden und zu plagen.

Nein, es konnte nicht sein, das war gewiß nur vorüber-gehende Schwäche. Einem bißchen Kopfschmerz braucht man keine Bedeutung beimessen. Es geht nicht, daß auch ich schlapp mache. Wenn jemand kommt und merkt, daß wir beide nicht arbeiten, droht schließlich Entlassung. Der Maurer würde wieder Arbeit finden, aber ich als Lehrling?!

So ging es dem Lehrling durchs pochende Hirn. Nur aushalten! Es würde schon aufhören. Doch allmählich be-gann sich alles zu drehen. Die Konturen verschwammen, Riemchen wurden zu Dreiquartieren, halbe zu ganzen Steinen.

Gewaltig riß er sich zusammen. Er nahm die Schaufel zur Hand, um etwas Mörtel zurechtzumachen. Aber schon begannen sich die Wände zu verschieben, allerlei Figuren tanzten ihm vor den Augen, er fühlte die Beine versagen, liebliche Bilder umgaukelten ihn, bis das Bewußtsein ent-schwand.

Stechender Schmerz rief ihn zum Leben zurück. Beim Fallen hatte sich der Schaufelstiel in seine rechte Seite geklemmt. Irgendwo hatte er Halt gefunden. Da sah er erst, daß er quer über dem Kalkkasten lag.

Vergebens versuchte er sich zu erheben, es wollte nicht gehen. Mit vieler Mühe gelang es ihm endlich, die Schaufel zu entfernen. Seine Gedanken beschäftigten sich nun damit, so schnell wie möglich hinauszukommen. Angst schnürte ihm die Luftröhre zu und trieb ihn zu schnellem Handeln.

Auf allen Vieren schleppte er sich bis zur Tür. Wie aber den Verschlag aufkriegen? Die Furcht vor dem Tode hieß ihn nochmals alle Kräfte sammeln. Mit letzter Energie stieß er die Bretter nach außen und fiel mit ihnen ins Freie.

Draußen fand man den jungen Maurer bewußtlos liegen. Alle primitiven Wiederbelebungsversuche waren vergeblich. Ein herbeigerufener Arzt stellte Kohlenoxydgasvergiftung fest. Schnell setzte man den Sauerstoffapparat in Tätig-keit. Langsam begann das Herz wieder zu schlagen. Erst noch in großen Pausen, bis dann das Blut durch die Adern rasste. Man schaffte ihn auf Veranlassung des Arztes ins Krankenhaus.

Der Ältere hatte während dieser Zeit in einem andern Raum geschlafen; es war ihm etwas besser geworden. Er begab sich wieder zu seiner Arbeitsstelle, prallte aber vor der stickigen Luft zurück.

Jetzt erfuhr er von dem Vorgefallenen. Kopfschüttelnd hörte er alles an und sprach leise vor sich hin: „Koks-korb, Kohlenoxyd, Gasvergiftung. Und alles wegen des Geldes, weil es die Herren so wollten.“

Als er am nächsten Tage der Baufirma den Unfall telephonisch mitteilte, hörte er die schnarrende Stimme des Ingenieurs: „Das hab' ich mir doch gleich gedacht, Koks-korb im geschlossenen Raum, ohne Abzug, unmöglich!“

S. S.

Der Speisewagen.

Der Lehrer fragt in der Schule, ob die Jungen schon einmal einen Speisewagen gesehen haben. Einer meldet sich.

„Wo denn?“

„In Klein-Schrubbsdorf auf dem Bahnhof.“

„So, in Klein-Schrubbsdorf einen Speisewagen? Wie sah er denn aus?“

„Wie ein gewöhnlicher Güterwagen. Nur es stand daran: Essen.“

S. W.

Der Minister.

Der neue Minister eines kleinen Landes, ein völliger homo novus, reißt inkognito in seinem Machtbereich herum und sieht nach dem Rechten.

Er kommt auch in die Landesirrenanstalt und fährt den Pförtner barß an: „Melden Sie mich sofort dem Direktor, ich bin der Minister.“

Der Pförtner ist sehr leutselig: „Kommen Sie nur rein zu uns, Erzellenz. Elf Minister haben wir schon in der Anstalt, Sie machen das Duzend voll!“



Das Traumgespräch. (Prost lieber Erwin.)

18. 8.
38,9
29,3
33,4
43,3
34,8
35,0
49,0
27,7
27,9
27,8
23,7
43,1
38,2
40,9
32,3
48,2

Erzellenz
n hat
zurück
bänden
0,6 %
berufs-
(9,8 %),
tefbau-

Sklabenarbeit im Reparationsgebiet bei St. Avoild in Frankreich.

Aus Saarbrücken wird uns geschrieben: Die Gewerkschaft Carl Alexander, Zweigniederlassung Saarbrücken, hat in Folchviller bei St. Avoild Reparationsarbeiten auszuführen. Sie zählt an die dort beschäftigten Tiefbauarbeiter je Stunde 62 S. Nach den allgemeinen Bedingungen die die Firma in einem Merkblatt an die Arbeiter abgegeben hat, werden an die Arbeiter von dem Lohn 30 % ausgezahlt, wovon dann die Verpflegungskosten abgezogen werden; der Rest wird der Bank Gebr. Röschling in Zweibrücken überwiesen.

Für Verpflegung müssen täglich 9,30 Frs. gezahlt werden, dazu kommen dann noch 50 Cts. täglich für Unterkunft, und zwar auch für die Tage, wo der Arbeiter die Unterkunft nicht in Anspruch nimmt. Zusammen sind das täglich 9,80 Frs. oder in deutscher Währung 1,63 M. Wenn ferner ein Arbeiter krank wird und noch Schulden für Verpflegung und Unterkunft hat, so hat nach den Bestimmungen die Firma das Recht, von dem dem Arbeiter zustehenden Krankengeld diese Schuld in Abzug zu bringen. Zum Schluß verlangt die Firma in ihren famosen Bedingungen noch eine tadellose Arbeitsleistung — wie man das bei solch hohen Löhnen auch selbstverständlich fordern kann — und ein einwandfreies Verhalten nach der Arbeitszeit. Alle durch die Einreise entstehenden Unkosten hat der Arbeiter selbst zu tragen.

Man sollte annehmen, daß jeder deutsche Arbeiter soviel Denkmöglichkeit besitzt, daß er sich von den Fleischtöpfen dieser Firma nicht anlocken läßt. Dennoch begeben sich Arbeiter, gepeitscht von den Qualen monatelanger Arbeitslosigkeit in diese Sklabenarbeit und führen dort einen wirklich verzweifeltsten Kampf um ihre Familieneristenz. Das ergibt sich klar aus nachstehender Berechnung:

Nehmen wir an, es würden durchschnittlich in der Woche 55 Stunden gearbeitet, dann wäre der reine Verdienst nach Abzug der sozialen Beiträge ungefähr 32,50 M. Von diesem Betrag erhält der Arbeiter dann 30 %, das wären 9,75 M. Der Rest von 22,75 M. soll dann an die Bank nach Deutschland überwiesen werden. Da der Arbeiter für 7 Tage 11,41 M. für Verpflegung und Unterkunft zu zahlen hat, so reichen dafür die 30 %, die er von seinem Lohn erhält, nicht aus. Deshalb muß die Firma noch 1,66 M. von den 22,75 M. in Abzug bringen, so daß in Wirklichkeit 21,09 M. an die Bank in Deutschland überwiesen werden können. Der Arbeiter hat also an seinem Arbeitsort keinen einzigen Pfennig im Besitz. Er soll aber für sich die Woche hindurch Brot und Wurst kaufen, auch hat er mal Bedürfnis nach Tabak oder Bier, er muß sich auch mal ein Hemd waschen lassen und schließlich auch seiner Familie einen Brief schreiben. Diese Ausgaben in der Woche belaufen sich auf mindestens 5 M. Da er sich diese 5 M. wieder aus der Heimat schicken lassen muß, verbleiben der Familie nur noch 16 M. zum Leben übrig. Kommt aber einmal ein Regentag dazwischen, wie das in der Herbstzeit häufig geschieht, dann erhält im günstigsten Falle die Familie wöchentlich 10 bis 12 M. Es ist geradezu ein nationaler Skandal, daß eine deutsche Firma die Freiheit hat, aus reiner Profitgier und unter Ausnutzung der Arbeitslosigkeit in Deutschland Arbeiter in ein Arbeitsverhältnis zu pressen, das eines Kulturvolkes vollkommen unwürdig ist!

Die deutschen Arbeitsämter standen der Firma gern zu Diensten. Sie haben sich recht lebhaft an diesem modernen Sklavenhandel beteiligt, in allererster Linie das Arbeitsamt Trier. Die Arbeitsämter werden sagen, daß es ja freier Wille der Arbeiter sei, zu dieser Firma zu gehen oder nicht, daß es auch nicht Sache der Arbeitsämter sei, die Löhne für die Arbeiter zu regeln. Wenn dies auch zutrifft, so fragen doch die Arbeitsämter in o r a l i s c h die Verantwortung für solche Zustände. Den Arbeitsämtern sind die Löhne, die die Arbeiter bei den Reparationsarbeiten an der Mosel erhalten, nicht unbekannt. Sie wußten ferner, daß es sich bei der Gewerkschaft Carl Alexander ebenfalls um Reparationsarbeiten handelte. Sie kannten genau die Bedingungen dieser Firma; wäre also einmal darüber ernsthaft nachgedacht worden, so hätte man finden müssen, daß unter solchen Umständen kein Arbeiter dorthin vermittelt werden kann. Auch in der Frage der Arbeitsvermittlung gibt es eine Moral. Die Grenzen der Moral bei der Arbeitsvermittlung für diese Firma sind längst überschritten. Wir müssen die deutschen Arbeiter ernstlich warnen vor der Arbeitsaufnahme an den Reparationsarbeiten in Folchviller bei St. Avoild!

Unter Bundeskalender 1931.

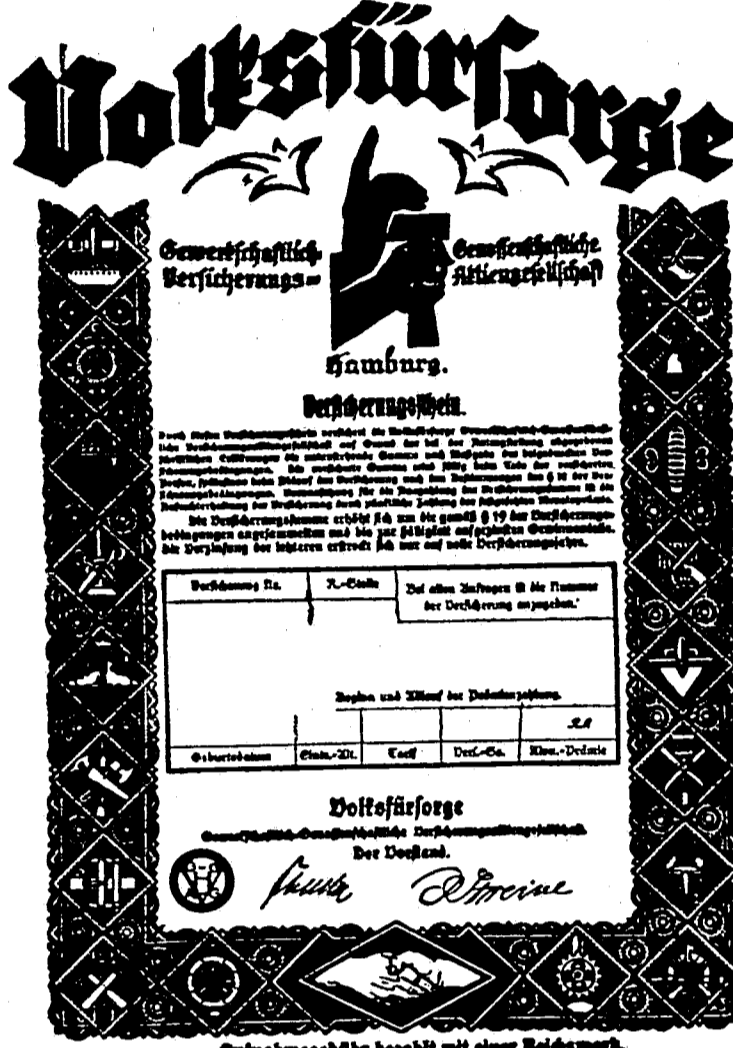
Unser Bundeskalender von 1931 ist der zwanzigste in der Reihe der vom Bundesvorstand oder vom Vorstand des früheren Bauarbeiterverbandes herausgegebene Kalender. Zwanzig Jahre sind demnach seit der ersten Ausgabe verfloßen. Um nun aber den neuen Kalender als einen richtiggehenden Jubiläum zu erkennen, dessen Vorgänger seine Hersteller wie seine Leser und Bezieger bereits länger, nämlich ein Vierteljahrhundert mehr oder weniger erfreut, muß man sich vergegenwärtigen, daß der allererste Verbandskalender im Jahre 1906 vom Bauarbeiterverband herausgegeben worden ist. Nach der Verschmelzung der beiden Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter zu Beginn des Jahres 1911 hat man dann den ersten im Deutschen Bauarbeiterverband herausgegebenen Kalender als Jahrgang Nr. 1 bezeichnet. Dadurch erscheint unser eigentlich schon 25 Jahre alter Kalender 1931 im 20. Lebensjahre. Er ist dementsprechend schmuck ausgestattet und wird den Mitgliedern gewiß gefallen. Neben dem, was ein Kalender in gewohnter Weise bringen muß, enthält er auch manches Neue. So werden die Bezieger des Kalenders ihre besondere Freude haben an den 52 für diesen Kalender neu gezeichneten Bildern aus der Bauarbeit. — Ferner enthält der Kalender Bilder und eine kurze Beschreibung unseres Schulheims am Werlsee, einen durch Bilder und Beispiele ergänzten lehrreichen Aufsatz über den neuzeitlichen Fassadenputz und in zwei kurzen Abschnitten die wichtigsten Arten der Flächen- und Körperberechnung. In einem lehrreichen Aufsatz, betitelt „Jugend im Wachsen“, behandelt Dr. Ernst H a a s e das Seelenleben des jugendlichen Arbeiters in der Pubertätsentwicklung und die Einstellung des Jugendlichen gegenüber dem Erwachsenen. Der Abschnitt „Unser Bauarbeiterverband 1929“ bringt auch diesmal wieder in zusammengedrängter und doch übersichtlicher Form Aufschluß über die Entwicklung der Organisation im Vorjahre. Für das werbende Mitglied sind gerade diese

Seiten eine wahre Fundgrube von Beweisen dafür, wie nutzbringend sich die Organisation für die Bauarbeiterenschaft auswirkt. Durch die in Zahlen dargestellten Tatsachen kann der Bundesfunktionär jederzeit über den Umfang, die Finanzen, die Leistungen und Entwicklung der Organisation Auskunft geben. Ein Blick in das kleine Jahrbuch im Kalender verschafft bei jeder Gelegenheit das im Augenblick erforderliche Rüstzeug gegen die Mißmacher, Phrasenhelden und Verächtlichmacher der Organisation.

Kein ernsthaft werbendes Mitglied sollte ohne dieses wichtige Hilfsmittel, ohne den Bundeskalender sein! Der Preis des Kalenders ist im Verhältnis zu seiner guten Ausstattung äußerst niedrig; er beträgt wie bisher nur 60 Pfennig.

Ein Versicherungsschein der Volksfürsorge.

Der Versicherungsschein der Volksfürsorge ist heute schon in weiten Kreisen des deutschen Volkes bekannt; denn die Volksfürsorge zählt gegenwärtig rund 2,1 Millionen



Volks- und Lebensversicherungen mit über 850 Millionen Mark Versicherungssumme. Er sollte bald in allen Arbeiterfamilien zu finden sein.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt ist die Firma Paul Kasper in Gosek, Baugewerkschaft Weiskens, wegen untertariflicher Bezahlung; ferner das Abbruchgeschäft von August Erich, Baufabrik Dynamitfabrik bei Geesbacht, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnabzug; die Arbeitsstellen der Firma Richard Schöche aus Sienroda in Börtewitz und Börin wegen Tarifbruch.

Fliesenleger: Gesperrt ist in München die Firma Norbert Berger.

Töpfer: Gesperrt sind in Burg b. Magdeburg Uhlemann, in Halle a. d. S. Wilhelm Stahl in Hofenstein-Erntthal Eugen Wolf, in Landsberg a. d. W. die Firma Alex Kaczkowski wegen Zahlung untertariflicher Löhne, in Magdeburg die Firma Zollweger & Sohn wegen Nichtzahlens des Lohnes, in München die Firma Norbert Berger wegen rückständiger Löhne, in Straßburg i. U. die Ofensefirma Kleinschmidt wegen Nichtzahlens der Tariflöhne, in Jexitz die Ofensefirma Gustav Neumann, Gustav Hörnicke und Emil Böhme. Gewarnt wird vor der Firma Brockmann in Schwerin.

Der Norddeutsche Bauarbeiterverband auf dem Kriegspfade. Er hat getreu der im „Baukurier“ und verwandten Blättern vertretenen Ansicht die Akkordtarifverträge für Maurer- und Steinträgerarbeiten und für das Plattenanfertigergerbe gekündigt. Man verlangt nicht mehr als 15 bis 20 und mehr Prozent Abbau bei den Akkordpreisen. In den Verhandlungen lehnte unsere Verhandlungskommission einmütig die Anträge der Unternehmer auf Abbau der Akkordlöhne ab und ließ durch ihren Vorsitzenden erklären, lieber für die Einführung der Lohnarbeit einzutreten und die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess zu fordern, als aus den Bauarbeitern noch späterhin solche Leistungen herauspressen zu lassen. Die Verhandlung verlief, da eine Einigung unmöglich erschien und beide Teile an ihrer Auffassung festhielten, ergebnislos. Was gleich wird beim Schlichtungsverfahren der Fall sein. Jedenfalls wird die Hamburger Bauarbeiterchaft an ihren mit Mühe und Not aufgebauten Löhnen festhalten. Das beste Mittel ist, keine Akkordarbeit anzunehmen ohne Anerkennung des alten Akkordtarifvertrages, oder noch besser, jede Akkordarbeit nunmehr zurückzuweisen. — Die Verhandlungen im Plattenfertigergerbe sind erst später.

Aus der Sozialgesetzgebung

Notverordnung und Innungskrankenkassen. Die „Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930“ hat nicht nur einschneidende Veränderungen hinsichtlich der Leistungen in der Krankenversicherung gebracht, sondern darüber hinaus auch noch mancherlei Neuerungen in der Organisation der Versicherung. So sind

eine ganze Anzahl neuer Bestimmungen geschaffen, die sich mit der Errichtung von Kassen befassen. Da hiervon auch in ziemlich starkem Maße die Innungskrankenkassen betroffen werden, erscheint es angebracht zu dem, was wir in Nr. 33 des „Grundstein“ zu dieser besonderen Frage ausgeführt haben, noch einiges zu ergänzen. — Es sei vorweg genommen, daß inzwischen der preussische Minister für Volkswohlfahrt unterm 16. August 1930 einen Erlaß betreffend die Organisation der Krankenkassen herausgegeben hat, auf den gleichfalls mit eingegangen sei.

Die Errichtung neuer Krankenkassen ist nicht grundsätzlich verboten worden. Sie ist jedoch erschwert worden dadurch, daß sie nur dann errichtet werden dürfen, wenn die Mehrheit der abstimmden beteiligten Unternehmer und die Mehrheit der abstimmden beteiligten volljährigen Arbeiter in geheimer Abstimmung der Errichtung zustimmen. Diese Vorschrift gilt für alle neu zu errichtenden Krankenkassen, also auch für Innungskrankenkassen. Als „beteiligt“ und zur Abstimmung berechtigt gelten dabei alle Unternehmer und Versicherten, die mit ihrem Betriebe oder als Versicherte der Kasse angehören würden. Ergibt die Abstimmung bei den Abstimmden beider Gruppen keine Mehrheit für die Errichtung, oder ist eine solche Mehrheit nur bei einer Gruppe vorhanden, dann kann die Kasse nicht errichtet werden. Die Abstimmung wird durch das zuständige Versicherungsamt geleitet. Wegen dieser neuen Vorschrift ist die alte Bestimmung in der Reichsversicherungsordnung, daß bei Errichtung einer Innungskrankenkasse der Gesellensauschuß angehört werden muß, gestrichen worden. Sie ist ja auch überflüssig geworden. Bei der Auflösung einer Innungskrankenkasse ist jedoch nach wie vor die Anhörung des Gesellensauschusses unerlässlich. Ueber die Art und Weise und die Durchführung der Abstimmung werden noch besondere Ausführungsverordnungen erlassen.

Außer den in Nr. 33 des „Grundstein“ mitgeteilten neuen Vorschriften für die Errichtung von Innungskrankenkassen ist u. a. auch festgelegt worden, daß nur noch Handwerkerinnungen eigene Krankenkassen gründen können. Als Handwerkerinnungen gelten nur die, die in die Handwerksrolle eingetragen sind. In der Hinsicht ist also die Errichtung von Innungskrankenkassen erschwert worden. Es folgt jedoch nun gleich wieder eine andere neue Vorschrift, die die Errichtung erleichtert. So war bis jetzt die Errichtung einer Kasse für mehrere Innungen unzulässig. Die Vereinigung konnte erst nach der Errichtung der einzelnen Kassen vorgenommen werden. Auf Grund der neuen Bestimmungen der Notverordnung aber können jetzt auch mehrere Innungen gemeinsam eine Kasse ins Leben rufen.

Außer der schon mitgeteilten Mindestmitgliederszahl von 150 ist für die Errichtung der Kasse Voraussetzung, daß „der Bestand oder die Leistungsfähigkeit“ vorhandener allgemeiner Ortskrankenkassen und Landkrankenkassen nicht gefährdet wird. „Ob und wann dies der Fall ist, muß von Fall zu Fall von den Aufsichtsböörden geprüft werden (Die Bestimmung, daß eine der genannten Kassen dann nicht als gefährdet gilt, wenn sie mehr als 1000 Mitglieder bezieht, ist in Wegfall gekommen.) Die Schließung von Innungskrankenkassen ist ebenfalls durch eine neue Bestimmung geregelt worden. So wird eine Innungskrankenkasse jetzt dann geschlossen, wenn ihr Mitgliederbestand nicht nur vorübergehend unter 150 sinkt. Es ist hierbei der gesamte Mitgliederbestand zu berücksichtigen, also neben den Pflichtmitgliedern auch die freiwilligen Mitglieder. Diese Vorschrift muß auch auf bereits bestehende Kassen angewendet werden. Nach statistischen Feststellungen dürften hierbei etwa 200 Kassen in Betracht kommen, die geschlossen werden müssen. Die „Deutsche Krankenkasse“ schreibt hierzu, daß diese Kassen ihrem Schicksal (der Schließung) auch nicht dadurch entgehen können, daß sie sich mit anderen Innungskrankenkassen vereinigen. In den Fällen, in denen solche Zwergkassen nicht selbst liquidieren, ist es Pflicht und Aufgabe der Mitglieder, auf eine Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften hinzuwirken.

Es sei noch bemerkt, daß alle Neuerungen bereits mit dem 28. Juli dieses Jahres in Kraft getreten sind. In dem eingangs erwähnten Erlaß fordert der Minister die ihm unterstellten Stellen und Aemter auf, ihm bis zum 15. Oktober über die Durchführung und Anwendung der neuen Vorschriften Bericht zu geben. Der allzu wilden Kasengründerei ist also etwas Einhalt geboten, es ist wenigstens ein Anfang getan worden.

Die Ortskrankenkassen im Jahre 1929.

Wie alljährlich, so hat auch in diesem Jahre der „Hauptverband deutscher Krankenkassen“ sein „Jahrbuch der Krankenversicherung“ herausgegeben. Das umfangreiche Werk enthält neben sehr interessanten Aufsätzen über die Entwicklung und den Stand der deutschen Sozialversicherung auch Zusammenfassungen und Statistiken über die Verhältnisse bei den Ortskrankenkassen im Jahre 1929. Es erscheint gerade heute im Zeichen des Abbaues der Krankenversicherung notwendig, diese Angaben einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, geht doch aus den Zahlen wiederum die nicht hoch genug zu bewertende Bedeutung der Krankenversicherung hervor. — An der Statistik beteiligten sich 1929 Kassen mit rund 11,2 Millionen Versicherten. Da die letzte amtliche Statistik (1928) 2140 Ortskrankenkassen mit 13,8 Millionen Versicherte zählt, sind an der Zusammenstellung 61,78 % der vorhandenen Kassen mit 80,19 % der Mitglieder erfasst. Wenn gleich also nicht sämtliche Kassen und Mitglieder beteiligt sind, so doch die übergroße Mehrheit. Der Beitragsaufschwank bei den einzelnen Kassen zwischen 4 und 10 % des Grundlohnes. Gegenüber dem Vorjahre ist im allgemeinen eine Erhöhung des Beitragsfußes festzustellen. Im Gesamtdurchschnitt beträgt der Beitragsfuß 6,55 % des Grundlohnes. Von der Möglichkeit, Zusatzbeiträge für die Familienversicherung zu erheben, haben 66 Kassen Gebrauch gemacht. Der Leistungsausbau (Einführung von Mehrlösungen) hat im Berichtsjahre keine wesentlichen Fortschritte gemacht. Der Hauptverband führt dies in der Hauptsache darauf zurück, daß es sich im vergangenen Jahre für die Krankenversicherung um ein Notjahr handelte. Es würde zu weit führen, hier alle die Mehrleistungen anzugeben, die von den Krankenkassen freiwillig eingeführt sind. Es sind dies Mehrleistungen in jeder Hinsicht. Fast jede Kasse in irgendeiner Weise sich ihren Mitgliedern bessere Leistungen gewährt, als im Gesetz festgelegten Mindestleistungen. Um so schmerzlicher ist es, wenn jetzt durch einen Federstrich durch die Notverordnung vom 26. Juli 1930 alle diese mühsam aufgebaute Arbeit vernichtet und die gesamte Versicherung in Jahrzehnte zurückgeworfen ist. Zwar ist es nach dem

tigen Recht auch noch möglich Mehrleistungen einzuführen, doch stehen sie in keinem Verhältnis zu der früher möglichen Leistungserweiterung. Die Familienhilfe haben 97,88 % der berichtenden Kassen eingeführt. Es ist also kein so gewaltiger Fortschritt, wenn durch die erwähnte Vorrangordnung die Familienhilfe zur Pflichtleistung erhoben wurde. — Interessant sind die Angaben über die Inanspruchnahme der Kassen. Der Krankenstand betrug im Durchschnitt 4,33 % der Mitglieder. Auf je 100 Mitglieder der berichtenden Kassen kommen im Berichtsjahre 59,41 Erkrankungsfälle. Fälle von Krankenhauspflege sind auf 100 Mitglieder 8,52 gezählt worden, Betriebsunfälle 6,03 und Erkrankungen von Arbeitslosen 2,56. Auf je 100 Unterhaltungsfälle kommen 14,39 Fälle mit Krankenhauspflege und 10,30 Betriebsunfälle. Wochenhilfefälle sind auf je 100 weibliche Mitglieder 3,81 gezählt worden. Die Familienwochenhilfe zählt auf 100 Mitglieder 167 Fälle. Fälle von Sterbegeld sind auf je 100 Mitglieder 0,68 festgestellt worden. Weiter sind auf je 100 Mitglieder 1306 Krankengeldtage, 174 Krankenhauspflege und 26 Verpflegungstage in Kur- und Genesungsheimen entfallen. Auf einen Krankheitsfall kommen durchschnittlich 22 Krankengeldtage, 2,9 Krankenhausstage und 0,4 Kurheimpflegstage. Auf ein Mitglied kommen durchschnittlich 99,40 M Gesamteinnahme. Diese Einnahmen kommen in der Hauptsache (zu 98,14 %) aus den Beiträgen. Ausgaben entfallen auf ein Mitglied durchschnittlich 94,87 M. Von den einzelnen Ausgabebeständen sind als wichtigste erwähnt: Ärztliche Behandlung 18,00 M, Arznei und Heilmittel 9,87 M, Krankenhauspflege 11,14 M, Krankengeld 31,16 M, Hausgeld 1,28 M, Taschengeld 0,40 M, Krankenpflege für Familienangehörige 8,33 M, Wochenhilfe und Familienwochenhilfe 4,22 M, Fürsorge im allgemeinen 0,53 M, Sterbegeld 1,08 M, persönliche Verwaltungskosten 6,09 M, sächliche Verwaltungskosten 1,51 M, sonstige Ausgaben 0,62 M. Prozentual die stärkste Ausgabe ist demnach das Krankengeld. Interessant sind weiter die Angaben über die Eigenbetriebe der Krankenkassen. Eigene Krankenhäuser besitzen 6 Kassen mit 65 310 Mitgliedern. Drei Kassen besitzen 4 Lungenheilanstalten mit 413 Betten. Ueber 8 Kurheime verfügen 6 Kassen. Weit größer ist die Zahl der Genesungs- und Erholungsheime. Es werden 103 derartige Anstalten mit 5479 Betten unterhalten. Tageserholungsanstalten sind 6 festgestellt worden. Kinderheime sind 10 vorhanden. Groß ist wieder die Zahl der Zahnkliniken. Es sind solche bei 15 Kassen vorhanden. Eigene Badeanstalten unterhalten 110 Kassen. Röntgen- und Lichtbehandlungsanstalten sind von 98 Kassen eingerichtet. Ambulatorien oder Behandlungsstellen besitzen 6 Kassen. Untersuchungsstellen für Gewerbekrankheiten haben 21 Kassen eingerichtet.

Wer muß Ledigensteuer zahlen?

Ledigensteuer muß zunächst der zahlen, der im landläufigen Sinne des Wortes ledig ist, das heißt, der nie den Weg zum Standesamt angetreten hat. Die Weisheit des Ministeriums hat aber auch Leuten, die diesen Weg schon gegangen sind, im Interesse der Reichsfinanzen zu dem mehr oder weniger erhebenden Gefühl verholten, sich als ledig betrachten zu dürfen, oder, richtig gesagt, zu müssen. Wer nämlich verheiratet war, durch Scheidung oder Tod des Ehegatten aber nicht mehr verheiratet ist, kann im Sinne der Ledigensteuer-Verordnung wieder ledig werden. Das Finanzamt muß ihn als ledig betrachten, wenn aus der Ehe keine Kinder hervorgegangen sind. Sind aber Kinder hervorgegangen, so ist man nicht ledig, wobei es gleichgültig ist, ob die Kinder überhaupt noch am Leben oder vielleicht schon gestorben sind, ob sie klein oder groß sind, verdienen oder nicht verdienen. Warum jemand, von der Ledigensteuer befreit ist, ist unerfindlich, denn er steht natürlich ebenso da, wie jemand, der nie verheiratet war und keine Kinder hat. Noch unverständlicher ist, warum jemand, dem Frau und Kinder gestorben sind, keine Ledigensteuer zu zahlen hat; ein anderer, der nie verheiratet war und nie Kinder hatte, aber doch. Dem betrübten Staatsbürger bleibt nur übrig, die ministerielle Weisheit zur Kenntnis zu nehmen.

Was ist nun zu zahlen? Jedermann, der einen Wochenlohn von nicht mehr als 54,99 M hat, zahlt wöchentlich 75 J mehr an Steuern; diese 75 J sind der sogenannte Abschlag, der mit einem Gesetz vom 22. Dezember 1927 eingeführt wurde und nun vorläufig wieder in Kraft tritt. Wer einen höheren Lohn bekommt, zahlt eine höhere Steuer. Bei einem Lohn von 100 M beispielsweise waren bisher nach Abzug von 24 M steuerfreien Lohnbetrag 7,60 M — 0,75 (Abschlag) gleich 6,85 M Steuer zu zahlen. Künftig sind zu zahlen nach Abzug des steuerfreien Lohnbetrages 7,60 M ohne Abschlag zuzüglich eines Zuschlages von 10 % auf 7,60 M gleich 76 J, insgesamt also 8,35 M (nach Abrundung). — Jrgendeine Altersgrenze ist nicht festgelegt worden. Dies wird wohl noch im Laufe dieses Monats bekanntgemacht werden. Es kann allerdings auch sein, daß keine Altersgrenze festgelegt wird, also etwa der 14jährige Lehrling gleichfalls Ledigensteuer zahlen muß.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Breslau. Auf unseren Aufsatz in Nr. 31 des „Grundstein“ schreibt Kamerad Köhler, Dresden, in Nr. 35 des „Zimmerer“ über das Zustandekommen der Werkzeugzulage und ihres Abbaues. Es ist richtig, daß die Werkzeugentfaltung in Schleifen schon seit längerer Zeit eine Rolle spielt; dabei vertreten wir nach wie vor die Ansicht, daß unser Werkzeug dem der Zimmerer nicht nachsteht. Sollte diese Behauptung von den Zimmerern nicht anerkannt werden, so sei hier wiederholt, — wie auch in den Verhandlungen betont worden ist — daß die Maurer einen bedeutend höheren Kleiderverschleiß als die Zimmerer haben. Wenn weiter gesagt wird, die Zimmerer hätten nichts dagegen, wenn für die Maurer die gleiche Entschädigung gefordert wird, so ist nicht zu verstehen, wie man uns auf der anderen Seite glaubt Vorhaltungen machen zu müssen. Es ist uns sehr gut bekannt, daß für uns die im Jahr 1929 ausgesprochene Werkzeugzulage nicht mehr Gegenstand der Beratung war. Dem Bauwerksbund soll man aber nicht verwehren, über den 1 J Werkzeugzulage hinaus einen weiteren zu fordern. Die Hauptfrage bei dieser Auseinandersetzung über Werkzeuggeld war bei der Abstimmung doch die, den weitergehenden Abbauanträgen

der Unternehmer ein Halt entgegenzusetzen, indem die Verhandlungsteilnehmer des Bauwerksbundes wie der Zimmerer bei der Abstimmung gegen 2 Stimmen vom Bauwerksbund entschieden, daß so wie geschieden verfahren werden solle. Es sei nochmals betont: Hätten sich bei der Abstimmung die Zimmerleute sofort dagegen gewehrt, so würde ein anderer Spruch zustande gekommen sein. Jedenfalls wäre aber dann die Werkzeugzulage nicht erhalten geblieben. — Es ist also nicht richtig, wenn im „Zimmerer“ geschrieben wird, daß wir gegen das Werkzeuggeld seien; wir wehren uns nur gegen eine unerfindliche Zulage für Maurer und Zimmerer. Wenn weiter geschrieben wird, den Zimmerern müsse unbenommen bleiben, in ihren Versammlungen zu berichten, so haben wir uns dagegen gar nicht gewehrt. Es kommt aber wohl auch darauf an, wie man berichtet. Jedenfalls kann uns vom Zimmererverband nicht nachgesagt werden, wir mißgönnten den Zimmerern in böswilliger Art und Weise das Werkzeuggeld. Darum dreht es sich! Und damit ist der Fall für uns erledigt.

Bezirksverband Erfurt. (Bezirksstag.) Am 30. und 31. August tagte unser Bezirksstag in Erfurt. Anwesend waren 81 Delegierte aus 34 Bauwerkskassen, der Bezirksvorstand, ferner Kollege Rosenzweig vom Bundesvorstand und einige Gäste. Nach Begrüßungsworten des Bezirksvorsitzenden Meyer gab dieser den Geschäftsbericht. In Hand schriftlicher Unterlagen über die Entwicklung im Bezirk war es den Delegierten ein leichtes, dem Bericht zu folgen. Zum erstenmal sei auf einen Bezirksstag die gesamte Bauarbeiterchaft von Thüringen, nachdem die Bauwerkskassen Greiz, Altenburg und Eisenberg dem Bezirk Thüringen angeschlossen sind, vertreten. Die Wirtschaftskrise macht sich besonders auch in Thüringen bemerkbar. Die Arbeitslosigkeit war in den preußischen Gebieten besser als im Lande Thüringen. Die Thüringer Regierung verwendet die Hauszinssteuer anstatt zum Wohnungsbau zur Deckung von anderen Ausgaben. Das zusätzliche Wohnungsbauprogramm wird nicht das bringen, was allgemein erwartet wird. Die Zusammenlegung von kleineren Bauwerkskassen zu Bezirksbauwerkskassen ist von Vorteil. Durch die dadurch angefallenen Kollegen konnten die Rechte der Kollegen besser vertreten werden. Rund 75 % der Mitgliedschaft werden heute durch Angestellte betreut. Die Saalealperre wird durch einen freigestellten Kollegen bearbeitet. Durch den kommunistischen Terror, der dort gegen die Bauwerkskassen angewandt wird, sind die Erfolge gering. Trotz der Arbeitslosigkeit konnte der Bezirk seine Mitgliedschaft in der Berichtszeit um rund 30 % steigern. Daran haben allerdings jene Bauwerkskassen, in denen noch der politische Streik herrscht, keinen Anteil. Noch mancher Bauarbeiter ist der Organisation zuzuführen. Aufklärung durch Wort, Schrift und neuerdings durch Lichtbild werden dafür sorgen, daß auch diese Kollegen noch zu uns kommen. Die Jugendbewegung hat gute Fortschritte gemacht. Nur muß in den Jugendabteilungen einiger Bauwerkskassen die Arbeit systematischer durchgeführt werden. Für Unterhaltungen hat der Bund in den letzten Jahren große Summen ausgemorfen. Damit dürfte auch den Nörglern an unseren Bundeseinrichtungen bewiesen worden sein, daß der Bund leistungsfähig ist. Im Arbeitsrecht und in der Sozialversicherung müssen unsere Funktionäre noch besser geschult werden. Der Kampf, der mit den Unterorganen der Reichsanstalt geführt werden mußte, kostete viel Zeit, hat aber Erfolge eingebracht. Auf die Befreiung von Beisitzern im Arbeitsgericht und in den Instanzen der WVG muß besonderer Wert gelegt werden. Im Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes Mitteldeutschland ist der Bezirk nicht vertreten, da der Bezirksleiter des WVG Thüringen unseren Vertreter von ausführender Stelle an eine ausführende Stelle setzen verstand. Der Bauarbeiterschuß bedarf durch die technische Entwicklung größerer Aufmerksamkeit. Zu diesem Zweck wurden für den Bezirk zwei Konferenzen abgehalten. Die Bauhilfsbewegung ist im Bezirk fest verankert und hat in Vera wieder Fuß gefaßt. Angeht es der großen Schwierigkeiten, die auf dem Gebiete der Lohn- und Tarifpolitik liegen, können wir mit den Erfolgen zufrieden sein. Die Lohnabbauanträge im Frühjahr konnten abgewehrt werden. Die Arbeitszeit konnte in unserem Bezirk für 48 Lohngebiete vertragsmäßig auf 48 Stunden festgelegt werden. — In der Aussprache wurde die Tätigkeit des Bezirksvorstandes gutgeheißen und ihm einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. — Am zweiten Verhandlungstag sprach Kollege Rosenzweig vom Bundesvorstand über den Bundestag und die aus dem Bezirk gestellten Anträge. Mit größter Aufmerksamkeit wurden die Ausführungen des Kollegen Rosenzweig entgegengenommen; er verstand es sehr gut, die an den Bundestag gestellten Anträge auf ihre Durchführbarkeit hin zu untersuchen. — In der lebhaften Aussprache mußte sich der einzige Wortführer der sogenannten „Opposition“ bittere Wahrheiten sagen lassen über das Verhalten der kommunistischen Presse gegenüber den Bauwerkskassen. Anerkannt wurde allgemein die Tätigkeit des Bundesvorstandes; begrüßt wurden die Anträge auf einen besseren Ausbau der Invalidenunterstützung. Eine Entschlieung gegen einige Stimmen angenommen, verurteilte den Kampf der Kommunisten gegen die Bauwerkskassen und forderte auf, am 14. September jede Stimme der Sozialdemokratischen Partei, Liste 1, zu geben, nur für allein kommt als einzige Partei im Parlament zur Vertretung von Arbeiterinteressen in Frage. In die Sachungskommission des Bundestages wurde Kollege Heinrich Dörries, Eisenach, gewählt. Der Bezirksvorstand wurde in seiner alten Besetzung wiedergewählt. Hinzugewählt wurden für die Hilfsarbeiter Kollege Eckert, für die Tiefbauarbeiter Kollege Trefflich, für die Stukkateure Kollege Berndt, als Vertreter der Jugend Kollege Seyfert. Mit markanten Worten nochmals auffordernd, alles für den Bund einzusetzen, um ihn zu stärken und zu kräftigen, schloß Kollege Meyer mit einem Hoch auf den Bauwerksbund die Konferenz.

Bezirksverband Hamburg. Zu unserem Jugendtreffen in Kiel am 23. und 24. August 1930 hatten sich ungefähr 300 Jugendkollegen aus allen Teilen des Bezirks eingefunden. Leider haben nicht alle organisierten Mitglieder der Jugendabteilungen an dem Treffen teilgenommen. Aber auch hier hat wohl die schlechte Arbeitsmarktlage hemmend gewirkt. Bei der durch Konzert, Filmvorführung und ge-

stellte lebende Bilder verschönten Abendveranstaltung begrüßte Kollege Westphal im Namen der Bauwerkskassen Kiel die Jugendkollegen sowie die Freunde und Förderer unserer Jugendarbeit. Die Festrede des Kollegen Kober (Bundesvorstand) fand lebhaften Beifall. Mit dem gemeinsamen Lied „Wann wir schreiten“ schloß der Abend. — Der Sonntag brachte eine dreistündige Dampferfahrt in die Ostsee. Der Hafen mit seinen Schiffen und Anlagen bot manch Sehenswertes. Im geschlossenen Zuge, unter Vorantritt der Reichsbannerkapelle, ging es zum Gewerkschaftshaus zurück. — Das Preisrichterkollegium zur Beurteilung der Lehrlingsarbeiten stellte übereinstimmend fest, daß in den Bauabenden fleißig und mit Ausdauer gearbeitet und für die berufliche Eräftigung Gutes geleistet worden ist. Es war schwer zu entscheiden, welcher Jugendgruppe der Bezirkswimpel zukomme. Schließlich einigte sich das Preisrichterkollegium auf Neumünster. Die Mannigfaltigkeit und Güte der von dieser Jugendabteilung ausgestellten Arbeiten gaben den Ausschlag. Den zweiten Preis erhielt die Kieler, den dritten Preis die Heider und den vierten Preis die Süsumer Jugendabteilung. Aus jeder Gruppe soll die beste Arbeit der Reichsjugendleitung zur Verfügung gestellt werden. Der Jugendkollege Verdick überreichte jodann der Jugendgruppe Neumünster den Bezirkswimpel, der bisher von der Kieler Gruppe geführt wurde, und gelobte, alle Kräfte anzuspannen, um den Wimpel zurückzuerobern. — Hoffen wir, daß von diesem Jugendtreffen neue Kräfte zum weiteren Aufstieg in der Bewegung ausgehen.

Bezirksverband Steffin. (Bezirksstag.) Am 30. und 31. August tagte der Bezirksstag unseres Bezirksverbandes in Steffin. Von 92 Abgeordneten waren 91 anwesend; außerdem der Bezirksvorstand und vom Bundesvorstand der Kollege Hermann Lönnes; als Gäste der Bezirkssekretär des WVG, Jabel, der Leiter des Zimmererverbandes und der Bezirksleiter des Bezirksverbandes Rostock, Kollege Mügel. — Nach eingehenden Begrüßungsworten gab der Bezirksvorsitzende Hofmann den Geschäftsbericht. Er hob die äußerst ungünstige Arbeitslage im Bezirk hervor, wovon ganz besonders schwer die Stadt Steffin betroffen ist. In diesem Jahre sind noch zu keiner Zeit weniger als 50 % der Facharbeiter beschäftigungslos geblieben. Nicht besser sieht es aus bei anderen Fachgruppen. An der Arbeitslosigkeit ist in gleichem Maße auch die Grenzmark beteiligt. Der Bundesvorstand sowohl als auch der Bezirksvorstand haben durch Denkschriften an die zuständigen Behörden versucht, der großen Arbeitslosigkeit abzuhelfen. Durch die Ausnahmebestimmungen in der Arbeitslosenversicherung sind in erster Linie die Bauarbeiter getroffen worden. Noch weitere Verschlechterungen sind zu befürchten, wenn nicht am 14. September die Bauarbeiter geschlossen mit dafür Sorge tragen, daß ein anderer Reichstag gewählt wird. Die Werbetätigkeit hat auch in den verfloffenen drei Jahren wieder ein günstiges Ergebnis gezeitigt, indem rund 3000 Mitglieder neu gewonnen wurden. Auch die Jugendgruppe ist von 1100 auf 1300 Mitglieder gestiegen. Die Beitragszahlung hat sich wesentlich gebessert. Anerkannt muß auch werden, daß der Bundesvorstand in dankenswerter Weise viel für die Bildungsarbeit der Mitglieder getan hat. Auch der Bezirksvorstand hat aus den Mitteln des vor drei Jahren beschlossenen Bildungsfonds 12 500 M ausgegeben, um besonders den Funktionären mehr Einblick in die Kassenführung zu geben; außerdem hat er einen besonderen Kursus über Arbeitsrecht und Sozialpolitik abgehalten. Der WVG hat in Gemeinschaft mit der Landeskommission für Bauarbeiterschuß sein möglichstes getan; in mehreren Konferenzen haben Mitglieder des Bezirksvorstandes Vorträge über Bauarbeiterschuß gehalten. Endlich ist es auch gelungen, in nächster Zeit wieder zwei Baukontrollreue aus Arbeiterkreisen für Steffin zu bekommen. Bei der Beratung dieses Antrages in der Stadtverordnetenversammlung haben die acht kommunistischen Vertreter gegen den Antrag der Landeskommission für Bauarbeiterschuß gestimmt. (Starke Entrüstung!) Nur mit Hilfe der bürgerlichen Stadtverordneten ist es gelungen, daß Steffin wieder zwei Baukontrollreue erhält. Der Bezirkssekretär des WVG, Jabel, sprach ebenfalls über Bauarbeiterschuß. Es seien jetzt fünfundsiebzig Bauarbeiterschußkommissionen vorhanden. Die notwendige Vereinheitlichung der Baupolizeivorschriften werde mit Erfolg angestrebt. Die Aussprache war lebhaft und beschäftigte sich mit den vom Referenten aufgeworfenen Fragen. Gegen vier Stimmen wurde eine Entschlieung angenommen, die den Mitgliedern des Bezirksverbandes Steffin die Pflicht auferlegt, am 14. September für die sozialdemokratische Liste zu stimmen. Am 2. Verhandlungstag begrüßte der Arbeitergesangverein „Vorwärts“ die Delegierten mit mehreren Kampfliedern. Dann nahmen die Abgeordneten das Referat des Kollegen Lönnes entgegen über die Aufgaben unseres Bundestages. Auch Kollege Lönnes wies auf die Wichtigkeit der Wahlen hin und forderte ebenfalls auf, am 14. September der Sozialdemokratischen Partei zum Siege zu verhelfen. Bringt der 14. September eine bürgerliche Mehrheit, so wird die Großindustrie mit ihrer Hilfe die schon längst beabsichtigte Senkung der Löhne durchführen. Der Redner besprach dann die besonders wichtigen Anträge, die den kommenden Bundestag beschäftigen werden. Die Aussprache über diesen Punkt ergab Zustimmung zu seinen Ansichten. Es wurde dann beschlossen, den bisher erhobenen Bildungsfondsbeitrag fortfallen zu lassen. Die Gehälter der Angestellten sollen künftig auf die Bundeskasse übernommen werden. Ferner möge der Bundestag dem Bundesvorstand aufgeben, bei Abschluß eines neuen Reichstafelvertrages dahin zu wirken, daß die Lehrlingshaltung geregelt wird. Die Neuwahl des Bezirksvorstandes rief eine zeitweilig besonders erregte Aussprache hervor. Als Ersatz für den Kollegen Koppermann, der als Bezirksleiter für den Bezirksverband Rostock gewählt ist, hatte der Bezirksvorstand einen Kollegen in Vorschlag gebracht. Dieser Vorschlag wurde von einigen Abgeordneten lebhaft bekämpft. Man einigte sich dann auf folgenden Vorschlag: Der Bezirksvorstand soll im Einvernehmen mit dem Bundesvorstand versuchen, einen geeigneten Mann zu finden. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt, neu hinzu gewählt wurde der Kollege Alfred Schürer, der die Jugendgruppe betreuen soll. Zum Mitglied der Sachungskommission des Bundestages wurde Kollege Wilhelm Rabe, Steffin, gewählt. Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden, in dem er nochmals mahnte, am 14. September sozialdemokratisch zu wählen, schloß der Bezirksstag mit einem dreifachen Hoch auf die Arbeiterbewegung und auf den Deutschen Bauwerksbund.

Rundfunkhörer!
Tretet dem Arbeiter-Radiobund bei!

„Hauptbuch der... über die... 1929. Es... der Kran... breiteren... aus dem... fende Be... der Sta... Millionen... (1928)... versicherten... vorhanden... der beteilig... Beitragsjah... und 10 %... ist im all... effizienten... 6,55 % des... für die... Gebrauch... von Mehr... chen Fort... schen in der... ergangen... No t i a t... die Mehr... freiwillig... jeder Hin... einer Hin... hrt, als die... so schmerz... durch die... scham auf... cherung um... dem heu-

Aus den Baugewerkschaften

Aue. (Unvermeidbare Ausschlässe.) Im Februar 1930 wählte die Opposition zum zweiten Male den „revolutionären“ Oberbrenner Grunert zum Vorsitzenden der Baugewerkschaft. Grunert hatte bereits im Vorjahre bewiesen, daß ihm jeder Sinn für praktische Gewerkschaftsarbeit abgeht. Er mied die Verbindung als Vorsitzender mit dem Büro wie der Teufel das Weihwasser. Getreu seinem „Parteiungsgrundsatz“ war er nur in von ihm hinter dem Rücken der Geschäftsleitung einberufenen, öffentlichen Bauarbeiterversammlungen tätig. Er fühlte sich eben als Diktator. Daher gab er auch die Parole aus, die Angestellten nicht in den Versammlungen zu dulden, dem Bundesvorstand schärfsten Kampf anzujagen, das Büro zu isolieren, alle Baugewerkschaftsangelegenheiten und sonstige Anliegen der Kollegen nach seiner Privatwohnung zur Erledigung zu senden. Grunert wurde bereits 1921 wegen ähnlicher Vergehen vom Metallarbeiter-Verband ausgeschlossen und dann, 6 Jahre unorganisiert, von unserem Bunde ausgeschlossen. Der kommunistischen Zerfaserungsarbeit war aber durch diese Maßnahme noch kein Ziel gesetzt. Bald trafen andere Jünger der allein seligmachenden Bolschewisten-Politik auf den Plan und folgten den Fußstapfen Grunerts. Die Wahlen zum Bundesrat sollten dafür die Plattform bilden. Die Bezirksleitung der KPD. hatte sich durch ein Rundschreiben der Opposition in liebevoller Weise angenommen und bestimmt, welcher Genosse als Kandidat für den Bundesrat vorzuschlagen sei. Diese unbedingte Einmischung wurde durch Streichung der Oppositionsvorschläge unwirksam gemacht. Gegen diese Maßnahme, zu der die Bezirksleitung nach der Bundesjahung verpflichtet war, wandten sich die oppositionellen Jahrestagsfunktionäre und Vorstandsmitglieder mit gewerkschaftsschädigenden Mitteln. Hinter dem Rücken der Geschäftsleitung berieten auch sie öffentliche Bauarbeiterversammlungen ein und „erledigten“ Bundesangelegenheiten mit Unorganisierten. Dabei wurde der Bund verunglimpft, Wahlen von Delegierten zum roten Gewerkschaftskongreß wurden vorgenommen, Sammellisten zur Befreiung dieser Delegation herausgegeben und unser Tarifvertrag als „Verrat“ an der Bauarbeiterschaft bezeichnet. Alles nach der Parole: „Los von den Bonzen und Reformisten, hinein in die rote Gewerkschaftsopposition!“ Die Ausschlässe trafen also als Agenten der KPD. auf, sie übten Opposition um jeden Preis und machten absichtlich ihre Ausschlässe unvermeidlich. Nun erzählen die armen Märtyrer, sie seien ausgeschlossen worden wegen ihrer revolutionären proletarischen Tätigkeit. Es ist jedem Kollegen bekannt, daß der Bund kein Mitglied ausschließt, weil es kommunistisch ist. Das Märchen vom Storch läßt sich heute nur noch Säuglingen aufbinden. Die Ausschlässe waren nötig, weil die Ausschlässe ihre Funktionärsbefugnis mißbrauchten, bundesfeindliche Einflüsse stärkten und sich an den Arbeiten der organisierten Opposition beteiligten. Damit haben sie sich Handlungen zuschulden kommen lassen, die schamlos dem Wohle des Bundes entgegenwirkten. Dieser Schuld sind sich die Ausschlässe auch bewußt; nicht ein einziger von ihnen hat von seinem Beschwerderecht gegen seinen Ausschluß Gebrauch gemacht. Daß sie einer organisierten Opposition angehören, bekennen sie ganz offen durch Zeichnung ihrer Einladungszettel mit „Unterbezirkskomitee der roten Gewerkschaftsopposition Aue-Schwarzenberg, Industrie-Gruppe Bau“. Es war also die höchste Zeit, daß diese Organisationszerplünderer in weitem Bogen aus dem Bunde hinausbeordert wurden.

Bonn. (Aus unserer Einkommensstatistik.) Die Ergebnisse einer vergleichenden Statistik über die Löhne der Bauarbeiter im Bezirk unserer Baugewerkschaft vom Jahre 1913 und 1929 bestätigen, daß etwa 80 % der Bauarbeiter unter dem Lebensstandard von 1913 leben. Diese Tatsache ist ein Hohn auf die vielgerühmte technische und wirtschaftliche Entwicklung, die bei aller Produktivität den Arbeitern weniger gibt als im Jahre 1913! Die Untersuchung, die sich auf etwa 900 Kollegen erstreckte, ist von 468 beantwortet worden. Diesem Bericht sind die Einkommensverhältnisse von 2 Maurern, 2 Hilfsarbeitern und 2 Erdbauern zugrunde gelegt. Der erste Maurer hat im Jahre 1913 49 Wochen gearbeitet mit einem Bruttoeinkommen von 1676,78 M. An sozialen Beiträgen, Steuern und Verbandsbeiträgen hatte der Kollege 119,08 M zu leisten. Sein verfügbares Einkommen betrug demnach 1557,50 M. Dieses Einkommen auf 100 gesetzt, müßte der Kollege bei einer Indexsteigerung von nur 50 % ein Mehreinkommen von 780,25 M für 1929 haben, er müßte also im vorigen Jahre 2336,55 M Einkommen gehabt haben. In Wirklichkeit hatte er nur 2314,91 M; also 21,64 M zu wenig. Das Einkommen für 1929 setzt sich wie folgt zusammen: Aus Arbeit für 36 Wochen Bruttoeinkommen 2298,24 M; davon ab für soziale Beiträge und Steuern 241,28 M, für Verbandsbeiträge 78,60 M. Das verfügbare Einkommen aus Arbeit beträgt 1978,16 M. Dazu hat der Kollege bei drei zuschlagspflichtigen Angehörigen an Arbeitslosenunterstützung für fünf Wochen 134,25 M und für zehn Wochen Saisonunterstützung 202,50 M erhalten, so daß das Gesamteinkommen aus Arbeit und Unterstützung 2314,91 M betrug. Der zweite Maurer mit Ehefrau und ohne Kinder hat im Jahre 1913 bei 51 Arbeitswochen 1755,22 M verdient. Die sozialen Abzüge, Steuern und Verbandsbeiträge betragen zusammen 121,30 M. Als verfügbares Einkommen verblieben 1633,92 M. Bei Zugrundelegung eines Index von 150 müßte der Kollege im Jahre 1929 2435,88 M verdient haben. Sein Einkommen für 1929 betrug 2468,88 M, so daß hier ein plus von 33,00 M zugunsten des Kollegen verbleibt. Sein Einkommen aus 1929 setzt sich wie folgt zusammen: 43 Arbeitswochen mit 2342,88 M, dazu für 8 Wochen Saisonunterstützung 126 M, zusammen 2468,88 M. Nach denselben Berechnungen hatte ein Hilfsarbeiter mit Frau und zwei Kindern bei 50 Wochen Beschäftigung im Jahre 1913 und 43 Wochen Beschäftigung und 8 Wochen Unterstützung im Jahre 1929 ein Mehreinkommen von 135 M; dagegen der zweite Hilfsarbeiter bei gleichem Familienstand bei 51 Wochen Beschäftigung im Jahre 1913 und 33 Wochen Beschäftigung im Jahre 1929 und 18 Wochen Unterstützung ein Mindereinkommen von 132,96 M. Ein Tiefbauarbeiter hatte bei 48 Wochen Beschäftigung im Jahre 1913 und 39 Wochen Arbeit im Jahre 1929 und 12 Wochen Unterstützung ein Mindereinkommen gegen 1913 von 150,56 M. Der zweite Tiefbauarbeiter hatte bei 50 Wochen Beschäftigung im Jahre 1913 und 28 Wochen

Beschäftigung im Jahre 1929 und 21 Wochen Unterstützung ein Mindereinkommen von 481,39 M. Die sozialen Abgaben und Unkosten schwanken in allen Fällen zwischen 5,28 % im Jahre 1913 und 13,20 % im Jahre 1929. — Die gesamten Feststellungen haben ergeben, daß ein gleichartiges Einkommen vom Jahre 1913 und 1929 erst dann gegeben ist, wenn der Kollege mindestens 40 Wochen gearbeitet hat. Da die Mitgliedschaft der Baugewerkschaft Bonn im Jahre 1929 zu etwa 80 % unter 40 Wochen gearbeitet hat, bleibt die Tatsache übrig, daß heute der größte Teil der Bauarbeiter unter dem Lebensstandard von 1913 lebt. Wie wäre da ein Ausgleich herbeizuführen? Mit dem Abbau der Löhne kann das nicht erzielt werden. Deshalb gibt Arbeitsbeschaffung die einzige Möglichkeit, um die katastrophale Verarmung und kulturelle Vernichtung großer Schichten der schwer leidenden Bevölkerung zu unterbinden. Ein Staat, der seinen Bürgern keine Lebensmöglichkeiten geben kann, hat keine Existenzberechtigung. Man möge also das privatkapitalistische Chaos in seinen Ursachen erkennen und damit aufräumen!

Fulda. Aus Flieden erhalten wir von Bernhard Lauer zu dem Bericht in Nummer 34 mit gleicher Spitze eine Zuschrift, die als eine Berichtigung gelten soll. Sie lautet: „1. Es ist unrichtig, daß ich, als Gemeindevorsteher und Kirchenvorstandsmitglied bei Vergebung von Bauarbeiten versuche, ohne Rücksichtnahme auf die Bedürftigen, nur christlich organisierte in Arbeit zu bringen. Richtig ist vielmehr, daß ich, als kürzlich die Ausbesserung unserer Friedhofsmauer zur Beratung stand, zwei bedürftige Bruchsteinmaurer zur Einstellung in Vorschlag brachte, der aber nicht akzeptiert wurde. Dafür stellte der Bürgermeister unseres Ortes je ein Mitglied unseres Verbandes und des Baugewerksbundes ein, jedoch wurde letzterer nach einigen Tagen wieder entlassen. Da ich außerhalb meines Wohnortes beschäftigt bin und nur Samstags zurückkehre, hatte ich keinerlei Einfluß auf die Einstellung oder Entlassung der Arbeiterkräfte. Richtig ist weiter, daß ich unseren Bürgermeister wegen der Entlassung Ihres Mitgliedes zur Rede stellte, aber keine Antwort erhielt. 2. Es ist unrichtig, daß ich gelegentlich der Vergebung einer Arbeit einen

Achtung! Abgeordnete zum Bundestag!

Alle zum Bundestag in Frankfurt a. M. gewählten Abgeordneten müssen sich die nötigen Reisevorschuße (Fahrgeld 3. Klasse, etwaige Zehrgelder) in ihren Baugewerkschaften geben lassen. Nach der Rückkehr in die Heimat müssen diese Vorschüsse an die Baugewerkschaftskassen wieder zurückgezahlt werden. Der Bundesvorstand.

Lohn vorgeschlagen hätte, der bei weitem den Tariflohn nicht erreicht habe. Richtig ist, daß ich nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, daß für alle auszuführenden Arbeiten Tariflohn zu zahlen ist, aber bei Ihren eigenen Mitgliedern bis jetzt keinen Anklang gefunden habe.“

— Zu dieser Zuschrift wird uns aus der Baugewerkschaft Fulda folgendes geschrieben: „Unsere damaligen Behauptungen hält unser Gewährsmann aufrecht. Lauer ist entrüstet, weil er ein „necker Arbeitervertreter“ genannt wurde. Wir möchten ihn, um seinem Gedächtnis nachzuwirken, an einen Ausspruch erinnern, den ein Bauernvertreter in einer Gemeindevorsteherwahl getan hat. (Du vertrittst Deine Arbeiter aber schön!) Lauer versuchte nämlich in jener Sitzung, als die Arbeiter in der Alsbacherbühle zur Beratung standen, die Ausführung der Arbeit zu verhindern. Kennt er das eine gerechte Arbeitervertretung, wo doch die Bahn für den Straßenbau 3000 M zur Verfügung gestellt hatte, die sonst der Gemeinde vorenthalten geblieben wären? Zur Kennzeichnung Lauers sei noch erwähnt, daß er in einer Zentrumsversammlung gesagt hat, die Krankenverordnungen auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung seien gut; sie wären nur schlecht für die, die die Krankenkasse ausnutzen wollten. Kennt er dies auch Arbeitervertretung? Wir gratulieren der christlichen Arbeitererschaft zu einem solchen Vertreter.“

Löbau. (Jubilarefeier.) Wenn auch die heutige Zeit keine Feste angebracht erscheinen läßt, so sollen und dürfen aber unsere alten Kämpen nicht vergessen werden, die unter mihlichen Verhältnissen und unter Einfluß ihrer Person unsern Baugewerksbund das Fundament gegeben haben. So fühlte sich auch der Vorstand unserer Baugewerkschaft veranlaßt, am 6. September unter starker Anteilnahme der gesamten Kollegenchaft derer zu gedenken, die im freigewerkschaftlichen Pflichtbewußtsein grau geworden sind. 20 Jubilare trafen sich an der festlich mit Blumen übersäten Tafel, um Rückblick zu halten. 20 Vorkämpfer sahen auf eine 25jährige Kampf- und Entbehrungszeit zurück. Mit herzlichem Worten gedachte unser allgemein beliebter Bezirksleiter Max Richter, Dresden, in seiner aufmerksam und beifällig aufgenommenen Festrede, der Aufbaubarbeit in der schwarzen Oberlausitz. Heroisch mußte hier mehr als anderswo geringen werden. Mühsam aber stetig ging der Aufstieg der freien Bauarbeiterbewegung bis in die jüngste Zeit hinein. Seine Worte klangen aus in den Ruf zur Einigkeit. — Unrathm waren diese trefflichen Worte von ausgezeichneten Darbietungen des hiesigen „Volkschor“. Kampflieder von Adolf Ushmann waren es, die neuen Mut und neue Schaffenskraft geben. — Unser Vorsitzender, Kollege Hermann Herold, fand herzliche Worte des Dankes an alle Kämpfer und ihre Mitstreiterinnen, ihre Frauen. Die Jugend spornete er an, nicht nur unseren Alten nachzusehnen, sondern die Zeit zu nutzen, um recht bald den Sieg des Proletariats herbeizuführen. Der Vorsitzende und der Kassierer überreichten dann den Jubilaren die Ehrenurkunde des Bundes und die silberumrahmte Nadel. Das auf der Feier, die mit einem allgemeinen Bauarbeitertreffen verbunden war, hundertfältig zum Ausdruck gebrachte Zusammengehörigkeitsgefühl wird seine Wirkung auf unsern Bund nicht verfehlen. — Gemüthlichkeit und Kollegialität hielt die Kollegen bis in die frühen Morgenstunden zusammen.

Nürnberg. Am 7. September feierte unsere Baugewerkschaft ein Fest, bei dem etwa 120 Kollegen für 25jährige Mitgliedschaft und treue Mitarbeit im Baugewerksbund und seiner Vorgänger geehrt wurden. Die Feier war sehr gut besucht. Die Musikkapelle sowie der Arbeitergesangverein „Volks-Chor“ trugen zur Verschönerung bei. Kollege Merkel hielt die Festrede. Er

schilderte in klaren Umrissen die Entwicklung der Organisation und unterstrich besonders die harten Jahre unserer Jubilare. Zum Schluß gedachte er der Mühen all der Tausende und besonders unserer Jubilare, die an unserm Werk, dem Baugewerksbund mitgeschafft haben. Wenn es auch stets Arme im Geiß gibt, die versuchen, uns in den Arm zu fallen, unsere Kraft zu lähmen, unseren Mut zu brechen, so lassen sich zähe Kollegen nicht irremachen. Sie werden das Werk vollenden! — Nachdem die Ehrenurkunden und Ehrennadeln verteilt waren, blieben die Mitglieder und ihre Familienangehörigen noch viele Stunden in froher Stimmung zusammen und gelobten alles zu tun, um auch den letzten Bauarbeiter dem Baugewerksbund zuzuführen.

Rüstringen-Wilhelmshaven. (Stiftungsfest.) Am 6. September feierten wir das 39. Stiftungsfest. Trotz der großen Arbeitslosigkeit hatte sich eine stattliche Anzahl Mitglieder mit ihren Angehörigen eingefunden; aber auch die übrige organisierte Arbeiterschaft war recht zahlreich vertreten. Nach einigen Konzertsüßchen, ausgeführt von Mitgliedern des Musikvereins „Einigkeit“, begrüßte unser Vorsitzender, der Kollege Grato pp, die Festteilnehmer, gab seiner Freude Ausdruck über den zahlreichen Besuch, wies auf die Bedeutung des Stiftungsfestes hin und gedachte aller Kämpfer, die vor 39 Jahren den Grundstein zum Baugewerksbund gelegt haben. Wie in früheren Jahren, so könne unsere Baugewerkschaft auch bei diesem Stiftungsfest eine stattliche Anzahl, nämlich 16 Jubilare, beglückwünschen, die seit 25 Jahren unserer Organisation die Treue bewahrt haben. Der Redner schloß mit einem dreifachen „Hoch“ auf den Deutschen Baugewerksbund, worauf von allen Anwesenden das Lied „Wann wir schreien Seit an Seit“ gesungen wurde. Unser Geschäftsführer, Kollege Mühlberg, nahm nunmehr die Ehrung der Jubilare vor, sprach ihnen den Dank für ihre Treue aus und überreichte ihnen im Namen des Bundesvorstandes die schöne Ehrenurkunde sowie die silberne Bundesnadel. Nach einem Mahnwort an das Jungvolk vom Bau, den alten Kämpfern nachzusehnen, und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Jubilare begann nunmehr der gemüthliche Teil des Festes, der von Mitgliedern des Unterhaltungsklubs „Großsinn und Scherz“ und zwei Kraftsportlern bestritten wurde. Einige Lieder und humoristische Duette sowie das einaktige Theaterstück „Das Heiratskamel“ wurden sehr gut zu Gehör gebracht. Der reiche Beifall bewies, daß die Theaterleute das Richtige getroffen hatten. Allen, die zur Verschönerung des Festes mit beigetragen haben, sei auch an dieser Stelle der Dank ausgesprochen. — Der nun folgende, besonders von der Jugend mit Sehnsucht erwartete große Festball hielt alle Festteilnehmer bis in die frühen Morgenstunden zusammen, so daß auch unser diesjähriges Stiftungsfest eine schöne Erinnerung sein dürfte.

Ulm a. d. D. (Südlicher Unfall.) Am 28. August ist unser Kollege Josef Stern in Günzburg tödlich verunglückt. Stern war wegen der Hitze im Zug eingeschlafen und muß beim Aussteigen unter die Räder gekommen sein. Der Unfall wurde erst 20 Minuten nach Abfahrt des Zuges bemerkt.

Aus den Fachgruppen

Asphaltierer. Berlin. Am 7. September hielt unsere Fachgruppe eine Versammlung ab um den Bericht des Kollegen Krieglich über den Verbandstag entgegenzunehmen. — Anschließend berichtete Krieglich über unsere Lohnverhandlung. Da in absehbarer Zeit kaum eine Besserung in den wirtschaftlichen Verhältnissen eintreten dürfte, hielt die Fachgruppenleitung es doch für das richtigste, den Tarifvertrag um ein Jahr zu verlängern. Wollten wir den bisherigen Zustand auf die Dauer so laufen lassen, kämen wir eines Tages in Gefahr, daß uns die Unternehmer im Winter Abstriche an dem machen, was wir uns nach jahrelanger Arbeit aufgebaut haben, ohne daß wir uns wehren können. Die Aussprache bewies auch, daß die Fachgruppenleitung richtig gehandelt hat. Durch den Tarifvertrag sind unsere Kollegen geschützt. Sie brauchen nicht befürchten, im Winter billiger arbeiten zu müssen. Nur ein revolutionärer Unorganisierter, der sich in unsere Versammlung eingeschlichen hatte, glaubte seine Weisheiten an den Mann bringen zu müssen. Er entschuldigte seine Ueberfundenschieberei mit dem Arbeitszeitmangel, ohne eine Ahnung zu haben, wie dieses überhaup aussieht. Als die Versammlung auf seinen Wödsinn verzichtete, provozierte er dermaßen, daß er an die frische Luft gesetzt werden mußte.

Töpfer und Fliesenleger. Meißner. (Zur Tarifkündigung in den Ofenfabriken.) Seit reichlich einem Jahr wird in den Meißner Ofenfabriken abwechselnd kurz gearbeitet. Alle Großbetriebe der Meißner Ofenindustrie und auch die kleinen Betriebe in Zehren und Buschbad machten von der selteneren Einmischung der Stilllegungsverordnung Gebrauch. Ganz synchronisch wurden die Anträge und Anmeldungen zur Teilstilllegung fast gleichlaufend im Wortlaut eingereicht. Keiner wollte im Reigen der letzte sein. Bei den einzelnen Verhandlungen konnte man oft und viel das „soziale Verständnis“ für die Arbeiterschaft preisen hören. Aber Hunderte von arbeitsfreudigen Menschen wurden entlassen, 90 % davon sind heute ausgezehrt und können nicht mehr ihren allernotwendigsten Lebensunterhalt decken. Doch ob da tausende Proletarier verkommen und verhungern, was kümmert das den Aufsichtsrat! Der Artikel 157 der Reichsverfassung sagt, die Arbeitskraft stehe unter dem besonderen Schutz des Reiches. Ist das nicht Ironie? Hat davon schon jemand etwas gemerkt? Es sind Kollegen entlassen worden, die 30 Jahre und noch länger in der Meißner Ofenindustrie tätig waren, die den ganzen Aufstieg der Industrie miterlebt und dabei ihre Knochen hingegeben haben. Nun haben die Finanzgewaltigen und ihre Handlanger auf einmal die Ursache der Arbeitslosigkeit entdeckt: Die Löhne sind „zu hoch“. Nach ihrer Meinung wird die Kaufkraft der Kollegen gehoben, wenn ein Familienvater 5 M oder noch weniger die Woche nach Hause bringt. Die Hilfsarbeiter in den Betrieben sollen Inflationsumterricht geben, wie die Wirtschaft „anzukurbeln“ ist. Die Sargonia hat die ganze Ofenabteilung stillgelegt, 100 Töpfer und eine beträchtliche Zahl Hilfsarbeiter flogen auf die Straße. Eine große Anzahl davon sind alte Pioniere der Meißner Arbeiter-

bewegung. Alt und krumm sind sie geworden, sie frondeten zum Teil seit ihrer Lehrzeit ein Menschenalter in diesem Betriebe. Achselzucken darob bei den Fabrikanten: Es ist ja fatal, aber der Geldsack hat es beschlossen. — Und nun soll der große Moment kommen. Die Kurzarbeit hat die Töpfer mürbe gemacht, das Reiserbe der Arbeitslosen wartet auf Arbeit. Aber die Herren werden sich gründlich verrechnen. Die Meißner Töpfer stehen geschlossen für ihren schwer erkämpften Lohn ein. Einigkeit und Geschlossenheit sind seit vielen Jahrzehnten das Merkmal der Meißner Töpferbewegung. Einer für alle und alle für einen. So war es früher und ist es noch heute! Wir sind gerüstet!

Schwerin i. Meckl. Die Firma Ofenfabrik Brockmann verfuhr unter der Bedingung der Verzichtleistung auf tarifliche Lohnzahlung Ofenformer heranzuziehen. In echter Ausbeutermentalität richtet Herr Brockmann an auswärtige Kollegen, die um Beschäftigung nachfragen, folgende Schreiben: „Ich würde Sie für einige Zeit einstellen können, wenn Sie sich folgenden Bedingungen unterwerfen: 1. Sie werden zunächst vorübergehend in diesem Jahre eingestellt und verzichten auf besondere Kündigungsbedingungen. 2. Sie erklären sich damit einverstanden, daß Sie entgegen anderer Auffassung bereit sind, den zehnprozentigen Provinzialabslag für Mecklenburg anzuerkennen und irgendwelche Ersuchen nicht stellen. Nachdem Sie auf diese Bedingungen eingegangen sind, können Sie am Donnerstag morgen mit der Arbeit beginnen.“ — Wir warnen dringend, bei dieser Firma in Arbeit zu treten. Wer dennoch aus Unkenntnis der Verhältnisse auf die Anzeigen Brockmanns hin nach Schwerin kommen sollte, hat sich nach Beschluß der Fachgruppenversammlung der Töpfer im Büro der Baugewerkschaft, Palaisstraße 5, oder beim Betriebsobmann der Ofenfabrik zu melden.

Groß-Thüringen und Regierungsbezirk Erfurt. Im Fliesenlegergewerbe ist auf Grund des § 10 des Tarifvertrages vom 3. März 1928 als Nachtrag III folgendes vereinbart: „Die im Nachtrag II vom 15. Juli 1929 festgesetzten Stundenlöhne bei Fliesenarbeiten sowie die Erhöhung der Akkordsätze Abs. 3 des Nachtrages II vom 15. Juli 1929 und die Preise zusätzlicher Akkordpositionen Abs. 4 des Nachtrages vom 15. Juli 1930 werden auf ein Jahr, also bis 30. Juni 1931, verlängert. Diese Vereinbarung gilt vom 1. Juni 1930 bis 30. Juni 1931.“

Süchtiger, sauberer, selbständig arbeitender Ofenfeher sofort gesucht. Kost und Logis im Hause. A. Jungclauss, Dienstadtgeschäft, Sulingen in Hannover.

Vom Bau

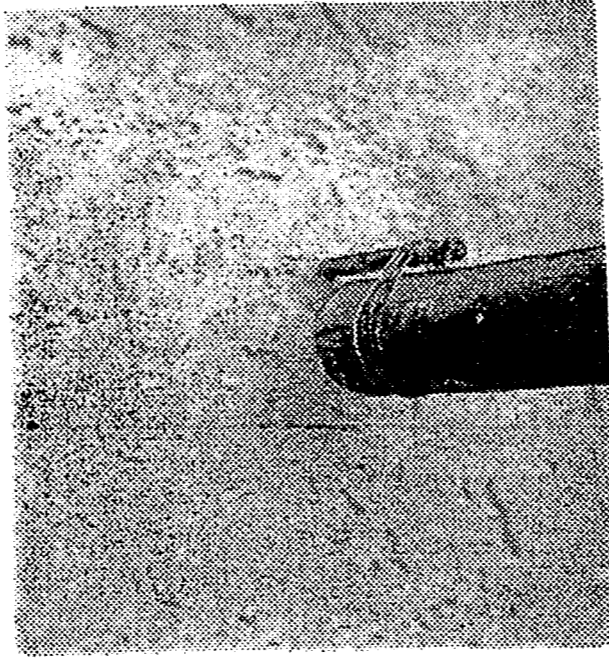
Schwerin. (Baukontrollen.) Am 5. August kontrollierte die Bauarbeiterschulungskommission die Baustellen. Dadurch, daß uns die Partei ihr Auto zur Verfügung stellte, war es möglich, auch die Baustellen in den Siedlungen Bobitz, Schönhof, Lützow und Dreilützow zu kontrollieren. Auf der Siedlung Bobitz wurden Arbeiten von den Unternehmern Schmidt & Sohn, Brüel, sowie Helms, Plate und Wohs, Grevesmühlen, ausgeführt. Bei Schmidt & Sohn fehlte die Abdeckung der Keller, in der Baubude fehlten Fußboden und Fenster, auch lagerte Material darin. Ebenso war es auch bei Helms. Beim Unternehmer Wohs war es ebenfalls dasselbe. Großer Gerüstmangel wurde auf allen Stellen festgestellt. Beschäftigt waren auf der Siedlung 23 Maurer, 6 Lehrlinge, 12 Hilfsarbeiter, 3 Zimmerer, 2 Dachdecker, 2 Klempner, 2 Elektriker und 1 Tischler. Wie die wirtschaftliche Notlage von manchen Unternehmern ausgenutzt wird, zeigte in Bobitz das Quartier der Leute des Unternehmers Helms. Als Schlafstelle war ihnen auf dem Strohhoden ein Platz angewiesen, wo die Leute ohne alles im Stroh lagen, Licht war nicht vorhanden. Mühte nachts einer seine Notdurft verrichten, lief er leicht Gefahr, im Dunkeln 4 Meter tief abzufallen. Dies Quartier zeigt, wie notwendig eine öftere Kontrolle ist. Auf der Siedlung Schönhof, wo von den Unternehmern Döbertin und Kaul, Grevesmühlen, Hahn, Sanitz, Arbeiten ausgeführt wurden, war es nicht besser. Auch hier herrschte großer Gerüstmangel. Auch die Baubuden waren nicht in Ordnung, es fehlte außer bei Kaul in jeder Bude der Fußboden. Die Quartiere waren hier etwas besser. Beim Unternehmer Döbertin wurden in Höhe von 7 bis 8 Meter ohne jegliches Schutzgerüst Dacharbeiten ausgeführt. Die Verbandskästen waren oft 5 bis 10 Minuten von den Baustellen entfernt. Beschäftigt wurden dort insgesamt 38 Maurer, 10 Lehrlinge, 21 Hilfsarbeiter, 12 Zimmerer, 3 Dachdecker. Auf der Siedlung Lützow, wo Arbeiten von Schmidt & Sohn, Brüel, und Harloff, Hagenow, ausgeführt wurden, konnte man krasse Gegensätze sehen. Die Arbeiter bei der Firma Schmidt hatten jeder ihr eigenes Bett und einen Schrank. Hingegen die Arbeiter von Harloff lagen auf dem Fußboden. Kochgelegenheit war in der Baubude, sie gleich aber mehr einer Rumpelbude. Baustoffe lagerten in beiden Buden. Der Verbandskasten befand sich im Dorf beim Polier, 5 Minuten von der Baustelle entfernt. Abdeckung und Gerüst waren bei beiden Unternehmern mangelhaft. Beschäftigt wurden 41 Maurer, 12 Lehrlinge, 23 Hilfsarbeiter und 6 Zimmerer. Von der Firma Vorbeck, Brunnenbau, Brüel, wurde ein Brunnen von 12 Meter Tiefe gebaut. Die letzten 9 Meter waren nicht abgesteift, auch den Arbeitern unten war keinerlei Schutz gegen herabfallende Gegenstände geboten. Die Bremse am Bock war nicht ganz in Ordnung. Auf der Siedlung Dreilützow wurden Arbeiten von den Unternehmern Koch, Jarentin, Stoll, Hagenow, und Dahl, Jachun, ausgeführt. Auch hier war großer Gerüstmangel. Das Gerüst wurde von einem noch nicht ganz fertigen Bau zu einem anderen getragen. Kellerdeckungen waren überhaupt noch nicht vorhanden. Baubuden waren Rumpelkammern, hauptsächlich bei Stoll, Hagenow. Bei Koch befand sich der Unterkunftsraum für 82 Mann in einem kleinen Keller. Es war kein Tisch vorhanden und Platz für höchstens 15 Mann, die anderen mußten ihr Brot im Freien verzehren. — Bei der Firma Dahl wurde auch sehr mangelhaftes Gerüst vorgefunden. Beschäftigt wurden hier 75 Maurer, 15 Lehrlinge, 45 Hilfsarbeiter und 23 Zimmerer. Die Gesamtzahl der kontrollierten Beschäftigten beträgt: 177 Maurer, 43 Lehrlinge, 101 Hilfsarbeiter, 44 Zimmerer, 8 Dachdecker, 4 Klempner, 1 Tischler und 2 Elektriker, zusammen 384 Beschäftigte. Die vorgefundenen Zustände zeigen, daß die Unternehmer aus den kleinen Städten die Vorschriften und tariflichen Abmachungen nicht beachten, sondern die wirtschaftliche Notlage auszunutzen. Wenn es nicht paßt, der kann gehen! Sier

muß von der Aufsichtsbehörde viel mehr darauf geachtet werden, daß die Unternehmer nicht Raubbau am Leben und an der Gesundheit der Arbeiter betreiben können. Es müssen daher notwendig auch in Mecklenburg mehr Kontrollen aus Arbeiterkreisen angestellt werden!

Entgleisungen im Gerüstbau. In den letzten Jahren mehren sich die Fälle, in denen auch im Gerüstbau Neuerungen aller Art auftauchen. Gegen solche Neuerungen wird kaum jemand etwas einzuwenden haben, wenn sie nicht nur eine Erleichterung der Arbeit gewährleisten, sondern auch die notwendige Unfallsicherheit bieten. Was letztere scheint allerdings in den weitaus meisten Fällen nicht der Fall zu sein. Bei näherer Betrachtung der Neuerungen der letzten Jahre kommt man zu der Ueberzeugung, daß sie alle genügend auf ihre Leistungsfähigkeit und Rentabilität, aber ungenügend oder gar nicht auf ihre Unfallsicherheit geprüft sind. — Noch schlimmer ist es, wenn die Neuerungen im Gerüstbau in der Anwendung primitiver Mittel bestehen, wie es diese Abbildung zeigt.



Dieses Photo wurde in Letmathe (Weffalen) aufgenommen. Die Außenputzarbeiten werden im Rheinland und Weffalen fast ausschließlich von Holzgerüsten ausgeführt, deren Nehtegel (Hebel) im Mauerwerk aufgelegt sind. Die dadurch entstehenden Riegellöcher sind bei Farbputz aller Art hinderlich, da das nachträgliche Schließen der Löcher Flecke hinterläßt. Dies hat wohl einen ganz „Schlau“ aus den Reihen der Unternehmer auf die Idee gebracht, Riegellöcher zu vermeiden. Man hat deshalb, wie hier ersichtlich, ein Stabeisen in die Wand geschlagen und



den Nehtegel mittels einfachen Drahtes daran befestigt. Nach Entfernung des Eisens ist das zurückgebliebene Loch so klein, daß seine Schließung ohne Schwierigkeiten möglich ist. — Die Unfallsicherheit wird aber mit einer solchen Maßnahme gewaltig vergrößert. — Die Berufsgenossenschaft ist auf diese „moderne“ Art des Gerüstbaus aufmerksam gemacht worden. Unseren Kollegen aber empfehlen wir, solche Gerüste nicht zu betreten.

Aus der Sozialen Bauwirtschaft

Von der Bauhüttenbewegung. Nachdem in diesem Jahre bereits eine größere Anzahl von Bauhütten das Fest ihres zehnjährigen Bestehens begangen haben, folgt nun auch der Verband sozialer Baubetriebe, der in unermüdlicher Arbeit die nach dem Kriegsende an vielen Orten Deutschlands gegründeten Bauproduktionsunternehmen zu einer einheitlichen kraftvollen Organisation zusammenfaßte. Am 16. September sind zehn Jahre seit der Gründung dieses Verbandes sozialer Baubetriebe verfloßen. Die Feier dieses Tages wird am 26. Oktober durch eine künstlerische Vormittagsveranstaltung in der Berliner Volksbühne begangen werden, zu deren würdiger Ausgestaltung der Arbeiterdichter Ernst Preczang, der Komponist des Deutschen Arbeiterlängerbundes Erwin Lendvai, eine Anzahl Chöre des Arbeiterlängerbundes und die besten schauspielerischen Kräfte der Volksbühne beitragen. Die Feier bildet den Auftakt zum siebenten Deutschen Bauhüttenfest, der am 27. und 28. Oktober im Plenarsaal des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates in Berlin tagen wird. — Im Juni 1930 waren in der Bauhüttenbewegung 17.269 Arbeiter und Angestellte tätig. Eine wertvolle Teilübersicht bietet die 72 Seiten starke durch 81 Abbildungen von Bauhüttenbauten belebte Sondernummer 14/15 der Sozialen Bauwirtschaft, in der über die Bauhüttenarbeit in Schlesien berichtet wird. Der Umsatz dieser Betriebe, die bis Ende 1929 durch den Bau von 4525 Kleinwohnungen ganz erheblich zur Linderung der schlesischen Wohnungsnot beigetragen haben, betrug im

Jahre 1929 insgesamt 11.075.896,07 M. Beschäftigt waren in den schlesischen Betrieben zur Zeit der besten Bauhüttenarbeit des Jahres 1929 zusammen 2720 Arbeiter und Angestellte. Der Gesamtumsatz aller Bauhütten erreichte im Jahre 1929 die stattliche Ziffer von 137.650.996,12 M. Die Nummern 13 bis 16 der Sozialen Bauwirtschaft enthalten noch eine Fülle von Einzelheiten über die Entwicklung der Bauhüttenbewegung und über den Stand der Bau- und Wohnungswirtschaft im allgemeinen.

Allgemeine Rundschau

Vorläufiges Ergebnis der Reichstagswahlen. Es wurden gewählt 143 Sozialdemokraten, 107 Nationalsozialisten, 76 Kommunisten, 68 Zentrum, 41 Deutschnationale, 29 Deutsche Volkspartei, 20 Staatspartei, 23 Wirtschaftspartei, 18 Landvolk, 19 Bayerische Volkspartei, 5 Konservative Volkspartei. Das Resultat ist noch nicht endgültig, die Zahlen können sich noch etwas verschieben. Eine Würdigung des Resultats bringen wir im nächsten „Grundstein“.

Internationale Gäste im Schulheim am Werlsee. Die ausländischen Bruderorganisationen, die der Bauarbeiter-Internationale angeschlossen sind, waren von unserm Bund eingeladen worden, zu den im Heim am Werlsee abzuhaltenen Jugendschulungskursen junge Gewerkschafter zu entsenden. Ein Teil der Bruderorganisationen ist dem Wunsch unseres Bundes gefolgt, und so haben in diesem Sommer Kollegen aus verschiedenen Ländern an unsern Schulungswochen teilgenommen; und zwar ein Kollege aus Schweden, zwei aus Holland, drei aus England, zwei aus Oesterreich und zwei aus der Tschechoslowakei. Der Erfolg war gut. Die ausländischen Kollegen haben durch ihre Teilnahme an den Kursen, sowie durch ihre Berichte über die ausländischen Verhältnisse und durch den Ernst ihres Studiums unseren Kollegen Einblick in die gewerkschaftliche Arbeit und in Verhältnisse anderer Länder gegeben. Die ausländischen Kollegen wiederum haben die gewerkschaftliche Arbeit in Deutschland kennengelernt. Sie haben so viel wie möglich zu sehen bekommen. — Die Verständigung war gut. Die meisten der außerdeutschen Teilnehmer sprachen hinreichend deutsch, um dem Unterricht zu folgen. Für die, die es nicht konnten, wurden die wichtigen Daten und Ergebnisse übersetzt, außerdem wurden durch Bilder und Statistiken von unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit sowie durch Besichtigungen von Baustellen und Einrichtungen der Arbeiterchaft der Einblick in deutsche Verhältnisse vertieft. Der Erfolg gemeinsamer Schulungsarbeit war gut. Er berechtigt, auf dem beschriebenen Wege weiter zu gehen, zumal es so möglich ist, internationale Verständigung und internationale Zusammenarbeit künftig zu fördern.

Auch Industrielle können vernünftige Ansichten haben. Das Leipziger Neßamt hatte anlässlich der Herbstmesse eine Aussprache ermöglicht, an der sich hauptsächlich außer Vertretern des Neßamts Handelsredakteure beteiligten. Neben vielen längst bekannten Tatsachen kamen auch einige vernünftige Ansichten zutage. Von einem Herrn wurden die Redakteure der Handelszeitungen gebeten, die Masse der deutschen Unternehmer energisch daran zu ermahnen, sich nicht wie bisher lediglich in Schwarzmalerei zu ergehen, sondern selbst die Initiative zu ergreifen. Kommerzienrat Dr. Jöllner vom Rosenthal-Konzern erklärte, daß, wenn er zum Wirtschaftsdiktator bestimmt würde, er vor allen Dingen das Wort „Abbau“ verbieten würde. Dadurch ist eine Abbauphase entstanden, die sich für die deutsche Wirtschaft außerordentlich schädlich ausgewirkt hat. Zweitens würde er bestimmen, daß jeder, der über 10.000 M verdient, einen Mann mehr beschäftigen soll. Drittens, das Wort „Rationalisierung“ müßte verboten werden, weil damit ein großer Unfug seit Jahren getrieben würde. Die deutsche Wirtschaft müßte mit allen Mitteln bestrebt sein, deutsche Arbeitskräfte zu binden. Dies geschehe nicht durch die Erzeugung von Massenüberschuß und typisierte Waren, sondern durch Qualitätsarbeit. Die Rationalisierung habe in Deutschland Schiffbruch erlitten. Viertens, müßte das Statistische Reichsamt angewiesen werden, nicht immer wieder die klare Wahrheit darüber zu erbringen, daß wir noch nicht ganz am Verrecken sind. Man heilt einen Kranken nicht, indem man ihm fortwährend ins Ohr schreit, daß sich sein Zustand verschlechtere. Fünftens, drei Monate hindurch müßte es verboten werden, über das Arbeitslosenproblem zu schreiben. Sechstens, das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsarbeitsministerium und das Auswärtige Amt müßten zusammengebracht werden, um das Exportproblem der Lösung näher zu bringen. Durch eine systematische und ausgedehnte Auslandspropaganda würde es sich leicht ermöglichen lassen, die lumpigen 3 Milliarden Aufträge herinzubekommen, die wir zur Beschäftigung von rund 1 Million Arbeitslosen gebrauchen.

Eine internationale Zusammenkunft. Vom Internationalen Gewerkschaftsbund war in der Woche vom 24. bis 30. August nach der Schule des ADGB in Bernau eine Zusammenkunft junger Gewerkschaftsmitglieder aus verschiedenen Ländern einberufen worden. Folgende Themen wurden behandelt: Stand des ADGB, Aufbau und Aufgaben der Landeszentrale Deutschlands, Aufbau und Aufgaben der Zentralverbände und der Ortsausschüsse. An einem Tag in der Woche wurde Berlin besichtigt. Die Teilnehmer berichteten über die gewerkschaftlichen Verhältnisse in ihren Ländern. Der Kursus verlief gut. Die Vortragenden — Sassenbach, Grafmann, Larnow, Schlimme und Schulze — fanden rege Aufmerksamkeit. Besonders zeigte sich das Interesse an den von den Teilnehmern gestellten Fragen. Auf dem Gebiete internationaler Zusammenarbeit müßte mehr geschehen. Alle Bestrebungen, die auf Austausch junger Arbeiter zwischen verschiedenen Ländern hinauslaufen, sind mit allen Kräften zu fördern. Wenn Kriege verhindert werden sollen, wenn die Arbeiterchaft international dem Kapitalismus und seinen Auswirkungen zuleibe gehen will, dann muß internationales Verständnis und die Möglichkeit internationalen Wirkens geschaffen werden. Die Zusammenkunft junger Gewerkschaftsmitglieder war ein hoffnungsvoller Anfang. Hoffen wir, daß die Bestrebungen zur Schaffung internationaler Verbindungen nicht vereinzelt bleiben.

Das Eigenhaus. In einer Ausstellung in Berlin zeigt die „Bauwelt“ (in der Ständigen Bauwerk-Musterschau, Wilhelmstraße 92/93) in Bildern, Beschreibungen, Kostangaben, in Modellen, Großaufnahmen und Grundrissen Häuser bekannter Architekten. Die 60 Eigenhäuser

(zwischen 5000 und 50 000 M) geben Beispiele aus sämtlichen bekannteren Baustoffen. Die Auswahl ist mannigfaltig. Es gibt einschossige, auch große Einzelhäuser und solche, die in die Höhe gebaut sind, mit flachem und mit steilem Dach. Der Zutritt ist unentgeltlich. Anschließend sieht man auf der Bauwelt-Musterschau auf 540 Ständen alle Baustoffe und Einrichtungsgegenstände, die zum Bau der Häuser gehören.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Ausgeschlossen sind entsprechend § 16 Ziff. 2 der Bundesfassung vom Bundesvorstand: Richard Sieg, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Berlin, geb. 26. März 1905 in Friedrichsweiler, eingetr. 28. November 1927 (526641); Oswald Biffner, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Freiburg, Schlesien, geb. 26. März 1900, eingetr. 21. Mai 1920 (187836); Erich Hollack, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Ostfriesland, geb. 13. Januar 1903 in Jiffau, eingetr. 4. April 1927 (322725); Peter Neumann, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Ostfriesland, geb. 2. Juli 1891 in Kl. Lehm, eingetr. 21. März 1927 (322733); Robert Barwinsky, Maurer, Baugewerkschaft Saarbrücken, geb. 20. Juni 1898 in Saarbrücken, eingetr. 29. März 1927 (99937); Walter Wiefcher, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Solingen, geb. 18. November 1901 in Leichlingen, eingetr. 4. Juli 1929 (710178); Arthur Soska, Maurer, 3. Jt. auf Wanderschaft, geb. 22. Januar 1909 in Danzig, eingetr. 4. November 1927 in Danzig (512961); von der Baugewerkschaft Oberan: Wilhelm Sievert, Maurer, geb. 1. Dezember 1894, eingetr. 30. März 1913 (187716); von der Baugewerkschaft Frankenstein/Schlesien: Franz Kother, Hilfsarbeiter, geb. 22. August 1881 in Oibersdorf, eingetr. 2. Februar 1920 (246107); von der Baugewerkschaft Freiburg/Breisgau: Gustav Albrecht, Hilfsarbeiter, geb. 31. März 1898 in Braunsberg, eingetr. 15. Juli 1927 (512717); von der Baugewerkschaft Ostfriesland: Ernst Ott, Maurer, geb. 2. August 1898, eingetr. 1. November 1916 (168823).

Wer unfern Bund kämpft, kämpft sich selbst!

Für die Woche vom 14. bis 20. September ist der 38. Bundesbeitrag für 1930 zu zahlen.

Vom 4. bis 10. September haben folgende Baugewerkschaften Gelder an die Hauptkasse gesandt: Aue 550, Augsburg 800, Ahrensbeck 150, Aschaffenburg 370, Angermünde 300, Altleben 150, Worna 1500, Bargteheide 450, Bartheide 341, Barnstorf 275, Bamberg 1000, Celle 500, Crammischau 1000, Drochtersen 280, Darmstadt 1016,45, Detmold 1250, Döbeln 2000, Demmin 200, Drießen 100, Ebsdorf 150, Erding 200, Eichstätt 60, Erfurt 1000, Eichwege 500, Frankfurt a. M. 14 000, Forst 1000, Flensburg 2000, Gredezmühlen 350, Goldberg 220, Götting 1000, Grimma 500, Gehren 200, Gardelegen 150, Gifhorn 300, Göttingen 300, Goslar 800, Grünberg 1000, Glogau 300, Gnoien 200, Hagenow 300, Herford 1000, Harfeld 200, Jena 1000, Köthen 320, Köln 12, Königsberg 8000, Kaiserslautern 2019,60, Kufstein 400, Kitzb. 250, Laskow 100, Loh 84,75, Limburg 700, Landsberg a. W. 950, Lyck 3500, Lobenstein 250, Laage 54, Mählfeld 250, Meiborf 133,35, Meißner 2000, Meiersberg 200, Mosburg 200, Malchin 180, Marlow 70, Neuruppin 800, Neumarkt 250, Neustadt i. M. 120, Nossentinerhütte 200, Neumünster 1000, Nowawes 300, Neustadt i. Holf. 200, Neukalen 34, Oplau 700, Orh 400, Oldenburg i. O. 1500, Osterode 150, Oldenburg i. Holf. 350, Oldenburg 1000, Pöschneck 400, Quakenbrück 250, Recklinghausen 700, Richtenberg 100, Reichenbach i. W. 1100, Reutlingen 400, Rüfingen 750, Schneering 100, Soltau 500, Saarmund 400, Schneidemühl 950, Salzweil 750, Sachwitz 2000, Stendal 450, Sagan 300, Straßau 300, Striegau 530, Sülze 80, Schopfloch 250, Schwann 200, Seehausen 150, Stolp 1500, Trepfow, Toll 400, Tiffit 1000, Templin 500, Teßin 225, Todendorf 140, Trepfow, R. 750, Treuenbriegen 400, Tempelburg 100,

Ulm 1000, Verden 600, Weiskens 900, Waren 350, Walzode 280, Wittenburg 230, Wolgast 140, Wernigerode 500, Weimar 700, Würzburg 1000, Woldenberg 150, Waldenburg 3000, Zarenberg 200, Zwickau 1000.
Kalender: Richtenberg 12.
Buchhüllen: Bartheide 9, Döbeln 6, Göttingen 15.
Bundesaadeln: Garz a. R. 5, Pöschneck 6,25, Weimar 7,50.
Saubend: Chemnitz 6, Elbing 0,60, Forst 2, Saalfeld 8.
Der Bundesvorstand.

Gedenktabelle verstorbenen Mitglieder.

Augsburg. Barthol. Stürzl, Einshaler, 60 Jahre alt. Bielefeld. (Gütersloh.) Heinr. Vahrenholt, M., 61 J. Darmstadt. (Hähnlein.) Johann Müller, Maurer, 62 J. (Weiterstadt.) Philipp Wagner, Maurer, 70 J. alt. Dortmund. Emil Peter, Fliesenleger, 61 Jahre alt. Dresden. Willy Bock, Hilfsarbeiter, 30 Jahre alt. Hugo Hedrich, Ofenheizer, 70 Jahre alt. (Wilschdorf.) Ernst Hoffmann, Hilfsarb., 60 J. alt. (Dippoldiswalde.) Max Kunert, Maurer, 46 J. alt. Moritz Morgenstern, Maurer, 69 Jahre alt. Ernst Sommer, Hilfsarbeiter, 68 Jahre alt. Görlitz. Paul Kahl (Invalide), Maurer, 73 Jahre alt. Alfred Klupsch, Stukkateur, 58 Jahre alt. Halle. Johann Hottenrodt, Maurer, 64 Jahre alt. Hamburg. G. Brack, Hilfsarbeiter, 72 Jahre alt. Chr. Dahl, Maurer, 68 Jahre alt. Fr. Gräbner, Maurer, 86 Jahre alt. August Hahn, Plattenanleger, 67 Jahre alt. (Binneberg.) Fr. Jablonka, Stukkateur, 49 J. alt. Chr. Kohlmoorgen, Stukkateur, 79 Jahre alt. Ernst Kof, Einshaler, 48 Jahre alt. Wilhelm Pape, Einshaler, 55 Jahre alt. Willi Rusch, Hilfsarbeiter, 27 Jahre alt. Carl Stange, Stukkateur, 48 Jahre alt. (Bergedorf.) Herm. Theudeus, Maurer, 21 J. alt. Peter Waller, Hilfsarbeiter, 53 Jahre alt. E. Zembruski, Tiebhu, 24 Jahre alt. Hannover. Ferdinand Eikemeier, Maurer, 74 Jahre. Wilhelm Herrmann, Isolierer, 63 Jahre alt. Karlsruhe. (Rastatt.) Valentin Kempter, Hilfsarb., 61 J. Koblenz. (Metternich.) Nikolaus Heideger, M., 57 J. Leipzig. Albert Dienemann, Maurer, 54 Jahre alt. Walter Flos, Hilfsarbeiter, 29 Jahre alt. Adolf Reher, Maurer, 71 Jahre alt. Alfred Schlittchen, Ofenheizer, 22 Jahre alt. Elmberg. (Wilmass.) Philipp Caspari, Steinh., 51 J. Eöbau. (Oberunnersdorf.) Herm. Bischoff, M., 58 J. (Ebersbach.) Hermann Sinkwitz, Maurer, 68 J. Münden. (Obergesting.) Jos. Bauer, Hilfsarb., 56 J. Pirna. (Glashütte.) Paul Sandig, Hilfsarb., 33 Jahre. Regensburg. Anton Engelbrecht, Hilfsarb., 49 Jahre. (Kelheim.) Johann Riedl, Hilfsarbeiter, 53 Jahre. Ruffingen-Wilhelmshafen. Aug. Sievers, M., 71 J. Senftenberg. (Lauter.) Karl Steinbach, M., 66 Jahre. Schwidniz. Paul Janke, Löpfer, 73 Jahre alt. Wiesbaden. Clemenz Broer, Stukkateur, 61 Jahre. Wittenberg. (Coswig.) Herm. Gätschmann, Scheibenlöpfer, 66 Jahre alt. Wuppertal. (Barmen-Eberfeld.) Aug. Zimmermann, Hilfsarbeiter, 32 Jahre alt. Zittau. (Seiffhennersdorf.) H. Ranze, Hilfsarb., 64 J. Ehre ihrem Andenken

Geschäftsführer gesucht! Im Allgäu (Bayern) werden mehrere Baugewerkschaften mit dem Sitz in Kempten im Allgäu zusammengelegt. Zur Führung der Geschäfte wird ein Geschäftsführer gesucht. Bewerber müssen mindestens zehn Jahre dem Deutschen Baugewerksbund oder einem seiner Vorgänger angehören. Sie müssen redberechtigt, agitatorisch, organisatorisch und fachtechnisch befähigt, mit der Sozialgesetzgebung und Arbeitsgerichtsbarkeit vertraut sein. Bewerbungsschreiben mit Lebenslauf und einer kurzen Abhandlung über die Aufgaben eines Geschäftsführers sind in doppelter Ausführung mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis 24. September 1930 einzusenden an E. Döbber, Rindchen 2 627, Postfach 117, 40, Zimmer 32. — Kollegen, die sich schon früher um den Geschäftsführerposten für Kempten beworben haben, müssen, wenn sie auf diesen Posten reflektieren, neuerdings ein Bewerbungsschreiben einreichen.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bau- und anderer gewerblicher Arbeiter

„Grundstein zur Einigkeit“
Sitz Hamburg, Wallstr. 11. (Zuschußkasse).

Der wirkungsvolle Niedergang Deutschlands und die verschlechternden Eingriffe in die deutsche Sozialversicherung durch die Notverordnung schlägt der deutschen Arbeiterklasse tiefe Wunden. Die Unterfertigungskürzungen in der Sozialversicherung zwingen jeden, für seine Familie bezogenen Arbeiter, noch nach einer Zusatzversicherung zur Krankenunterstützung zu streben. Unsere Klasse bietet in solchen Fällen eine sichere Unterst. Sie ist kein Erwerbsunternehmen, sondern ein gemeinnütziges Unternehmen mit sehr niedrigen Beiträgen. Sie bietet in Krankheitsfällen bei nur einem Beitrag von 80 J eine wöchentliche Beihilfe von 14 M, bei 70 J 12,30 M, bei 60 J 10,50 M. Außerdem wird eine Bestattungsbeihilfe bis zu 128 M in der 1. Klasse, bis zu 112 M in der 2. Klasse und bis zu 96 M in der 3. Klasse gezahlt. Es ist dringend zu raten, daß jeder Arbeiter eine Doppelversicherung in unserer Klasse eingeht. Anmeldungen nehmen alle Baugewerkschaften, außerdem die in 350 Orten bestehenden Ortsvereinigungen und die Zentrale der Klasse in Hamburg 25, Wallstr. 1, entgegen.
Der Vorstand: A. Beck.

Bücher u. Schriften

Das Buch vom Bauen. (Wohnungsnot — Neue Technik — Neue Baukunst — Städtebau.) Von Albert Siegfried. Mit zahlreichen Illustrationen. Selbstverlag. Verlag Der Bildhauerkreis G. m. b. H., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis 4,80 M (für Mitglieder Sonderpreis). — Zum erstenmal sollte hier der Versuch gemacht werden, Baupolitik, Baumeister und Baukunst so in ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen darzustellen, daß sie für den denkenden Arbeiter verständlich werden sollen. Aber der Titel ist etwas irreführend. Was dem Leser geboten wird, ist nicht ein Querschnitt durch die Bauarbeit, sondern nicht sehr eingehendes Bericht über allerlei Dinge, die mehr oder weniger mit dem Bauen zu tun haben. Soweit architektonische Fragen behandelt und Bilder über Bauten gebracht werden, sind es Arbeiten der modernen Architektur. Da diese zu den Nationalisierungen zählen (oder dazu gezählt werden wollen), ist auch etwas über die „höhen“ Mauerelöhne gesagt, die — angeblich — das Bauen verteuern (S. 46). Aber wird auf der nächsten Seite gleich eine Einschränkung vorgenommen, aber man kann ruhig mit Haschere Seite sagen: „Was schreien ist, ist schreien.“ Im übrigen wird auf Seite 124 ein zweites Mal von „der teuren Handarbeit“ besonders des Maurers“ gesprochen, die mit dazu beitragen, daß man nach neuen Baumethoden suche. Solche Stellen in einem Buch, das von einer Arbeiter-Verbands-Gemeinschaft herausgegeben wird, sind mindestens befremdend. Aber soll nach dem Wortort zu urteilen, das Buch nicht für den Fachmann bestimmt sein, aber warum werden solche Auslassungen dem Laien vorgelesen? Kann der sich selber ein Urteil bilden, ob der Mauererlohn zu hoch ist? Uebrigens: Sängt es nur von den älteren Bauweisen ab, ob man auch im Winter arbeiten kann oder nicht? Oder ist nicht die Planlosigkeit gerade in der Bauwirtschaft Schuld, daß die Bauarbeiter zuweilen nicht nur im Winter, sondern in ihrer Mehrzahl auch im Sommer vielfach arbeitslos sind? Solche Stellen sind nicht danach angetan, Sympathien für den Bildhauerkreis zu erzeugen. Keine der in dem Buch angeführten Fragen ist auch nur einigermaßen umfassend erörtert: Es ist vielmehr nur immer der berühmte Ueberblick gegeben. Wäre es nicht zweckmäßiger, dem bittenden Rat der Bauarbeiter durch weniger, aber gründlicheren Wissen zu helfen?

Soziale Bauwirtschaft. Monatlich zwei Hefte. Bezugsgebühr monatlich 75 J. Preis der einzelnen Nummer 30 J. Im Zeitraum der Nummer 17 der „Sozialen Bauwirtschaft“ berichtet Dr. Fritz Bauer über die neuen Laubenganghäuser in Berlin-Steglitz. In dem zweiten Aufsatz kritisiert Dr. A. Krüger scharf das gegen die Stadt Berlin gerichtete bodenreformfeindliche Reichsgerichtsurteil. D diesem Urteil lag die Forderung eines Hausbesitzers in Höhe von 1 700 000 M. Das Haus selbst war von dem Beführer seinerzeit für 20 000 M. erworben worden. Die Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bernau behandelt Dr. Adolf Behne, die Praxis der Feuerlichen Aufschiebungen Georg Riethammer. In einem weiteren Beitrag wird ein empfindlicher Angriff der „Deutschen Arbeiterbewegung“ kurz und sachlich abgehandelt. Auf welcher Stufe diese gegen die Bauhilfenbewegung gerichtet, in der „Deutschen Arbeiterbewegung“ am 17. August 1930 erschienene Schmähchrift steht, beweist wohl am besten die Tatsache, daß bis jetzt keine einzige Tageszeitung und auch kein einziges Fachblatt von ihr Notiz genommen haben. Das lesenswerte Heft enthält dann noch die preiswürdigen Richtlinien für das zusätzliche Wohnungsbauprogramm und das seine Finanzierung betreffende Rundschreiben des Reichsarbeitsministers, sowie einen reichhaltigen Vermerk über die in dem Heft über die Bauhilfenbewegung, den Baumarzt, die Berufung des Stadtbaurats Man nach Ausland, den Wechsel in der Leitung des Dessauer Bauhauses und das Wohnungs- und Siedlungswesen berichtet wird.

Gesundheit. Zeitschrift für gesunde Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Str. 157. Die September-Nummer enthält einen wichtigen Aufsatz über „Veränderungen in der Krankenversicherung“, der für alle Krankenversicherter und deren Familienangehörigen von größter Bedeutung ist. Gesundheitliche Ratsschlüsse für die Herbstzeit sind in den beiden Ausgaben „Gesundheit im Herbst“ und „Sollen die Herbstzeiten im Herbst und Winter Selbstentzündungen beantragen?“ enthalten. Andere Aufsätze verordnungsähnliche Nummer, die, wie ihre Vorgängerin, wieder ausgedehnter illustriert ist. Sie wird von den meisten Krankenkassen an die Gesalter unentgeltlich an ihre Mitglieder abgegeben und kann als Leseliter bestens empfohlen werden.

Echte nordländische Isländer
Marke Nordland, Eisbär u. Spitzbergen, ohne od. mit Reißverschluss.
Preisliste gratis.
Mechanische Kleiderfabrik
Versandhaus Fritz Ulrich
Altona-Elbe 7, Gustavstr. 58-60

Fordern Sie überall
Original M. Mosberg
Die beste Kleidung f. Bauhandwerker
Die unerreichten Werkzeuge.
Die allbewährten echten Isländer.
Stets genau auf Firma und Schutzmarke achten.
Wo nicht vertreten, direkter Versand ab Bielefeld. — Preislisten gratis.
Firma M. Mosberg, Bielefeld,
Jüllenbecker Straße 55

Gummiwaren, Gummiwaren,
hygien. Artikel, Preisl., hyg. Artikel, Illustr.
C. G. r. „Medicus“ Preisliste gratis.
Berlin SW 68, Alte Jacobstr. 8. Bitte-Versand, Berlin N 58

Meisterschule
für Hoch-, Tief- u. Straßenbau
ein- u. zweisemestrige Kurse
Detmold, Wittjesir. 4 e/f
Reellste Bezugsquelle!
Neue Gänsefedern
von der Gans gerupft mit Daunen, dopp. gereinigt. Pfd. 3.— diese beste Qualität 3,50, nur kleine Federn (Halbdaunen) 5.—, 7/8 Daunen 6,75, gereinigte, geriss. Federn mit Daunen 4.— u. 5.—, hochfeine, prima 5,75, allerfeinste 7,50, 1a. Volldaunen 9.— u. 10,50. Für reelle, staubfr. Ware Garant. Versand geg. Nachn. ab 5 Pfd. portofrei. Nichtgeg. nehme auf meine Kost zurück.
Willy Manteuffel, Gänsemast,
Gegr. 1852. Neutrebbin 5 b (Oderbr.).

Maurerhosen
Zweidrill, jetzt 6 u. 8,00 Mk.
Dreidrillhosen . . . 12,50 Mk.
Viele freiwillige Anerkennungen.
Muster gratis u. franko.
Herbert Fritsche,
Niederoderwitz i. S.
An alle Kollegen wird m. Preisliste u. Muster fr. Haus geschickt. Schreiben Sie heute noch an Spezialfabrik f. Berufskleidung Holzfeld, Dresden, Ritterstr. 2

Bauschule Rastede i. Oldbg.
von C. Rohde
Programm frei
Polierkurs. u. Vorbereitung auf die Meisterprüfung
Eisenbetonbau.

So billig wie nirgends

Höchste Qualität Niedrigste Preise
Prachtkatalog kostenlos

Sigurd Gesellschaft Kassel 368

Haubsägen
in 3 Tagen
Nichttraucher
Auskunft kostenlos!
Sanitas-Depot,
Halle a. d. S. 174 L.

EISU-Betten
Schlafzimm., Stahlmatr., Kindorb., Polst., Chaisel., Teelisch., Katalog frei. Eisunmöbelfabrik Suhl (Thür.).

Schachtmeister- und Polierschule
Auskunft durch den Oberstudien- direktor der Staatlichen Tiebau- schule in **Reudersburg**

Josef Witt, Weiden (Opt.)
Aeltestes u. größtes Spezial-Versandhaus der Art Deutschlands
mit eig. Spinnerei von 32 500 Spindeln, mit eig. Weberei von 640 Webstühlen

gibt kurze Zeit ab:

Nr. Preise per Meter Breite Mk. Pf.	
85 Gardinen, sog. Vorhangstoff, a. pr. f. Garn., m. indanthr.-goldfarb. Streifen . . . 70 cm	0.24
86 Weißes Hemdentuch, leichte Sorte m. Schnittkante 70 cm	0.25
87 Weißes Hemdentuch, f. gute haltb. Wäschestücke . 80 cm	0.45
88 Weißes Hemdentuch, mittelstükd., dicht geschl. vorzügl. Qualität für besond. solide gute Wäschestücke . . 80 cm	0.65
89 Weißes Maccotto, s. feinfäd., dicht geschl., aus gar. rein ägypt. Baumwolle für bes. feine bessere Hemden und Wäschestücke . . 80 cm	0.72
90 Baumwolltuch, ungebleicht, sehr strapazierbar, fast unverwüstl. i. Gebrauch 78 cm	0.49
91 Hemdenflanel, indanthrenfarb., gestreift, gute, besond. reißfeste Sorte . . . 72 cm	0.38

92 Hemdenflanel, außerordentlich haltbare, fast unzerstörbare kräft. Qual., fast unverwüstl. i. Gebrauch. 78 cm **0.64**

93 Handtücher, dicht geschloss., kräft. Strapazierqual. 40 cm **0.45**

94 Hemdenzeppir, auch f. Blusen geeignet, gute Sorte, schöne Muster . . . 70 cm **0.48**

95 Wischtücher, gute Sorte, strapazierb., 45x45 cm, p. 1/2 Dutz. **0.98**

96 Damentaschentücher, weiß, gute, sol. Sorte, m. Hohls., 30x30 cm, per 1/2 Dutzend **0.88**

Gesellschaftskauf!

97 Weißes Hemdentuch, rein weiß, gar. reine, ausgekocht. Baumwolle, o. jed. Appreturzus., dicht geschl., dab. ganz vorzügl., bes. gt. Qual. 80 cm **0.66**

Bis auf weiteres erhalten Sie an dies. Preise noch eine schöne, gutgehende Wanduhr oder Standuhr oder 7 Meter haltbare zurückgesetzte Stoffe.

Abgabe von jedem Artikel bis 100 m bzw. 20 Dutz. an einen Kunden. Versand entf. p. Nachn. v. Mk. 10.— an. Portofreie Lieferung von Mk. 20.— an. Zurückn. jeder Ware auf m. Kosten. Zurückzahlung d. vollen ausgelegten Betrages. w. trotz d. Billigkeit etwas nicht entspr. sollte. Zurückzahlung d. voll. Betrag. auch dann, wenn Sie nicht d. volle einwandfr. Ueberzeugung finden, daß meine Waren unter Berücksichtigung d. guten Qualitäten bedeutend billiger als andererseits sind.

Jos. Witt, Weiden 54 Opt.